



Dr. Günther Denzler:

75 Jahre Landkreis Bamberg

Beim offiziellen Festakt zum Landkreisjubiläum zog der Landrat eine positive Bilanz und wagte einen Blick in die Zukunft.

Seite 19



Dr. Uwe Brandl:

Abensberg Sieger bei E.ON-Bayern-Wettbewerb

Der Rathauschef beteiligte sich mit mehr als 1000 Bürgern am Nordic-Walking-Contest, der für die Kommune schließlich 5.000 € erbrachte.

Seite 6



Ludwig Atzberger:

Ganzheitliche Lösungen unter einem Dach

Das Altdorfer EDV-Unternehmen konnte in knapp drei Jahren seine Mitarbeiterzahl verdoppeln. Der Marktanteil liegt bei 40 Prozent.

Seite 17

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 7. Oktober 2004

54. Jahrgang / Nummer 19

GZ-Zukunftswerkstatt öffentliche Verwaltung am 19. 10.:

„Virtuelle Behörde“ direkt neben der Systems

Das ganze Behörden-Spektrum an einem Tag
Service der Gemeindezeitung für Bayerns Kommunen

Als besonderen Service für die Entscheidungsträger und EDV-Spezialisten aus Bayerns Kommunen und Behörden bietet die GZ in diesem Jahr anlässlich der SYSTEMS 2004 am 19. Oktober 2004 ab 9⁰⁰ Uhr in der historischen Wappenhalle in unmittelbarer Nähe des Westeingangs der Münchner Messe eine Spezialveranstaltung für den öffentlichen Bereich an.

Unser Angebot, das in der Tradition unseres Klassikers „Zukunftswerkstatt öffentliche Verwaltung - Die virtuelle Behörde“ steht, bietet einen Überblick über aktuelle IT-Trends für unsere Zielgruppe. In der Ausstellung präsentieren unsere Partner aus der Wirtschaft spezielle Behördenlösungen. Fachvorträge und Berichte aus der Praxis sowie Gespräche mit Experten runden das Angebot ab. Ein Messerouter der GZ informiert über ausgewählte Behörden-Partner auf der SYSTEMS.

Informationen stehen ab dieser Woche auf der GZ-Website www.gemeindezeitung.de. Die Einladung erfolgt über eMail. Deshalb bitten wir die Gemeinden, die eingeladen werden wollen, sehr herzlich darum, die aktuellen Mail-Adressen an info@gemeindezeitung.de zu senden.

Bitte beachten Sie unsere Verlagsbeilage in dieser Ausgabe. ☞

Bayerische Wirtschaft im 1. Halbjahr 2004:

Spitzenwert und damit Spitzenplatz

Nach Stagnation im vergangenen Jahr ist der Konjunkturmotor in Bayern wieder kräftig angesprungen. Im ersten Halbjahr wuchs das Bruttoinlandsprodukt im Freistaat um real 2,3 Prozent. Dies sei der mit Abstand kräftigste Anstieg seit drei Jahren, teilte das Statistische Landesamt in München mit. Laut Wirtschaftsminister Otto Wiesheu bedeutet das beachtliche Ergebnis Platz 1 im Ländervergleich zusammen mit Sachsen. Damit sei das gewohnte Bild wieder hergestellt.

Im Bundesdurchschnitt wuchs die Wirtschaft um 1,8 Prozent. Wiesheu zeigte sich zuversichtlich, dass auch das Gesamtergebnis 2004 deutlich besser ausfallen werde als in den letzten drei Jahren, in denen die Konjunktur nahezu stagnierte (2001: + 0,7 Prozent; 2002: + 0,6 Prozent; 2003: + 0,2 Prozent).

spürbare Belebung der Weltkonjunktur und die starke Präsenz der bayerischen Wirtschaft auf den internationalen Märkten positiv ausgewirkt. Die Exporte hätten im 1. Halbjahr 2004 mit über 12 Prozent so stark zugelegt wie seit langem nicht mehr.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Starke Präsenz der Bayern

Den stärksten Wachstumsbeitrag im 1. Halbjahr leistete das Verarbeitende Gewerbe, das seine reale Bruttowertschöpfung um 5,6 Prozent steigerte. Hier habe sich, so der Minister, die

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

GZ-Interview mit Klaus-Dieter Josel:

Dialog mit den Kommunen

Für ein Gespräch mit den Städten und Gemeinden des Freistaats sieht der Konzernbevollmächtigte der Deutschen Bahn für Bayern, Klaus-Dieter Josel, zahlreiche Ansatzpunkte. Man ziehe mit den Kommunalpolitikern am gleichen Strang, wenn es darum gehe, den Kunden effiziente Alternativen zum Individualverkehr anzubieten, versicherte Josef GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel.

GZ: Einmal mehr ist die Bahn in aller Munde - Stichwort Preisdebatte. Kürzlich hat Bayerns Wirtschaftsminister Otto Wiesheu die seiner Ansicht nach ungerechtfertigte Preisgestaltung heftig kritisiert. Wie ist Ihre Position?

Josel: Es gibt einen wohl bald unterschrittsreifen Verkehrsvertragsvertrag mit dem Freistaat Bayern, demzufolge etwa 60 Prozent unserer Kosten vom Land übernommen werden. Die restlichen 40 Prozent sind unser eigenes Risiko. Deshalb verfolgen wir das Ziel, unseren Kunden einen guten Service zu bieten, um entsprechende Fahr-

geldeinnahmen zu bekommen. Das Problem ist, dass sich in diesem Jahr die Kostensituation durch deutliche Steigerungen insbesondere im Energiebereich, aber auch im Personalsektor verschärft hat. Das belastet uns. Der Minister hat recht wenn er sagt, dass im Vertrag eine spezielle Dynamisierung gerade für die Energiekosten vereinbart wurde, doch betrifft das eben nur 60 Prozent der Kosten. Sie können sicher sein: Wir wollen nicht unnötig Tarife erhöhen, aber wir sehen im Moment keine andere Möglichkeit. Noch ein Hinweis in diesem Zusammenhang: Vor

(Fortsetzung auf Seite 4)



So tüppig wie das Wasser des originellen Brunnens in seinem Büro sprudeln beim bayerischen Bahnchef Klaus-Dieter Josel die Geldquellen nicht. Wie er im Gespräch mit Anne-Marie von Hassel versicherte, steht freilich sein Angebot, mit den Kommunen das Gespräch zu pflegen und gemeinsam die besten Lösungen für den Schienenverkehr zu suchen. Foto: Bertele

Drei Goldmedaillen für bayerische Dörfer

Mit drei Goldmedaillen hat Bayern beim 21. Bundeswettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden - unser Dorf hat Zukunft“ als erfolgreichstes Bundesland abgeschnitten. Wie Landwirtschaftsminister Josef Miller bekannt gab, wurden insgesamt sechs bayerische Dörfer mit den begehrten Medaillen in Gold, Silber und Bronze ausgezeichnet.

Je eine Goldmedaille erhielten die Dörfer Großziegenfeld, Stadt Weismain (Lkr. Lichtenfels), Kirchanschöring (Lkr. Traunstein) und Loiching (Lkr. Dingolfing-Landau a. d. Isar), Silber

ging an das Dorf Schützing, Gemeinde Schaufling (Lkr. Deggenhof), Bronze gab's für die Dörfer Lupburg (Lkr. Neumarkt i. d. OPf.) und Ramspau, Markt Regenstein (Lkr. Regensburg).

Deutschlandweit hatten sich 4.807 Dörfer an dem Wettbewerb beteiligt, davon 973 aus Bayern. Ins Finale kamen 36 Kommunen.

Starke Dorfgemeinschaft

Den sechs bayerischen Siegergemeinden gratulierte der Minister zu ihrem großen Erfolg: „Dass sich die Sieger nach den Vorentscheiden auf Landkreis-, Bezirks- und Landesebene nun auch noch im Finale durchgesetzt haben, ist ein Beleg für eine engagierte Dorfgemeinschaft.“ Der seit 40 Jahren durchgeführte Wettbewerb zeigt nach den Worten des Ministers, wie mit großem Gemeinschaftssinn der Bevölkerung die Attraktivität und Qualität des ländlichen Raums erhalten und zukunftsgerichtet gestaltet werden kann. Für Miller ist dies die „wohl bedeutendste Bürgerinitiative Bayerns und ein Beispiel für praktizierte Bürgerkultur“.



Manchmal hat das Oktoberfest seinen Januskopf. Deshalb hat der Bürgermeister eine ernüchternde Bilanz gezogen. 2005 will er zu einem anderen großen Volksfest fahren. Doch wird es ihn eines Tages mit Sicherheit wieder zur Wiesen ziehen, gilt doch der Satz: „Der Bayer hat ein irdisches Verhältnis zur Religion und ein mystisches zum Bier.“ S. 19

Von der Kommission werden neben der dorfgerechten baulichen und denkmalpflegerischen Entwicklung auch die ökologische Gestaltung und Vernetzung von Dorf und Land sowie die Förderung des Gemeinschaftslebens bewertet. ☞



Goldmedaille für Nußdorf am Inn im Europa-Wettbewerb

Die Freude ist groß in Nußdorf, Kreis Rosenheim. Nachdem man bereits 2001 eine Goldmedaille auf Bundesebene gewonnen hatte, gab es nun für den Ort am Fuße des Heubergs mit seiner 1200-jährigen Geschichte auch eine Goldmedaille beim europäischen Wettbewerb „Entente Florale“. Nußdorfs Bürgermeister Sepp Oberbauer konnte die Bronzeplatte mit goldenen Sternen im französischen Aix les Bains von Jurypräsidenten Luke Griffin aus Irland entgegennehmen (vgl. Seite 19).

Foto: Göllinger

Sie lesen in dieser Ausgabe

Öffentliche Verschwendung in Bayern	Seite 2
CSU bekennt sich zum Sparkonzept der Regierung	2
Lernmittelfreiheit bleibt bestehen	2
GZ-Kolumne Hanns Dorfner:	
Verwaltungsreform - eine ernüchternde Zwischenbilanz	3
Kommunale Verdienstmedaille für 18 Persönlichkeiten	3
GZ-Fachthemen:	
Kommunale Energiefragen	5 - 10
Kommunaler Bau	11 - 13
Kommunalfahrzeuge/Verkehrspolitik	14/15
Zukunftswerkstatt	17
Aus den bayerischen Kommunen	16 - 20

Herbstklausuren der Landtagsfraktionen:

CSU bekennt sich zum Sparkonzept der Regierung

„Einzelheiten der Verwaltungsreform bleiben noch offen - Verhandlungen auch mit den Kommunen - Opposition warnt vor „Kaputtsparen“

Die Auseinandersetzungen um das Spar- und Reformkonzept der Staatsregierung, wie es Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber in seiner Regierungserklärung am 6. November 2003 angekündigt hatte, werden auch das zweite Jahr dieser Legislaturperiode bestimmen.

In ihren Herbstklausuren haben sich die drei Landtagsfraktionen mit Schwerpunkten wie Schul- und Verwaltungsreform neuerlich und in vielem noch nicht abschließend beschäftigt. Bis in den November sollen noch Verhandlungen, auch mit den Kommunen, geführt werden. Akzeptiert hat die CSU den Etatentwurf der Staatsregierung für die kommenden zwei Jahre, der ab 2006 ohne Neuverschuldung ausgeglichen werden soll. Einzelheiten blieben noch strittig. SPD und Grüne bekräftigten ihr Nein zum „Kaputtsparen“ und legten ihre Alternativen vor.

Aufgeschlossener Finanzminister

Finanzminister Prof. Kurt Faltlhauser betonte, er sei für Änderungen im Etat aufgeschlossen - sofern der Gesamtrahmen nicht gesprengt werde und die Null bei der Neuverschuldung bleibt. Für 2005 muss er jedoch noch etwa 1,15 Milliarden Euro bei den Banken aufnehmen; geplant waren 112 Millionen Euro. Die Steigerung führte der Minister mit 550 Millionen Euro auf die letzte Stufe der Steuerreform sowie auf weitere Steuerausfälle zurück. Genaueres bleibt der Steuerschätzung Mitte November vorbehalten. Das Ausgaben-volumen soll nach dem Entwurf gegenüber heuer (34,03 Milliarden Euro) in den kommenden zwei Jahren um je etwa 1,4% steigen, wobei u.a. für Schule und Bildung um 4,3% sowie für Hochschulen und Wissenschaft 7% mehr veranschlagt sind. Das bedingt an anderer Stelle Kürzungen von 260 bzw. 270 Millionen Euro, vor allem aber wird

es auf die Verwaltungsreform ankommen, deren Sparsaldo allerdings nur in mehreren Jahren zu berechnen sein wird.

Reform 21 - Paket 2

Das von Staatskanzleiminister Erwin Huber in der Fraktion neuerlich vertretene Konzept „Reform 21“ mit dem Paket 2 (Paket 1 hatte die Fraktion vor der Sommerpause nach internen Auseinandersetzungen mit einigen Änderungen gebilligt) war in der Herbstklausur der CSU in Kloster Banz wieder Gegenstand heißer Auseinandersetzungen, wie Fraktionsvorsitzender Joachim Herrmann bestätigte. Den letzten Schliff soll das Paket erst im November bekommen. Es geht um die Neuordnung bzw. Vereinfachung der Instanzen auf allen Verwaltungsgebieten von den Schulen über die Landwirtschafts- und Forstämter bis zu Wasserwirtschaftsämtern und Polizei. Ähnlich wie Faltlhauser zeigte sich Huber zu Änderungen bereit; nur die „Stimmigkeit des Gesamtkonzepts muss erhalten bleiben“.

Weniger Bürokratie

Stoiber hatte zu Beginn der Tagung erklärt, er gehe „ergebnisoffen“ in die Diskussion. Alles in allem sollen zwischen 6.000 und 6.500 Planstellen in den nächsten Jahren sukzessiv eingespart werden. In seiner Regierungserklärung hatte der Ministerpräsident für alle Verwaltungszweige den Grundsatz aufgestellt, dass zwischen den Ministerien und den Dienststellen vor Ort, auch bei den Schulen, nur eine Instanz eingeschaltet ist.

„Weniger Bürokratie, mehr Bürgernähe“. Zum Beispiel auch bei der Polizei. Bei nur zwei Enthaltungen stimmte die CSU-Fraktion laut Herrmann nach intensiver Aussprache dem Konzept von Innenminister Dr. Günther Beckstein zu, die sieben Präsidien und 35 Direktionen zu zehn Schutzbereichen zu verschmelzen. In Unterfranken soll das neue System zunächst erprobt werden.

Im Sektor Landwirtschaft und Forsten werden die derzeit 47 Landwirtschaftsämter mit 79 Dienststellen und die 127 Forstämter schrittweise in 47 „grüne Zentren“ mit zunächst 80 Standorten umorganisiert. Landwirtschaftsminister Josef Müller trat Befürchtungen entgegen, die künftige Staatsforstverwaltung als eigene Körperschaft des öffentlichen Rechts werde aus Profitgründen die Schaffung gesunder Mischwälder vernachlässigen. Auch mit den kommunalen Waldbesitzern wurde Übereinkommen erzielt.

Tauziehen um Standorte

Nicht entschieden wurde in Banz über die Standorte der neuen Verwaltungen. Hier dauert das Tauziehen in der Regierungsfraktion und landesweit an. Die CSU-Abgeordneten sind bemüht, die Interessen ihrer Stimmkreise und damit der Städte als Verwaltungszentren zu wahren. Es geht u.a. um Vermessungs- und Bauämter, um Gerichte und Arbeitsgerichte sowie um die Polizeireform.

Unter dem Motto „Fortschritt für Bayern - Weichen richtig stellen“, forderte die SPD in ihrer Klausur in München neue Wege zu einer verantwortlichen Sozial- und Familienpolitik. Zum Haushalt wurde erklärt, der Termin 2006 für den Verzicht auf Neuverschuldung sei unrealistisch. Grundsätzlich müssten Konjunktur sowie Investitionen vom Staat stärker berücksichtigt werden, betonte Haushaltssprecher Dr. Heinz Kaiser. Zum Etat-ausgleich wurde die Forderung erneuert, die restlichen E.ON-

„Tag der Archive“ 2004:

Von der Vielfalt des Erinnerns

Geschichte erfahrbar und erlebbar zu machen und an ausgewählten Archivalien und Mediendokumenten aufzuzeigen, sollte ein verlockendes wie lohn-

nendes Ziel sein. Die Rolle der Archive für die Erforschung der Vergangenheit und das bessere Verständnis der Gegenwart muss verstärkt in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt werden. Mit dem zweiten bundesweiten „Tag der Archive“ ergab sich einmal mehr die große Chance, die Akzeptanz der Archive in der Gesellschaft zu erhöhen und Schwellenängste abzubauen.

Einmalige Belege

Archive bewahren einmalige Belege und Zeugnisse der Geschichte. Dazu gehören nicht nur kunstvolle Pergamenthandschriften und Urkunden mit aufwendigen Siegeln, sondern auch optisch wenig spektakuläres, aber historisch bedeutsames Aktentgut. Nachlässe, Pläne, Bild- und Tondokumente ergänzen die Überlieferung der Vergangenheit. Der Archivar bewertet, ordnet und erschließt die Bestände und schafft damit die Voraussetzung für die Darstellung historischer gewordenen Ereignisse.

Für den „Tag der Archive“, der nicht zuletzt von der Initiative (Fortsetzung auf Seite 4)

Öffentliche Verschwendung in Bayern

Repräsentative Fälle im Schwarzbuch 2004

Ein wesentlicher Grund für die Meinung der Steuerbürger, zu viel Steuern bezahlen zu müssen, ist die allzu oft nachgewiesene Verschwendung von Steuergeldern durch die öffentlichen Hände. „Wer Steuern zahlt, will Sparsamkeit“, um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, gab der Bund der Steuerzahler kürzlich zum 32. Mal das Schwarzbuch „Die öffentliche Verschwendung“ heraus.

„Diese Dokumentation beweist einmal mehr, dass die Verschwendung von Steuergeldern auch in Zeiten angeblich leerer öffentlicher Kassen zunimmt“, heißt es in einer Presseerklärung des Verbands. Ausgewählt aus einigen hundert Fällen werde damit lediglich die Spitze des Eisberges dokumentiert. Alljährlich listet man bundesweit Fehlplanungen, Bauskandale, Kostenexplosionen bei öffentlichen Investitionen und Beispiele der Selbstbedienung als Verschwendungstatbestände auf.

Zehn repräsentative bayerische Verschwendungsfälle wurden in das Schwarzbuch aufgenommen. Die Leiterin der Abteilung Haushalt und Kommunalpolitik des Bundes der Steuerzahler in Bayern, Rechtsanwältin Maria Ritch, hat in jedem Jahr die nicht einfache Aufgabe, aus einer Vielzahl von Verschwendungsfällen die repräsentativen auszuwählen. „Auch in diesem Jahr wäre es wieder möglich gewesen, mit den vielen

kleinen und großen Verschwendungsfällen in Bayern ein eigenes Schwarzbuch herauszugeben“, versichert man. In der Vielzahl der Fälle seien die Maßstäbe von Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit nicht beachtet bzw. auch missachtet. Trotz prekärer Finanzsituation fehle in vielen Amtsstuben immer noch das Bewusstsein dafür, dass die Steuerbürger ein Anrecht auf den sparsamen Umgang mit ihren hart verdienten Steuergeldern haben. Nach zuverlässigen Berechnungen werden rund fünf Prozent der öffentlichen Ausgaben entgegen den Grundsätzen von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit ausgegeben.

Auch Verschwender gehören bestraft

Bezogen auf die öffentlichen Gesamtausgaben in Deutschland ergibt sich damit ein Verschwendungsvolumen von über 30 Milliarden Euro. Das große Ärgernis für die Steuerzahler besteht darin, dass die Verantwortlichen in den Amtsstuben meist nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Präsident Rolf von Hohenhausen forderte anlässlich der Vorstellung der bayerischen Verschwendungsfälle erneut Steuerverschwender in gleicher Weise zu bestrafen wie Steuerhinterzieher.

Die bayerischen Fälle des Schwarzbuches 2004 finden Sie im Internet unter: www.Steuerzahler-Bayern.de.

Lernmittelfreiheit bleibt bestehen

CSU-Fraktion kippt Banzer Beschluss - Gestaffeltes Büchergeld - Opposition hält Volksbegehren

in Hinterhand und fordert weiter Rücktritt Hohlmeiers

In der Frage der Lernmittelfreiheit haben Staatsregierung und CSU dem Proteststurm von Eltern- und Lehrerverbänden, unterstützt von der Opposition, gegen den geplanten Sparkurs spontan nachgegeben. Knapp eine Woche nach der Zustimmung dazu, dass die Eltern die Schulbücher ihrer Kinder künftig weitgehend selber bezahlen sollen, kippte die Landtagsfraktion diesen Beschluss der Klausur in Schloss Banz und votierte für ein gestaffeltes Büchergeld von jährlich 20 und 40 Euro.

Ab dem dritten Kind und in sozialen Härtefällen soll es bei der vollen Lernmittelfreiheit bleiben. Neben anderen hatte Städtetagspräsident Josef Deimer erklärt, „wir können doch nicht täglich verkünden, wie wichtig die Bildung unserer Kinder ist und im gleichen Atemzug die Lernmittelfreiheit abschaffen.“ Die „negative Signalwirkung wäre verheerend“. Im Gegenteil müsse der Staat sein Engagement im Bildungsbereich verstärken. Das Sparvolumen von 20 bis 30 Millionen Euro im Staatshaushalt wirke sich im Etat erst hinter der zweiten Komma-stelle (0,06%) aus.

Das war die gleiche Argumentation wie sie von der Landtagsopposition sofort gegen den Banzer Beschluss ins Feld geführt wurde. Franz Maget (SPD) kündigte die Beteiligung oder sogar eine eigene Initiative für ein Volksbegehren an, das seitens der Elternorganisationen und anderer Verbände schon angedroht worden war.

Entsprechend reagierte die Grünen durch ihre Fraktionsvorsitzenden Margarete Bause und Dr. Sepp Dürr. CSU-Fraktionsvorsitzender Joachim Herrmann räumte ein, man habe die „emotionale Bedeutung“ des Kürzungsbeschlusses unterschätzt. Er widersprach Berichten nicht, dass es in der eigenen Fraktion und in der Staatsregierung bewegte Tage gegeben habe. In Banz hatte Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber gegenüber Journalisten noch von einer „epochalen Entscheidung“ gesprochen. Kultusministerin Monika Hohlmeier hatte, wie sie der GZ bestätigte, über ihre Verhandlungen mit Eltern- und Lehrerverbänden seit dem Frühjahr berichtet, in denen das Büchergeld eindeutig Vorrang gegenüber einem Einschnitt in die Lernmittelfreiheit hatte.

Die SPD machte das Thema zum Gegenstand der Aktuellen Stunde in der ersten Vollsitzung

des Landtags nach der Sommerpause. Das Volksbegehren, so Maget, wäre das Beste geworden, das es in Bayern je gab. Nun habe die SPD schon davor über die CSU gesiegt. Ganz gab Maget den Gedanken des Volksbegehrens nicht auf. Die CSU werde bei passender Gelegenheit versuchen, die Lernmittelfreiheit abzuschaffen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende lehnte auch das Büchergeld ab.

Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Margarete Bause betonte die volle Lernmittelfreiheit als Voraussetzung gleicher Bildungschancen aller Kinder. Dem Ministerpräsidenten warf sie „schäbigen Geiz“ vor. Hohlmeier sei von seinem „Wohl oder Wehe“ abhängig.

Die Ministerin ging nicht auf das „warum“ des Banzer Beschlusses ein. Wenn man sich anders entschlossen habe, so mit Rücksicht auf die Sorgen der Eltern. Sie bestätigte, dass sie kurz vor der Landtagssitzung in einem eilig zusammengetrommelten Spitzengespräch mit Eltern- und Lehrerverbänden bereits grundsätzliche Einigung über das Büchergeld erzielt habe. Hohlmeier, der schulpolitische CSU-Sprecher Siegfried Schneider und Fraktionschef Joachim Herrmann nannten im Plenum und vor der Presse als entscheidende Komponente des Büchergeldes, dass diese Abgabe bei den Schulen verbleibe und dass die Eltern über das Schulforum bzw. die Klassen-Elternkonferenz mit zu bestimmen haben. Sollte Kommunen für andere ihnen obliegende Sachkosten das Geld fehlen, dürften sie nicht auf das Büchergeld zurückgreifen. Eine Rolle spielen u.a. die Kosten für das Kopieren von Büchern und Lernmitteln.

Der Staat wird laut Hohlmeier für arme und kinderreiche Familien einen einstelligen Millionenbetrag zuschießen. Andererseits wird der Staatshaushalt um ca. 15 Millionen Euro entlastet. **rm**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Rudolf Weiß
85465 Langenpreising

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Albert Kieslinger
93474 Arrach
am 14.10.

Bürgermeister
Erwin Brummer
84364 Bad Birnbach
am 20.10.

Bürgermeister Hans Wick
91469 Hagenbüchach
am 22.10.

Bürgermeister Josef Huber
83626 Valley
am 23.10.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Helmut Wimmer
94522 Wallersdorf
am 13.10.

Bürgermeister Peter Gold
83098 Brannenburg
am 19.10.

Bürgermeister
Michael Waldenmayr
89440 Lutzingen
am 20.10.

Bürgermeister
Josef Brückl
85416 Langenbach
am 20.10.

Bürgermeister
Gerhard Mies
94239 Ruhmannsfelden
am 22.10.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Josef Neiderhell
83064 Raubling
am 20.10.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ottmar Brunner
91180 Heideck
am 11.10.

Bürgermeister
Gotthard Schlereth
97723 Oberthulba
am 11.10.

Bürgermeister
Guido Schramm
63871 Heinrichsthal
am 13.10.

Bürgermeister
Siegfried Fischer
84424 Isen
am 18.10.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Reich
82205 Gilching
am 13.10.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Andreas Hoßmann
97247 Eisenheim
am 18.10.

Bürgermeister
Klaus Holetschek
86825 Bad Wörishofen
am 21.10.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Thomas Eigstler
88142 Wasserburg a. Bodensee

Spitzenwert und ...

(Fortsetzung von Seite 1) Vom Baugewerbe gingen dagegen keine positiven Impulse für die Gesamtwirtschaft aus, wie die Statistiker erklärten. Auch im Bereich Handel und Dienstleistungen waren nur geringe Anzeichen für eine Konjunkturbelbung zu erkennen. Der Sparkurs der öffentlichen Haushalte habe in diesem Fall das Wachstum gebremst.

Achillesferse bleibe die Beschäftigtenentwicklung. Das robuste Wachstum habe noch nicht ausgereicht, um die Lage auf dem Arbeitsmarkt zum Besseren zu wenden. Dies unterstreiche, wie dringend Einstellungsstürden beseitigt und der Arbeitsmarkt durchgreifend entriegelt werden müssten. „Wir kommen sonst von der hohen Arbeitslosigkeit nicht herunter“, so Minister Wiesheu. **DK**

Bayerischer Landkreistag zur KEG-Initiative der Staatsregierung:

Wichtiger Schritt zur finanziellen Stärkung der Kommunen

„Begrüßt und unterstützt“ wird vom Bayerischen Landkreistag der Gesetzentwurf, den der Freistaat Bayern zur Entlastung der Kommunen im sozialen Bereich (KEG) im Bundesrat eingebracht hat. Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner, Cham, hierzu wörtlich: „Das KEG ist ein wichtiger Schritt zur finanziellen Stärkung der Kommunen. Kostspielige Leistungspflichten der Bundesgesetze können von uns nicht mehr erbracht werden.“

Das KEG will den Kommunen ihre finanzielle Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit wiedergeben, ohne die wirklich sozial notwendigen Leistungen zu beschränken. Unter anderem sieht das KEG folgende Regelungen vor:

Finanzkraftklausel für die Kommunen

Stärkere Berücksichtigung der kommunalen Finanzsituation bei Erbringung von Sozialleistungen.

Kostenbeteiligung

Mehr Eigenverantwortung der Eltern bei Jugendhilfeleistungen:

Vermögende Eltern sollen sich künftig stärker an den Kosten für Jugendhilfemaßnahmen beteiligen.

Kein Kindergeld bei Heimunterbringung

Eltern vernachlässigter Kinder, die im Heim erzogen werden, sollen künftig kein Kindergeld kassieren.

Stärkerer Schutz des Kindeswohls

Schnellerer Entzug des Sorgerechts bei Vernachlässigung und Verwahrlosung von Kindern.

„Ziel ist es nicht, soziale Leis-

tungen generell einzuschränken oder nicht zu gewähren, sondern die notwendigen sozialen Leistungen auch in Zukunft erbringen zu können. Ohne Entlastungsgesetz würde der Gestaltungsspielraum der Kommunen beseitigt,“ so Zellner.

Vorschläge der Landräte

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags weist insbesondere auf die Beteiligung des Verbands bei der Bundesratsinitiative hin: „Wir nehmen mit Befriedigung zur Kenntnis, dass unsere 115 Vorschläge im KEG verwirklicht werden sollen. Dieser Gesetzentwurf ist ein ausgewogener Kompromiss zwischen den finanziellen und sozialen Notwendigkeiten.“ Der Präsident des Bayerischen Landkreistags dankt der Bayerischen Staatsregierung, dass sie die Anregungen aus der Praxis der Landkreise aufgegriffen hat: „Das Lob gebührt der Bayerischen Staatsregierung. Mir bleibt nur die Hoffnung, dass die Gesetzesinitiative auch Erfolg hat.“

Mit dem Gesetz zur Kostenentlastung der Kommunen im sozialen Bereich (KEG) könnten die Kommunen bundesweit pro Jahr rund 300 Millionen Euro bei der Sozialhilfe und rund 250 Millionen Euro bei der Jugendhilfe einsparen.

Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

Kommunale Verdienstmedaille für 18 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens

Insgesamt 18 Persönlichkeiten aus Franken, Oberbayern, Niederbayern und der Oberpfalz erhielten aus der Hand von Innenminister Dr. Günther Beckstein die Kommunale Verdienstmedaille. Die Auszeichnung wurde verliehen für besondere Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung.

Die Ausgezeichneten: Kommunale Verdienstmedaille in Gold:

Dr. h. c. Hans Zehetmair, ehemaliger Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, ehemaliger Landrat des Landkreises Erding, ehemaliger zweiter Bürgermeister der Stadt Erding und derzeitiges Mitglied des Kreistags Erding;

Prof. Dr. Franz-Ludwig Kne Meyer, em. Ordinarius für Staats- und Verwaltungsrecht der Universität Würzburg und langjähriger Leiter des Kommunalwissenschaftlichen Forschungszentrums in Würzburg;

Helmut Bloß, Mitglied des Stadtrats Nürnberg;

Wolfgang Dandorfer, Oberbürgermeister der Stadt Amberg und ehemaliges Mitglied des Bayerischen Landtags;

Fritz Günther, ehemaliger zweiter Bürgermeister der Stadt Schwarzenbach a. Wald, ehemaliges Mitglied des Kreistags Hof und derzeitiges Mitglied des Stadtrats Schwarzenbach a. Wald;

Xaver Hinteneder, ehemaliger erster Bürgermeister des Marktes Neukirchen-Balbini;

Anton Jahrstorfer, Mitglied des Stadtrats Passau und Stellvertre-

Helmut Schuck, ehemaliger erster Bürgermeister des Marktes Bad Bocklet und ehemaliges Mitglied des Kreistags Bad Kissingen;

Emil Silberhorn, zweiter Bürgermeister der Stadt Neumarkt i. d. Opf. und Mitglied des Kreistags Neumarkt i. d. Opf.;

Heinrich Trapp, Landrat des Landkreises Dingolfing-Landau und ehemaliges Mitglied des Bayerischen Landtags und des Marktgemeinderats Reisbach;

Maria Wagner, dritte Bürgermeisterin der Stadt Forchheim und Mitglied des Kreistags Forchheim;

Otto Wilpert, ehemaliger zweiter Bürgermeister der Gemeinde Oberpleichfeld;

Kommunale Verdienstmedaille in Bronze:



Prof. Dr. Franz-Ludwig Kne Meyer und Dr. h. c. Hans Zehetmair (v. l.) sind die neuen Träger der Kommunalen Verdienstmedaille in Gold, die ihnen Innenminister Dr. Günther Beckstein (jeweils rechts im Bild) überreichte.



Kommunale Verdienstmedaille in Silber:

Ernst Amberger, ehemaliger dritter Bürgermeister der Stadt Weiden i. d. Opf.;

Dr. Walter Baumann, ehemaliger erster Bürgermeister der Stadt Schwarzenbach a. d. Saale und ehemaliger Stellvertreter des Landrats des Landkreises Hof;

ter des Bezirkspräsidenten des Bezirks Niederbayern;

Johann Schießl, ehemaliger erster Bürgermeister der Gemeinde Schwarzenbach b. Nabburg;

Gregor Schmitt, zweiter Bürgermeister der Gemeinde Obertrubach und Stellvertreter des Landrats des Landkreises Forchheim;

MdL Kurt Eckstein, Mitglied des Stadtrats Altdorf b. Nürnberg, des Kreistags Nürnberger Land und des Bayerischen Landtags und ehemaliges Mitglied des Bezirksstags Mittelfranken;

MdL Joachim Wahnschaffe, Mitglied des Bayerischen Landtags und ehemaliges Mitglied des Stadtrats Regensburg.

GZ

Kolumne
Hanns Dorfner

Liebe Leser

Liebe Leser

Gemessen an den Aussagen unseres verehrten Ministerpräsidenten in seiner Regierungserklärung vom November 2003, hätte die Verwaltungs- und Behördenreform die größte Reform seit Montegas werden können. Heute jedoch, nachdem das erste Reformpaket auf dem Tisch liegt und das Paket 2 noch diskutiert wird, ist allenthalben Ernüchterung, ja große Enttäuschung eingetreten, ob einer Zwischenbilanz, die Anspruch und Wirklichkeit deutlich auseinander klaffen lassen.



Landratsämter, die ja unbeschnitten erster Ansprechpartner der Bürger sind. Selten sind eigene Reformansprüche derart ins Gegenteil verkehrt worden, wie bei dieser Behördenreform. Vor dem Hintergrund einer mehr als mageren Zwischenbilanz scheint ein Zitat unseres Reformministers Erwin Huber durchaus geeignet zu sein, Schmunzeln hervorzurufen, wäre die Gelegenheit nicht viel zu ernst: „Die Bürger wollen, dass die behördliche Entscheidung mit Ortskenntnis getroffen wird ...

Diese Erwartungen kann am besten das Landratsamt erfüllen. Darum gilt: Weil wir die Verwaltung stärker am Bürger ausrichten wollen, werden wir in der Tendenz die Landratsämter stärken.“

Wird der Reformansatz von Erwin Huber gar von anderen Kräften gebremst? Es wird also in Zukunft mehr Zentralität geben und daraus resultierend mehr Einflussnahme aus der „Zentrale“ München kommen. Bayern, das bisher immer sehr stolz war auf seine unteren Verwaltungsbehörden mit deren Entscheidungsnähe zum Bürger, ist damit auf dem schlechten Weg, sich zu einem zentralistischen Staat zu entwickeln. Kann dies wirklich das Ziel sein? Sicherlich nicht! Daher sollte schnellstmöglich ein ehrliches und ergebnisoffenes Überdenken der bisherigen Reformüberlegungen einsetzen, das sich entsprechend der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vor allem an der zu erwartenden Effizienz und an ihrer Bürgerfreundlichkeit messen lassen muss. Bewährtes um jeden Preis aufzugeben und Veränderungen nur um ihrer selbst willen herbei zu führen kann und darf nicht Reformsinn sein.

Es darf auch nicht sein, dass verschiedene Abgeordnete die richtige Zielsetzung der „Entscheidungen aus einer Hand sowie der Bündelung von Aufgaben und Zuständigkeiten in den Landratsämtern“ deshalb blockieren, weil die Landräte dann in ihren Augen zu stark würden. Hier verkennen die Parlamentarier eindeutig ihre Aufgaben, wonach sie für den Bürger da sind und an der Konzipierung einer bürgernahe Verwaltung arbeiten sollen, anstatt einen Machtkampf mit den Landräten zu probieren.

Es darf auch nicht sein, dass verschiedene Abgeordnete die richtige Zielsetzung der „Entscheidungen aus einer Hand sowie der Bündelung von Aufgaben und Zuständigkeiten in den Landratsämtern“ deshalb blockieren, weil die Landräte dann in ihren Augen zu stark würden. Hier verkennen die Parlamentarier eindeutig ihre Aufgaben, wonach sie für den Bürger da sind und an der Konzipierung einer bürgernahe Verwaltung arbeiten sollen, anstatt einen Machtkampf mit den Landräten zu probieren.

Hanns Dorfner

Begegnung der Evangelisch-Lutherischen Kirche mit dem Bayerischen Städtetag:

„Hartz IV“ zentrales Thema

Landesbischof Friedrich würdigt scheidenden Städtetags-Vorsitzenden Deimer.

Bei der Begegnung von Vertretern der Kirchenleitenden Organe der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern und ihrer Diakonie mit dem Vorstand des Bayerischen Städtetags im Landeskirchenamt in München war die Umsetzung des Sozialgesetzbuches II, des so genannten „Hartz IV-Gesetzes“, eines der zentralen Gesprächsthemen.

Beide Seiten waren sich einig in der Anerkennung der Notwendigkeit der Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe, ebenso darin, dass eine bessere Information der Betroffenen über das Gesetz und seinen Auswirkungen unabdingbar ist.

Das Gespräch suchen

Auch stimmten Kirchenvertreter und Kommunalpolitiker darin überein, im Zuge der Umsetzung des Gesetzes darauf zu achten, inwieweit den Belangen der betroffenen Menschen Rechnung getragen wird. Intention der Kirche sei es, so der Präsident des Diakonischen Werks Bayern, Dr. Ludwig Markert, zur Verschärfung der Diskussion über das „Hartz IV-Gesetz“ beizutragen. Gemeinsam mit Landesbischof Dr. Johannes Friedrich warb er darum, in den Kommunen das Gespräch mit Vertretern der Kirche und der Diakonie zu suchen. Oberbürgermeister Josef Deimer versicherte, dass die Städte die von Hartz IV betroffenen Menschen nicht ohne Hilfe vor den Rathäusern stehen lassen werden.

halt kirchlicher Gebäude.

Mit Blick auf das Ende der Amtszeit (31.12.2004) des Vorsitzenden des Bayer. Städtetags, Josef Deimer, würdigte der evangelische Landesbischof den Landshuter Oberbürgermeister als „Protestant im wahrsten Sinne des Wortes“, weil er sein politisches Handeln stets auf die eigene Überzeugung gegründet habe. Erkennbar werde dies auch an Deimers Anspruch, das Gewissen in die Mitte der Vernunft zu stellen.

Friedrich dankte Deimer für die gute Zusammenarbeit: „Sie waren stets ein sehr guter Begleiter unserer Kirche.“



„Sie waren stets ein sehr guter Begleiter unserer Kirche“, versicherte Landesbischof Dr. Johannes Friedrich (li.) dem Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags, OB Josef Deimer.

Dialog mit den Kommunen ...

(Fortsetzung von Seite 1)
einem Jahr etwa haben wir das „Bayern-Ticket Single“ eingeführt - ein sehr attraktives Angebot, das uns viele Neukunden gebracht hat.

Allerdings haben wir auch festgestellt, dass wir uns mit unseren Tarifangeboten teilweise selbst Konkurrenz gemacht haben. Hier muss man nachsteuern. Wir halten das „Bayern-Ticket Single“ und das „Bayern-Ticket“ aber in jedem Fall aufrecht und werden es weiterhin zu attraktiven Preisen offerieren.

Steigerung der Fahrgastzahlen

GZ: Der VDV geht davon aus, dass eine Steigerung der Fahrgastzahlen nur im Rahmen einer gesicherten Finanzierung möglich ist...

Josel: Die bundesweiten Rahmenbedingungen sind mitverantwortlich für die Verringerung unserer Einnahmen. Wir haben es eben nicht nur mit einer Kostensteigerung, sondern auch mit einer staatlichen Verringerung der Zuwendungen zu tun. So trifft uns beispielsweise die Reduzierung finanzieller Mittel im Schwerbehindertbereich sehr. Die Ausgleichszahlungen in 2004 liegen bei etwa 13 Millionen Euro bundesweit, im nächsten Jahr werden es rund 15 Millionen sein. Dieses Geld müssen wir erst einmal verdienen.

Im übrigen ist unser Tarifsystem entfernungsabhängig aufgebaut. Es gibt u. a. Tarifstufen von 0 bis 5 km und von 5 bis 10 km; in diesem Bereich fahren zwar nur sehr wenige Kunden mit uns, doch fließen auch diese in die Berechnung der durchschnittlichen Erhöhung mit ein. Zum ersten Mal seit zwölf Jahren haben wir nun in beiden Stufen den Tarif um 10 Cent aufgestockt, was insgesamt einer Tarifierhöhung von über 3 Prozent entspricht. Dass sich dies proportional deutlich niederschlägt, ist klar.

GZ: Man muss das Ganze also in Relation sehen?

Josel: Exakt. Andere Wettbewerber - ob in der Luftfahrt oder im Straßenverkehr - verzeichnen übrigens auch Kostensteigerungen. Die Energiekosten wirken sich sofort aus, so dass wir bedauerlicherweise ebenso nach-

ziehen und den Rahmenbedingungen Rechnung tragen müssen.

GZ: Stichwort qualitativer Ausbau der Bahn. Was ist hier für Kommunen interessant?

Josel: Gemeinsam mit dem Freistaat Bayern, der die Aufgaben- und Finanzverantwortung übernommen hat, wurde 1996 der Bayern-Takt mit einem um knapp 20 Prozent erweiterten Angebot eingeführt. Konsequenz wurde, wo erforderlich, verdichtet und vertaktet. Das Ergebnis gibt uns recht: Im SPNV verzeichnen wir bayernweit eine Steigerung der Nachfrage um gut 25 Prozent. Ebenso konsequent haben wir unsere Fahrzeuge modernisiert. Die S-Bahn in München beispielsweise verfügt jetzt über 234 neue Fahrzeuge - Kostenpunkt über 800 Mio. Euro, wobei wir auch vom Freistaat unterstützt wurden. Bayernweit wiederum haben wir in den vergangenen acht Jahren in 1,5 Mrd. Euro in Fahrzeuge investiert. Auch am Bahnhof begünstigt den Bürgern der Kommunen bei den Ticketautomaten die Bahn, wie sie heute ist. Wir bieten dem Kunden dort unser gesamtes Sortiment an. Ergebnis: Bereits über 50 Prozent der verkauften Tickets werden an Automaten erstanden. Ein noch zartes Pflänzchen ist hingegen das Internet, dessen Verkaufszahlen noch im einstelligen Bereich liegen. Aber auch das wird sich im Laufe der Zeit sicher ändern.

GZ: Vor der Sommerpause hat die Bahn Bayerns Kommunen noch über die Möglichkeit des Erwerbs von Bahnhöfen informiert. Bei dieser Frage sieht man in Ihrem Haus zudem einen Ansatzpunkt, um mit den Städten und Gemeinden in Dialog zu treten. Bis August waren 14 Bahnhöfe verkauft worden, an 50 weiteren bestand ein Kaufinteresse und 146 Bahnhöfe waren in den Besitz der Immobiliengesellschaft First Rail Property übergegangen. Wie ist die weitere Entwicklung?

Josel: Wir verhandeln mit weiteren Kommunen. Fakt ist, dass wir bundesweit fast 6.000 Bahnhöfe/Empfangsgebäude mit einem riesigen Nachhol- bzw. Instandhaltungsbedarf haben. Viele Empfangsgebäude sind für den Verkehr nicht mehr erforder-

lich, werden also nicht mehr genutzt. Für diese Gebäude bekommen wir so gut wie keine Zuschüsse. Hier sind wir auf unsere Eigenmittel angewiesen. Bundesweit verzeichnen wir einen Instandhaltungsrückstand von 15 Mrd. Euro - eine enorme Belastung. Wir wollen aber unsere Bahnhöfe modernisieren, den Verkehrsbereich moderner gestalten. Die Frage lautet also: Wie befreien wir uns aus dem Dilemma?

Momentan sind wir dabei, nicht mehr notwendige Empfangsgebäude zu veräußern und frei werdende Mittel zweckgerichtet für die Modernisierung der Verkehrsstationen zu verwenden. Der Bahnvorstand hat 2001 beschlossen, gut 1.000 Bahnhöfe an einen Investor zu geben. First Rail Estate, ein mittelständisches Unternehmen aus der Nähe von Wiesbaden, ist in diesen Vertrag eingestiegen. Sein Ziel ist es, gemeinsam mit den Kommunen die Bahnhöfe weiterzuentwickeln. Nach einer sog. Entbehrlichkeitsprüfung über die Aufsichtsbehörde Eisenbahnbundesamt bieten wir zunächst den Gemeinden die Bahnhöfe an. Sie sehen: Das Procedere findet in engem Einvernehmen mit den Kommunen statt.

Verbesserung des Erscheinungsbilds

GZ: Der Bahnhof ist oftmals das „Empfangsgebäude“, durch das der Gast eine Kommune betritt. Für die Gemeinden sind diese „Portale“ deshalb in vieler Hinsicht wichtig.

Josel: An einer Verbesserung des Erscheinungsbilds im Bahnhofsumfeld ist uns sehr gelegen. Dabei müssen und wollen wir mit den Kommunen zusammenarbeiten. Im Juli haben wir je dem Bürgermeister einer Kommune bis zur Größe von etwa 50.000 Einwohnern seinen expliziten Ansprechpartner aus dem Bereich DB Regio genannt. Als sog. Pfadfinder der DB-Organisation kann dieser die Wünsche und Anliegen der Rathauschefs an die richtige Stelle weitergeben. Bislang ist die Resonanz sehr gut, wir haben viel Lob bekommen. Offensichtlich sind wir den Kundenanforderungen gerecht geworden. Insgesamt gibt es acht regionale Ansprechpartner, gleichzeitig habe ich eine Kontaktperson für das Thema Immobilien benannt.

Kommunen sind vorsichtig

GZ: Bei Bahn-Grundstücken sind die Kommunen oft sehr vorsichtig geworden. Trotz der meist zentralen Lage ziehen sich mögliche Kaufabschlüsse sehr lange hin.

Josel: Das ist in der Tat ein komplexes Thema. Im Zuge der Bahnstrukturreform hat man die nicht betriebsnotwendigen Grundstücke identifiziert und abgespalten. Diese gehören inzwischen der Firma Vivico. Vor zwei Jahren wurden weitere Immobilien identifiziert und an die Firma Aurelis übertragen. Diese Firma ist kein Unternehmen der Bahn, sondern eigenständig. Die WestLB hat daran einen Anteil von 51 Prozent.

GZ: In diesem Bereich scheinen allerhand Dramen über die Bühne zu gehen. Im schwäbischen Walkertshofen soll es ein Angebot von 86.000 DM gegeben haben. Als man schließlich beim Notar saß, sollte die Preissteigerung an die 400 Prozent betragen.

Josel: Diesen Einzelfall kenne ich nicht. Tatsache ist, dass der Bürgermeister natürlich bestrebt ist, so wenig wie möglich zu zahlen. Aurelis wiederum ist daran gelegen, einen hohen Verkaufspreis zu erzielen. Dennoch habe

ich den Eindruck, dass man sich in den Verhandlungen sukzessive annähert.

„Wir suchen das Gespräch“

GZ: Der Bayerische Gemeindetag betrachtet diese Verhandlungen jedoch als gescheitert. Die Rede war von einer Rahmenvereinbarung, die nun nicht zustande gekommen ist. Der Verbandstenor lautet: In Berlin passieren Dinge, die bayernweit nicht mehr gerade gerückt werden können.

Josel: Es gab die Überlegung, sog. Kommunalpakete zu schnüren. Das hätte bedeutet, alle Grundstücke in einer Kommune anzusehen, anschließend ein Gesamtpaket zu schnüren, um dann mit der Kommune einen Vertrag zu schließen. Das Thema Immobilien wäre sodann mit einem Vertrag geregelt gewesen. Verzögert ist das Ganze zunächst wegen der Bewertung der Grundstücke. Wir müssen nun erst einmal über alle Grundstücke die Werthaltigkeit ermitteln. Das Thema Kommunalpaket ist keineswegs ad acta gelegt. Wir werden im Dialog bleiben und auch sinnvolle Lösungen finden. Ich sehe mich in der Verpflichtung, das Thema zu moderieren und voranzutreiben. Wir werden sicherlich wieder auf den Bayerischen Gemeindetag zugehen. Von unserer Seite gibt es Musterverträge. Darin ist unsere Position formuliert. Darüber muss man sich zusammensetzen. Auch beim schwierigen Thema Entwidmungen suchen wir das Gespräch mit dem Gemeindetag.

GZ: Das Thema Streckenstilllegung verursacht auch Probleme im Güterverkehr...

Josel: Ab und zu gibt es tatsächlich Fälle, wo einfach keine Nachfrage vorhanden ist. Ich denke an die 10 Kilometer lange Strecke Eggmühl-Langquaid, zwischen Regensburg und Landshut gelegen. Wir haben dort ein Streckenstilllegungsverfahren eingeleitet, sind aber gern bereit, nach Abschluss des Verfahrens zum Ende des Jahres mit den Beteiligten nach Lösungen zu suchen. Momentan wollen wir aber von der Betriebspflicht entbunden werden, da Kosten aufgewendet werden müssen, die sich durch die geringe Anzahl von neun Zügen im Jahr nicht rechnen. Es ist beileibe nicht so, dass wir als Bahn a priori sagen: Diese Strecke legen wir still! Vielmehr gibt es ein Verfahren: Nach dem allgemeinen Eisenbahngesetz müssen wir die Strecke erst einmal ausschreiben; über den VDV wird diese Information dann an alle Mitgliedsunternehmen weitergegeben, und es können sich interessierte Unternehmen bewerben. Anschließend wird man über die Übergabemodalitäten verhandeln. Es ist also nicht so, dass wenn wir diesen Antrag einleiten, die Strecke automatisch stillgelegt wird. Ist genug Potenzial vorhanden, kann es durchaus möglich sein, dass sich ein Interesse mit einem für ihn wirtschaftlich machbaren Konzept findet.

Verkehrsinfrastruktur

GZ: Minister Wiesheu hat im Vorfeld der Verkehrsmesse „InnoTrans“ darauf hingewiesen, dass die Verkehrsinfrastruktur der künftigen Entwicklung nicht gewachsen sein wird und fordert deshalb spezielle Verkehrsprojekte „Europäische Einheit“. Stellt sich die Bahn darauf ein?

Josel: Die Verantwortung für die Entwicklung der Schieneninfrastruktur liegt beim Bund. Dieser stellt regelmäßig einen Bundesverkehrswegeplan auf, in dem der sog. Bedarfsplan, der konzeptionell mit der Bahn abgestimmt ist, dargestellt wird. Mit diesem, im Juli 2003 verab-

schiedeten Plan, waren wir sehr zufrieden, zumal dieser auch unterlegt war mit einer Finanzierung, die für das Bestandsnetz 2,5 Mio. Euro per anno bedeutet und für die Neubaustrecken wiederum Investitionen in einer Größenordnung von 1,7 Mrd. Euro per anno vorgesehen hat. Da aber nur das realisiert werden kann, was auch finanziell abgesichert ist, sieht der Finanzplan nun so aus, dass wir im Jahr 2004 nur mehr eine Milliarde Euro für Neubau-Investitionen bekommen und in den Folgejahren noch weniger - im Jahr 2008 zum Beispiel nur noch gut 200 Mio. Euro. Daran ist zu sehen, dass die ursprünglich vorgesehenen Projekte wahrscheinlich so rasch nicht zu realisieren sind. Im Gegenteil: Wir mussten darum kämpfen, die beispielsweise zwischen München und Augsburg begonnenen Projekte (viergleisiger Ausbau) fortführen zu können. In Verhandlungen konnten wir erreichen, dass der Bund für dieses Projekt noch Geld zur Verfügung stellt, aber für weitere dringend benötigte Neubauprojekte ist leider derzeit kein Geld da.

GZ: Auch das Thema Fahrkartenerwerb betrifft die Kommunen unmittelbar.

Josel: Leider ist auch hier oftmals der Eindruck entstanden, wir würden uns zurückziehen. Immer wieder sind Gerüchte im Umlauf, wonach der Verkauf eingestellt werden soll. Das stimmt so nicht. Vielmehr wird der Verkauf umgestellt. Verkauft wird nicht mehr mit DB-eigenem Personal, sondern über eine Agentur, ein Reisebüro. Gleiches gilt im übrigen für die Postagenturen. Aufgrund des Erlösrisikos hat die Bahn ein vitales Interesse

Behördenwegweiser:

Komplett beim Innenministerium

Der Bayerische Behördenwegweiser wird jetzt vom Innenministerium betrieben. Die Internet-Adresse www.bayern.de öffnet Informationen zu rund 900 Verwaltungsaufgaben staatlicher und kommunaler Behörden. Die Bürger können ihre jeweils zuständige Behörde und viele Formulare abrufen. Neben den behördlichen Informationen können die Bürgerinnen und Bürger im Sozialportal „bayris“ zahlreiche soziale Leistungen abfragen. 

darin, den Verkauf so zu gestalten, dass alle Kunden einen Fahrschein erhalten. Hierzu gibt es unterschiedliche Konzepte - beginnend beim großen Reisezentrum wie am Münchner Hauptbahnhof mit eigenem Verkauf über die Agentur in kleineren Bahnhöfen bis hin zu Verkaufsschaltern in Einkaufszentren, neuen Ticketautomaten oder Internet. Wir verfügen über sieben Verkaufswege. Die Entscheidung, welcher nun für welchen Ort der Richtige ist, wird immer an Ort und Stelle getroffen. Vor allem ist dann auch der sehr gute Kontakt zum jeweiligen Bürgermeister nicht zu unterschätzen. Das Procedere wird immer mit ihm abgestimmt. Ich denke hier an das Beispiel Treuchtlingen, wo die Zusammenarbeit mit dem Vertrieb hervorragend klappt. Teilweise ergeben sich auch durch die Kombination mit anderen Produktorientierten deutliche Synergieeffekte. **DK**

Mehr Polizei „auf der Straße“

Beckstein legt Landtag Konzept mit Schutzbereichen vor Reform beginnt 2005 und soll 2008 abgeschlossen sein

Für die Polizeireform als Teil des Konzepts „Verwaltung 21“ zum Abbau von Bürokratie und Verwaltungsenergie, um Millionen für zukunftsweisende Investitionen frei zu machen, ist die Entscheidung gefallen. Nach der CSU-Fraktionsklausur in Kloster Banz hat Innenminister Dr. Günther Beckstein den Landtagsausschuss für Innere Sicherheit und Kommunale Fragen unterrichtet, dass es künftig statt, fast 100 Polizeipräsidien und -direktionen landesweit zehn Schutzbereiche zwischen Ministerium und den Inspektionen vor Ort geben werde.

Beckstein rechnet mit rund 500 Polizeibeamten, die zusätzlich „auf der Straße“ tätig sein werden. Diese Planstellen werden vom „Effizienzgewinn“ des Finanzministers mit 600 Stellen abgezogen. Etwa 180 sollen bis 2010 eingezogen werden. Zu berechnen bleibt die Ersparnis durch die Arbeitszeitverlängerung. In der Phase der Reformumsetzung bis 2008 sei eine Vielzahl hochkomplexer Fragen zu bewältigen, kündigte der Minister an. Die uneingeschränkte Handlungsfähigkeit der Polizei müsse jederzeit sichergestellt sein. Er werde in die Entscheidungen „auch weiterhin den Sachverstand aus allen Ebenen der Polizei einbeziehen“.

Zweifel am Konzept

Seitens der Personalräte bis hinauf in das Innenministerium waren Zweifel am Konzept zu hören. Die Grünen hatten deren Sprecher schon zu einem Gespräch in der Fraktion. Während Ausschussvorsitzender Jakob Kreidl (CSU) und die Abgeordneten der Regierungsfraktion sich zum Konzept bekannten, hielten sich SPD und Grüne zurück. Stefan Schuster (SPD) dankte dem Minister jedoch, dass er - anders als andere Kabinettsmitglieder - den federführenden Landtagsausschuss rechtzeitig unterrichtet habe. Er zweifelte, analog die Grüne Christine Kamm, an den Berechnungen über die Zahlen der künftig mehr vor Ort zur Verfügung stehenden Polizisten und

der einzusparenden Stellen.

Ministerialdirigent Waldemar Kinder, der Leiter der Polizeiabteilung im Innenministerium, sprach von 1330 und dann 958 Stellen, die eingezogen werden sollten. Bei 758 werde der „kw-Vermerk“ (künftig wegfallend) gestrichen, so dass nur 200 wegfielen. Zur schwierigen Situation für die Polizeiführung berichtete Kinder, alle leitenden Beamten wüssten nicht genau, wie es weitergeht „und trotzdem läuft es konstruktiv und geordnet“.

Über die Standorte der zehn Schutzbereiche und andere Einzelheiten der Reform will Beckstein den Ausschuss auf dem Laufenden halten.

Zehn Schutzbereiche

Becksteins Neugliederungsvorschlag lag dem Ausschuss schriftlich vor. Unter dem Ministerium auf Ebene 2 stehen die zehn Schutzbereiche, das Landeskriminalamt, das Präsidium der Bereitschaftspolizei und das Polizeiverwaltungsamt. Ebene 3 besetzen die Polizei-, Kripo-, Fahndungs- und Verkehrsinspektionen. Schutzbereiche sind die sieben Regierungsbezirke. Wegen der besonderen Verhältnisse wird es aber in Oberbayern und Schwaben jeweils die Bereiche Nord und Süd geben, hinzu kommt noch München. In jedem Schutzbereich wird eine „leistungsfähige, entscheidungskompetente Einsatzzentrale“ eingerichtet. Begonnen wird die Reform in der zweiten Hälfte 2005 in Unterfranken. **rm**

Von der Vielfalt ...

(Fortsetzung von Seite 2)
und Gestaltungskraft der Archivarinnen und Archivare lebt, stellten staatliche, kommunale und kirchliche Archive, Archive von Wirtschafts- und Bildungseinrichtungen, von Verbänden und Vereinen, ein Programm zusammen, das mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten an den einzelnen Standorten einen Einblick in das breite Spektrum der archivalischen Überlieferungen und der sich daraus ergebenden Themen bot.

Kulturgüter

Unter dem Motto „Vielfalt des Erinnerns“ gaben in München zahlreiche Institutionen Einblick in ihre Bestände, u. a. die Archive des Instituts für Zeitgeschichte, der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, des Bayerischen Rundfunks, des Deutschen Museums, des Historischen Vereins Bayerischer Genossenschaften, der HypoVereinsbank - Corporate History sowie der Hanns-Seidel-Stiftung, die unter dem Titel „Immer wieder sonntags - 50 Jahre Wahlwerbung“ einen kleinen Streifzug durch die Geschichte der Wahlwerbung in der Bundesrepublik Deutschland anbot. Anhand des Archivalientyps „Sammlungsgut“ bekam der Besucher die Möglichkeit,

Gattungen und Bereiche der Wahlwerbung von etwa 1946 bis 1990 kennen zu lernen. Den Schwerpunkt bildete dabei die Gattung der Filme.

Ergänzt wurde die Vorführung durch eine kleine Ausstellung, die weitere Gattungen von Werbemitteln zeigte. Dabei spannte sich der Bogen vom Plakat und Flugblatt über Anzeige und Wahlzeitung bis hin zu Werbeschrift und Kleinwerbemittel.

Das Stadtarchiv Freising wiederum machte in seinen vor gut einem Jahr bezogenen Arbeits- und Magazinräumen im Haus der Vereine aufmerksam auf das von mittelalterlichen Urkunden bis zu Datenbanken dieser Tage reichende Kulturgut der Stadt. Hierbei wurde auf besondere Bestände wie die Nachlass-Sammlung, die historische Zeitungssammlung und die Graphiksammlung eingegangen. Aus „Neuigkeitsbüchern“ wurde gelesen, Filme konnten angeschaut werden, und ein Buchbindemeister führte Beispiele aus seiner Arbeit vor - vor allem, was bei der Restaurierung von Büchern und Archivalien zu beachten ist. Bürger konnten an „Tag der Archive“ alte Briefe, die sie nicht lesen, oder Fotos, die sie nicht identifizieren konnten, mitbringen, um sich Tipps von Experten zu holen. **DK**

Sandreuth feiert 100. Geburtstag

Vor 100 Jahren ging auf dem Industriestandort in Sandreuth das Gaswerk in Betrieb. Heute arbeiten auf dem Gelände insgesamt über 1.300 Mitarbeiter der N-ERGIE sowie deren Tochtergesellschaften AquaOpta, CentraPlus, GeneraTec, impleaPlus, itecPlus, LocaDatis, NexaTec, TerrconTec und TurboTec.

Das rund 170.000 Quadratmeter große Grundstück bietet neben Bürogebäuden, Werk- und Lagerstätten auch Platz für ein hochmodernes Ausbildungszentrum, Labor sowie das Heizkraftwerk (HKW), Umspannwerk und eine Gasstation. Seit einem Jahr entsteht neben dem HKW für 90 Millionen Euro eine moderne Gas- und Dampf-Anlage zur Strom- und Fernwärmeproduktion.

Gaswerk am Rochusfriedhof zu klein

Angefangen hat alles mit dem ständigen Ausbau der öffentlichen Straßenbeleuchtung mit Gas in Nürnberg. Am 1. 12. 1847 ging das Gaswerk am Rochusfriedhof in Betrieb. Nach Ablauf des 25-Jahres-Vertrages wurde es 1871 von der Stadt zu einem Schätzwert von 640.000 Gulden übernommen. Werkserweiterungen erwiesen sich als unerlässlich, zumal neben der Gasbeleuchtung (1904: 4.376 Straßenlaternen) zusätzlich 600 Geräte für Koch- und Heizzwecke sowie über 400 Gasmotoren mit Stadtgas versorgt werden mussten. Der Gasabsatz konnte bereits im Jahre 1900 auf 14,5 Mio. Kubikmeter (1885: 5 Mio. m³) gesteigert werden.

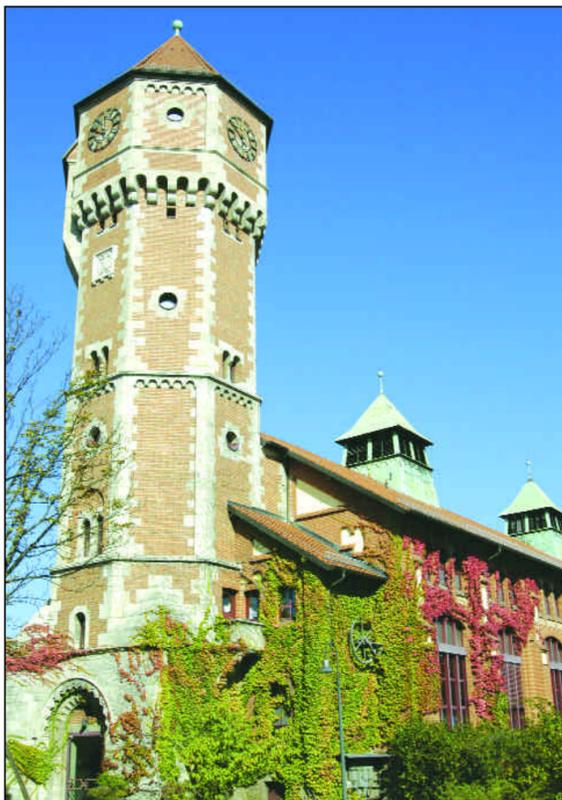
Start am 1. Oktober 1904

Aus Platzgründen wich man seinerzeit auf das jetzige Betriebsgelände Sandreuth aus. Der Standort am Ludwig-Donau-Main-Kanal verfügte über einen eigenen Eisenbahnanschluss, der bis zum heutigen Tag zur Anlieferung von Kohle genutzt wird. Heute führt auch der Frankenschneidweg direkt vorbei. Sandreuth lag damals an der Peripherie der Stadt fernab von Wohnsiedlungen.

Gasabsatz steigt kontinuierlich

Der Nürnberger Stadtrat stimmte im Februar 1902 für den Bau des neuen Gaswerks. Am 13. Oktober 1902 war Baubeginn. Knapp zwei Jahre später, am 1. Oktober 1904 ging das neue Werk in Betrieb. Nach Errichtung eines Gasbehälters (44.000 m³) und einer Wassergasanlage mit einer Jahreskapazität von 5 Mio. m³ wurde die Gasversorgung im Gaswerk am Rochusfriedhof eingestellt und Sandreuth übernahm die Gasversorgung für die Stadt Nürnberg.

Das neue Werk wurde für eine Jahresleistung von 60 Mio. m³ Stadtgas ausgelegt, die für 1950 prognostiziert war. Bereits Ende



Im historischen Wasserturm und dem anschließenden Gebäude sind jetzt Werkstätten untergebracht.

der 30-er Jahre erreichte das Werk seine Vollaustattung, bedingt durch den verstärkten Gasbedarf der wachsenden Stadtbevölkerung sowie durch den Anschluss der Gemeinden Zirndorf, Oberasbach sowie Lauf im Osten von Nürnberg an das Nürnberger Gasnetz.

Im Frühjahr 1929 entschloss sich die Stadt zu einer grundlegenden und umfassenden Erwei-

terung des Gaswerkes auf dem Gelände. 1938 stieg die Gasabgabe auf 63 Millionen m³ an. Auch die Leistung der Fernversorgung stieg um 50 Prozent, da im September 1938 die Gasversorgung der Stadt Schwabach übernommen wurde. 514 Mitarbeiter der Gas- und Wasserwerke kümmerten sich auf dem Gelände Sandreuth um die Versorgung der Nürnberger Bürger. Eine

neuerrichtete Werksküche versorgte ab November 1939 bis zu 300 Mitarbeiter täglich mit warmen Mittagessen. Im Mai 1944 ging nach einer dreijährigen Generalmodernisierung eine neue Ofenanlage in Betrieb. 1.100 Tonnen Kohle konnten nun innerhalb von 24 Stunden durchgesetzt werden, was einer täglichen Erzeugungskapazität von 480.000 m³ Gas entsprach.

Bomben verwüsten Sandreuther Gelände

Die Kriegsjahre gingen auch am Betriebsgelände Sandreuth nicht spurlos vorüber. Zwischen 1943 und 1945 trafen rund 100 Sprengbomben und Tausende von Brandbomben das Werk. Mit dem Ende des Krieges im April 1945 lebten in Nürnberg noch rund 178.000 von vormals 420.000 Bürgern und die Gas-, Strom- und Wasserversorgung der Stadt war am Ende. Der Neuanfang des Gaswerkes in Sandreuth fand unter schwierigsten Bedingungen statt. Qualifizierte Mitarbeiter, Material und Arbeitsräume fehlten. Dennoch wurden 1949 bereits wieder 80 Mio. m³ Gas in Sandreuth erzeugt, 27 Prozent mehr als im letzten Vorkriegsjahr 1938. Am 1. Juli 1946 wurde Stein und im November 1949 Neumarkt in der Oberpfalz von Sandreuth aus mit Gas versorgt.

Kaum war das erst 1944 abschließend erweiterte und bald darauf weitgehend zerstörte Gaswerk Sandreuth wieder voll funktionsfähig, reichte die Leistung erneut nicht mehr aus, um den Gasbedarf zu decken. Die Verantwortlichen planten einen weiteren Ausbau.

Am 18. August 1952 begannen die Bauarbeiten für die Er-

weiterung der Horizontalkammerofen-Anlage um 36 Kammern. Ein Jahr später fiel der Startschuss für einen neuen Scheibengasbehälter mit einem Fassungsvermögen von 200.000 m³. Mit einer Höhe von 95 Metern und einem Durchmesser von 58 Metern war der „Gaswolkenkratzer“ ein Symbol des Wiederaufbaus und ein Wahrzeichen der Stadt.

In den folgenden Jahren stieg der Gasbedarf kontinuierlich an. Zwischen 1957 und 1967 steigerte sich die Tagesabgabe von 538.367 m³ auf 922.295 m³.

Eine weitere Vergrößerung der Nürnberger Gaserzeugungsanlagen auf dem Gelände Sandreuth war unabwendbar, um den Spitzenbedarf an kalten Jahrestagen zu decken. Bei der Erweiterung fiel die Wahl auf den Bau einer Leichtbenzin-Spaltanlage. Drei solcher Anlagen wurden auf dem Gelände an der Finkenstraße zwischen 1965 und 1967 errichtet und in Betrieb genommen.

Neues Heizkraftwerk 1982

Technische und wirtschaftliche Überlegungen führten zur Integration des Heizkraftwerkes (HKW) Volkmanstraße in das Nürnberger Gaswerk. Das nach dem Ende des zweiten Weltkrieges auf dem Gaswerksgelände befindliche HKW-Volkmanstraße wurde 1951 fertiggestellt und in Betrieb genommen. Nach mehreren Erweiterungen verfügte das HKW 1971 über drei Dampferzeugungseinrichtungen zur Fernwärmeverversorgung. Mit Inbetriebnahme des jetzigen HKW Sandreuth wurde 1982 das bisherige HKW Volkmanstraße ersetzt. Seitdem wird auf dem ehemaligen Gaswerksgelände (Fortsetzung Seite 8)



Seinen Ruf als Sportler bestätigte Abensbergs Bürgermeister Dr. Uwe Brandl beim Nordic-Walking. Unter Anleitung von Peter Schlickerrieder beteiligte er sich mit mehr als 1000 Mitbürgern am Wettbewerb, der für die Kommune letztlich 5.000 Euro erbrachte.

E.ON Bayern bei der BR-Radltour:

Bayern entdecken

Beim Nordic-Walking-Contest drei Städte am Start - Abensberg holt den Sieg

Der Ansturm war gigantisch. Zu einem Wettbewerb der besonderen Art rief E.ON Bayern im Rahmen der BR-Radltour auf: Nordic-Walking für die Vereinskassen der drei Tourstädte Schliersee, Abensberg und Lichtenfels. An den drei Orten präsentierte Skilanglauf-Olympia-Silbermedaillengewinner Peter Schlickerrieder auf der Bühne des E.ON Bayern-Energiemobils die neue Trendsportart.

Seit zehn Jahren bereits ist E.ON Bayern Partner der BR-Radltour und seit einigen Jahren auch Hauptsponsor dieser populären Radrundreise, die heuer in Schliersee ihren Anfang nahm und in Lichtenfels endete. 1200 Radler nahmen an diesem „mobilen Volksfest“ des Bayerischen Rundfunks teil. Als sportbegeistertes Unternehmen fördert E.ON Bayern gezielt und nachhaltig den Breitensport und setzt

dabei bewusst auf Veranstaltungen, zu denen jeder Zugang hat und die auch für Familien geeignet sind.

Für E.ON Bayern ist die Partnerschaft mit der BR-Radltour und mit dem Bayerischen Rundfunk eine logische und harmonische Verbindung. Als Unternehmen aus der Region ist E.ON Bayern für die Freizeitsportler in der Region aktiv. Seine Sponsoringaktivität bei

der Radltour ist auch Bestandteil der Erlebnistour „Entdecken Sie Bayern“, die noch bis 31. 12. 2004 läuft.

Als Hauptpreis winkt ein Fertighaus

Allein mit dieser Aktivität lädt das Unternehmen heuer seine Kunden an mehr als 100 Orte in Bayern. An allen Stationen, gibt es einen Stempel auf die Gewinnkarte zu diesem „Bayernspiel“. Als Hauptpreis winkt ein Fertighaus.

Zusätzlich wurde während der Radltour jeden Abend bei E.ON Bayern auf der Bühne des Energie-Mobils der Stromkönig mit



Schier unübersehbar war in Abensberg die begeisterte Menge, die Bürgermeister Brandl für Nordic-Walking aktivierte.

B5 aktuell gesucht. Zuschauer traten in einem Quiz mit Fragen zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gegeneinander an. Der Gewinner, Thomas Walther aus Coburg, erhält von E.ON Bayern ein Jahr Strom zum Nulltarif.

Zuschuss zur Vereinsarbeit

Mit großer Begeisterung beteiligten sich die Bürger von Schliersee, Abensberg und Lichtenfels am Nordic-Walking-Wettbewerb. Gallionsfigur des Wettbewerbs war Peter Schlickerrieder, der an den drei Tourstädten auf der Bühne des E.ON Bayern-Energie-Mobils die junge Sportart Nordic Walking live präsentierte. Der Kommune, die dabei die meisten Walker mit Stöcken an den E.ON Bayern-Truck brachte, waren nach Ende der Radltour vom Energiedienstleister 5.000 Euro für die örtliche Vereinsarbeit in Aussicht gestellt.

In allen Kommunen entwickelte sich ein Nordic-Walking-Boom, insgesamt beteiligten sich rund 2000 Walker an den Übungen, die Schlickerrieder und sein Trainer-Team auf der Bühne - auch unter Zuhilfenahme eines Laufbands - vorstellten.

Der Olympia-Silbermedaillengewinner, der am Chiemsee ein Nordic-Walking Ausbildungszentrum aus der Taufe gehoben hat, zeigte sich begeistert von der Idee dieses nordischen Wettbewerbs: „Wenn Sie von der Bühne aus dieses Meer von Stöcken sehen, ist das schon ziemlich beeindruckend. Der große Andrang und der Spaß, den die Menschen aller Altersgruppen hier am Mitmachen haben, ist für mich auch der Beleg, dass Nordic-Walking auf dem besten Weg zum Breitensport ist.“ Sein Credo: „Die Zukunft ist nordisch.“

Brandl aktiviert die Walker

Am Schliersee wurde Schlickerrieder gar von einer weiteren Skisportgröße, Doppolympiasieger Markus Wasmeier, unterstützt. Dieser mobilisierte seine Gemeinde und trainierte auf der Bühne eifrig mit. Doch halfen letztlich alle Tatkraft und Mühe nichts, denn den Sieg eroberte schließlich Abensberg, dessen Bürgermeister Dr. Uwe Brandl die pfiffige Idee hatte, jeden Besucher mit Bambusstöcken zu empfangen. Mehr als 1.000 Walker standen somit am E.ON-Energiemobil.

Preise für die Zweit- und Drittplatzierten

Aufgrund der Begeisterung, die in allen Kommunen für diese Aktion geweckt wurde, lobte der Finanzvorstand des bayerischen Energiedienstleisters spontan 1.000 Euro für die zweit- und drittplatzierten Kommunen Schliersee (500 Walker) und Lichtenfels (300 Walker) aus.

So gab es am Ende nur Gewinner: Die Kommunen, die den „Nordic-Walking-Contest“ zum Anlass genommen haben, sich zu präsentieren und ihre Bürger zu motivieren, die Sportart Nordic-Walking, die erneut viele neue Freunde gefunden haben dürfte und die rund 2.000 Walker, die sich aktiv an der einstündigen Bühnenshow beteiligt, sich fit gehalten und fit gemacht haben. **DK**

Historischer Durchbruch für die Geothermie

Unterhaching: Thermales Wasser mit über 120 Grad Celsius gefunden

Beim Geothermieprojekt in Unterhaching ist ein historischer Durchbruch erzielt worden: In 3.446 Metern Tiefe stießen die Bohrer auf thermales Wasser mit einer Temperatur von 122° Grad Celsius mit einer Schüttung von 150 Litern pro Sekunde Wassermenge. „Dies ist ein historischer Durchbruch für die Geothermie in Deutschland“ erklärte hierzu der Projektleiter von Rödl & Partner, Christian Schönwiesner-Bozkurt, der die Ergebnisse offiziell bekannt gab. „Selbst unsere optimistischsten Erwartungen wurden übertroffen. Damit sind die Voraussetzungen gegeben, in Unterhaching Strom und Wärme aus geothermale Wasser zu gewinnen.“

Vor Begeisterung stieg der Bürgermeister der Gemeinde Unterhaching, Dr. Erwin Knappek - zusätzlich mit Bauhelm bekleidet - gemeinsam mit seinem Projektleiter in das erstmals sprudelnde Thermalwasser. Knappek zeigte sich von der Entwicklung begeistert: „Wir wollen eine zukunftsweisende, umweltfreundliche Strom- und Wärmeversorgung für Unterhaching. Dabei haben wir auf die Geothermie gesetzt. Das Ergebnis bestätigt alle, die das Projekt mutig und engagiert förderten.“

Das Geothermieprojekt in Unterhaching setzt einen wegweisenden Meilenstein in der Nut-

zung von Geothermie zur Energieversorgung in Deutschland. Entsprechend der detaillierten Businessplanung von Rödl & Partner zur wirtschaftlichen Umsetzung eines Geothermieprojektes mit Strom- und Wärmezeugung am Standort Unterhaching war die Zielsetzung, eine Mindesttemperatur von 100°C und eine Wasserförderung von 100 l/s zu erreichen.

Massiver Investitionsschub

Die optimistischsten Prognosen versprechen eine Temperatur von 120°C und eine Schüttung von bis zu 150 l/s. Diese Progn-

sen wurden in weiten Teilen der Fachwelt als „wissenschaftlich möglich, realistisch aber nicht erreichbar“ bewertet.

Zwar ist das endgültige Testergebnis noch nicht festgestellt, aber der Trend zeigt eher nach oben als nach unten. „Dieses Ergebnis ist von historischer Bedeutung. Dies ist der Durchbruch der Geothermie im Molassebecken. Weitere Investitionen sind bereits jetzt erkennbar und viele Kommunen werden hierdurch zum Engagement zusätzlich ermutigt werden“, so Projektmanager Schönwiesner-Bozkurt. „Wir rechnen mit einem massiven Investitionsschub für die Geothermie.“

In kommunaler Verantwortung

Das Geothermieprojekt in Unterhaching, das zu 100 Prozent in kommunaler Verantwortung durchgeführt wird, setzte zwischenzeitlich viele neue Maßstäbe. Die mutige Dimensionierung wird sich nun auch wirtschaftlich auszahlen. Das Erreichen der Endtiefe mit einer Bohrstrecke von 3.446 m war bekanntermaßen mit einer Vielzahl von Problemen behaftet. Alle Beteiligten engagierten sich jedoch mit höchstem Einsatz, so dass diese technischen und geologischen Probleme qualifiziert gelöst wurden.

Fündigkeitsversicherung

„Der Erfolg zeigt, dass das Neuland, das Rödl & Partner mit dem eigenen Ansatz zum Projektmanagement beschritten hat, der richtige Weg ist. Wir haben das Projekt konsequent auf Wirtschaftlichkeit ausgerichtet. Der Ausgleich zwischen wirtschaftli-

chen, rechtlichen, technischen, organisatorischen und geologischen Interessen ist nicht leicht herzustellen, aber machbar“, betonte Anton Berger, Partner der Prüfungs- und Beratungsgesellschaft Rödl & Partner. Wegweisend war auch der Abschluss der weltweit ersten privatwirtschaftlichen Fündigkeitsversicherung, die von Rödl & Partner umgesetzt wurde. Die Kanzlei erarbeitet derzeit im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit eine Konzeption zur Absicherung dieses Investitionshindernisses auf Bundesebene.

Wirtschaftlichkeit

„Aus der Kenntnis des Marktes heraus sind wir uns sicher, dass eine Vielzahl von weiteren Projekten nun nicht nur umgesetzt werden, sondern dass deren Konzeptionen neu überdacht werden“, urteilt Schönwiesner-Bozkurt, der auch Mitglied des Geothermiebeirates des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit ist. Es zähle sich aus, auch im Bereich der erneuerbaren Energien auf Wirtschaftlichkeit zu setzen. **DK**

Dezentrale Energieversorgung in Bayern muss gesichert bleiben

VBEW: „EnWG-Entwurf ist ein bürokratisches Monster“

„Das von der Bundesregierung im Entwurf vorgelegte Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) ist ein bürokratisches Monster“, so der Verband der Bayerischen Elektrizitätswirtschaft, VBEW. Es belaste insbesondere die mehr als 250 kleineren und örtlichen Stromversorger in Bayern. Sie stehen neben den Regionalversorgern für eine sichere Energieversorgung ein. Der VBEW fordert deshalb Chancengleichheit und den Abbau anstatt Ausbau von Bürokratie.

Das EnWG berge eine Unzahl von Mitteilungs-, Berichts- und Nachweispflichten gegenüber der Regulierungsbehörde. Dazu kämen Dokumentations- und Veröffentlichungspflichten sowie Verfahrensvorschriften. Dies alles verursache einen erheblichen Personalaufwand und unverhältnismäßig hohe Kosten, die letztlich der Stromverbraucher bezahlen müsse.

Der VBEW bedauert, dass zu viel marktwidrige Ideologie Einzug in den Gesetzesentwurf gefunden hat. Dadurch würden verdeckte Quersubventionierungen und Kosten verursacht und eine sichere Stromversorgung erschwert. Die Stromversorger tragen im Interesse der Allgemeinheit viele Lasten, insbesondere die Versorgungs- und Anschlusspflicht und die dafür erforderlichen hohen Investitionen. „Daraus resultierende Kosten müssen von der Aufsichtsbehörde voll anerkannt werden“, so der VBEW. „Nur wenn den Unternehmen, die die Versorgungsverantwortung tragen, Chancengleichheit und unternehmerischer Freiraum belassen wird, können sie auch in Zukunft eine sichere Stromversorgung gewährleisten.“

„Die Stromversorgung ist für Wirtschaft und Gesellschaft zu wichtig, um sie zu einem behördlichen Experimentierfeld zu machen“, so Christoph Praël, VBEW-Geschäftsführer. **z**

Pfronten profitiert bereits vom Energie-Management

Kosten im Jahr 2003 um 25.000 Euro gesenkt

Energie sparen, Geld sparen - das Kommunale Energiemanagement, kurz KEM macht's möglich. Den Beweis hat nun Pfronten erbracht: Die Ostallgäuer Gemeinde hat sich vor einem Jahr entschlossen, mit eza!, dem Energie- und Umweltzentrum Allgäu noch einmal genau zu prüfen, ob bereits alle Einsparpotenziale ausgeschöpft sind. Alles in allem wurden dadurch über 25.000 Euro eingespart.

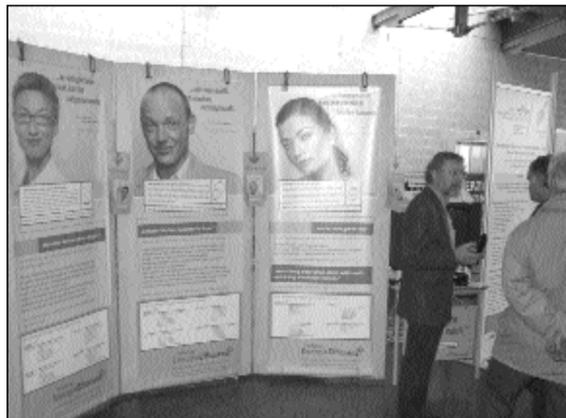
Die Liegenschaften der Gemeinde waren auch vor dem Auftrag an eza! bereits in guten Händen. Das haben die ersten Datenerhebungen und Gebäudebegehungen im Februar 2003 bestätigt. Das besondere Fachwissen der eza!-Ingenieure lenkte den Blick aller Beteiligten auf Kleinigkeiten, die sich allerdings übers Jahr summieren: Beispielsweise wurden die Raumtemperaturen der Liegenschaften überprüft und angepasst - Büroräume und Klassenzimmer

benötigen höhere Werte als Flure oder Turnhallen.

„Bemerkenswert ist, dass die bisherigen Einsparungen ohne Umbau- und Sanierungsmaßnahmen erreicht wurden“, betont Bereichsleiter Anton Glatthaar von eza!, „allein durch die Optimierung der jeweiligen Nutzung und der Anlagentechnik ließen sich die Kosten verringern.“ Nebenbei wurde der Ausstoß von 132.000 Kilo Kohlendioxid vermindert. Einer Feinanalyse unterzogen

die Experten das Pfrontener Alpenbad, das naturgemäß besonders viel Energie für Strom und Wärme braucht. Diese Ergebnisse gilt es nun in der nächsten Zeit umzusetzen, um auch im laufenden Jahr weitere Einsparungen zu verzeichnen. In Rathaus, Haus des Gastes, Eissporthalle und Schule lassen sich ebenfalls die Kosten weiter mindern - ohne Komfort einzubüßen.

„Neben unserem Fachwissen hängt der Erfolg von KEM wesentlich von der Zusammenarbeit mit den zuständigen Gebäudeverantwortlichen ab“, so eza!-Geschäftsführer Martin Sambale. „Auch in diesem Punkt verlief die Kooperation vorbildlich.“ Pfronten war übrigens die erste Gemeinde im Ostallgäu, die sich fürs Kommunale Energiemanagement entschied. Das wird obendrein bayernweit gefördert. Bis zu 50 Prozent der Kosten werden bezuschusst. Der Rest amortisiert sich meistens schon im ersten Jahr. Die Pfrontener sind längst auf der Haben-Seite.



Bei vielen Veranstaltungen war die Initiative Energieeffizienz mit Infos und Beratung präsent. **z**

Kompetente Hilfe beim Thema Energie

Arbeitsgemeinschaft Energieagenturen in Bayern berät Kommunen

Ob kommunales Energiemanagement zur optimalen energie-technischen Betreuung der verschiedenen Liegenschaften, ob Energieberatung in der Kommune für die Bürger oder öffentlichkeitswirksame Kampagnen - die Arbeitsgemeinschaft Energieagenturen in Bayern mit ihren Mitgliedern EnergieAgentur Mittelfranken (EAM), Energieagentur Oberfranken (EAO) und energie- & umweltzentrum allgäu (eza!) ist kompetenter Partner der Kommunen bei allen Fragen zum Thema effiziente Energienutzung und erneuerbare Energien.

Besonderen Stellenwert und eine hohe Glaubwürdigkeit erhalten die Energieagenturen bei den Rathauschefs auch dadurch, dass jeweils auch Kommunen und öffentliche Träger an den z.T. gemeinnützigen Energieagenturen beteiligt sind. Dadurch stehen bei der Arbeit stets das Gemeinwohl, die Energieeinsparung und der Nutzen für die Region im Vordergrund.

Flächendeckend für ganz Bayern

Neben erfolgreichen gemeinsamen Projekten die flächendeckend für ganz Bayern durchgeführt werden, wie beispielsweise der Initiative Energieeffizienz,

hat jede der Energieagenturen auch ihre regionalen Spezialitäten. Die EnergieAgentur Mittelfranken hat gerade bei der effizienten Energienutzung in Industrie und Gewerbe viele Projekte und ist eng mit dem „solid“ in Fürth, einem Beratungs- und Demonstrationszentrum für Solartechnik, verbunden. Die Energieagentur Oberfranken ist Experte für das kommunale Energiemanagement, das zwar auch von eza! und EAM angeboten wird, aber in Oberfranken die meisten Liegenschaften und größten Erfolge verzeichnet. Und eza! bietet einen umfassenden Energieberatungsservice und gefragte Weiterbildungen für Fachleute zu verschiedenen Themen

im Bereich Bau und Energie.

Fünf Jahre erfolgreich

Jetzt, nachdem alle Energieagenturen der Arbeitsgemeinschaft auf über fünf Jahre erfolgreiche Arbeit zurückblicken können, hat sich das Konzept in Bayern weiter verbreitet. Die neugegründete Energieagentur Chiemgau-Inn-Salzach (CIS) wird in Zukunft die Arbeitsgemeinschaft Energieagenturen in Bayern regional in Südbayern vervollständigen.

Kontakte zu den Energieagenturen sind möglich über:

z Energieagentur Mittelfranken (EAM): 0911/801170, www.eamfr.de

z Energieagentur Oberfranken (EAO): 09221/82390, www.energieagentur-oberfranken.de

z eza! energie- & umweltzentrum allgäu: 0831/9602860, www.eza-allgaeu.de

z EnergieAgentur Chiemgau-Inn-Salzach: 08039/409654, www.energieagentur-cis.de **z**

Sandreuth feiert ...

(Fortsetzung von Seite 5)

Energie in Form von Strom und Fernwärme (Kraft-Wärme-Kopp-lung) erzeugt.

Die Zeit der Stadtgasproduktion aus Steinkohle in Sandreuth endete am 18. Juli 1975. Innerhalb eines Jahres wurden die beiden Ofenblocks mit jeweils 36 Kammern im Juli 1975 abgeschaltet sowie die Kokerei auf dem Betriebsgelände stillgelegt.

Ökologische und ökonomische Gründe gaben den Ausschlag zur Umstellung auf Erdgas. Am 28. August 1975 wurden die letzten Stadtgasvorräte verbraucht, und die Versorgung erfolgte ausschließlich mit Erdgas. Danach wurde der Gasspeicher auf dem Gelände sofort mit Erdgas befüllt. Viele Gaserzeugungsanlagen, wie Kohleverladungsbrücke, Bekohlungsanlage und Fördereinrichtungen für den Kokstransport sowie das 20 Meter hohe Bauwerk für die Gasentschwefelung, mussten auf dem Sandreuther Gelände abgerissen werden. Auch die drei Gasbehälter hatten ausgedient. 1991 wurde der größte Behälter mit 200.000 m³ Fassungsvermögen außer Betrieb genommen und demontiert.

GuD-Anlage sorgt für saubere Luft

Aber die Bauarbeiten auf dem Industriestandort Sandreuth waren damit nicht beendet. Anfang

der 90er Jahre entstanden die technischen Betriebsgebäude 1 und 2 sowie ein Zentrallager. Der vorletzte große Neubau auf dem Gelände wurde Mitte 1998 bezogen: Es ist das Ausbildungszentrum für die gewerblich-technischen und kaufmännischen Auszubildenden. Seit 1975 liefen zahlreiche Umbauprojekte, die eine neue Nutzung der alten Bausubstanz zum Ziel hatten. So stellen das Uhrenhaus (jetzt Kantine) und das Gasreinigergebäude (jetzt Werkstätten) heute liebevoll restaurierte Zeugnisse des Industriezeitalters dar. Der Umbau des Uhrenhauses wurde mit der Medaille „Europa Nostra“ für einen vorbildlichen Denkmalschutz ausgezeichnet.

Umweltbeitrag

Am 2. Juni 2003 wurde ein neues Bauvorhaben auf dem Gelände „Sandreuthstraße 21“ gestartet. Auf einem Areal neben dem Heizkraftwerk wird eine moderne Gas- und Dampfanlage für 90 Millionen Euro von der N-ERGIE errichtet. Mit der neuen Anlage, die 2005 in Betrieb geht, wird auf einer Fläche von 50 mal 50 Meter das GuD-Gebäude zur Strom- und Fernwärmeherstellung errichtet und rund 140.000 Tonnen Kohlendioxid eingespart. Damit leistet die N-ERGIE einen erheblichen Umweltbeitrag in der Stadt Nürnberg. **z**



Der Erfolg spricht für sich: An 14 Siegerschulen dürfen die Pausenhöfe auf ESB-Kosten professionell verschönert und vor allem kindgerecht umgestaltet werden. Unsere Aufnahmen entstanden in Grundschulen von Altfraunhofen, Geretsried und Mering, wo man im Besitz der ESB-Schecks im Wert von 10.000,- Euro bereits enthusiastisch mit dem Umbau begonnen hat.



ESB - Kinder- und Jugendforum:

Soziale Verantwortung als Bestandteil der Kommunikation

„Der ESB-Grundschulwettbewerb hat alle Erwartungen weit übertroffen. Die Resonanz bereits bei der Ankündigung in den Gemeinden war überwältigend. Bürgermeister, Schulrektoren und Elternvertreter waren begeistert und haben in der Folge sehr viel Engagement eingebracht“, versicherte der Geschäftsführer von Erdgas Südbayern, Werner Bähre, zum Abschluss Grundschulwettbewerbs 'Pausenhof macht Spaß!'.



Auch die Medienresonanz konnte sich sehen lassen. Nur gemessen an den Presseartikeln und Berichten war dies die erfolgreichste PR-Aktion der ESB seit Jahren.

Beim regionalen Erdgasversorger ist man sicher, dass man mit dem Projekt das anvisierte Ziel erreicht - der ESB vor Ort ein soziales Profil zu geben und damit Ansehen und soziale Kompetenz zu steigern. Auf jeden Fall ist deutlich geworden dass mit viel Engagement und dem richtigen Ansatz lokale Kommunikation lebendig wird und einen wichtigen Beitrag leistet, gesellschaftliche Aufgaben zu meistern.

Das Sponsoringkonzept

„Für die Sicherung der Sozialsysteme brauchen wir auch in Zukunft Menschen, die sich engagieren, innovativ und wirtschaftlich aktiv sind“, war eine der Botschaften, die die ESB-Strategen weitertragen wollten. Menschen fangen immer als Kinder an. Wer also in Kinder investiert, zum Beispiel über die Grundschulen, investiert in die Zukunft - natürlich auch in die eigene.

In Zeiten knapper öffentlicher Mittel wird die Frage nach der Finanzierung von Schulen immer wichtiger. Bund, Länder und Kultusministerien begrüßen daher ausdrücklich privatwirtschaftliche Initiativen, die Schulträger/Schulen durch finanzielle Zuwendungen und Sachspenden unterstützen. Die ESB wollte zeigen, dass sie gesellschaftliche Verantwortung übernimmt.

Wenn es bei der Übernahme sozialer Aufgaben auch noch gelingt, als lokales Wirtschaftsunternehmen durch Sponsoring einen Teil der kommunikativen Bedürfnisse abzudecken, ergänzen sich gesellschaftspolitisches Engagement und PR-Strategie auf das Trefflichste.

„Uns war es ein Anliegen als regional fest verankerter Energiedienstleister unser ausgeprägtes Verantwortungsbewusstsein für soziale und ökologische Belange sichtbar zu machen“, versicherte Bähre. „Unser Schul-sponsoring hat in einem Problem-bereich der Schulen nützliche Hilfe geleistet. Natürlich freuen wir uns, dass wir damit hohe Anerkennung in der breiten Öffentlichkeit erzielten. Begeistert waren wir auch vom Einsatz der Rektoren, Lehrer und Eltern, die sich aktiv an der Umsetzung beteiligten.“

„Möglichst viel Eigenleistung“

Das war die Idee: ESB stiftet 14 Pausenhöfe, je einer pro ServiceCenter, die professionell geplant und ausgeführt werden. Dabei sollte möglichst viel Eigenleistung der Schule integriert werden. Bereits bei der Auswahl der Schulen sollten die Ansprüche der Pädagogen zum Tragen kommen. Teilnahmeberechtigt waren alle Grundschulen in den von der Erdgas Südbayern (ESB) direkt mit Erdgas versorg-

ten Orten in Südbayern. Jedoch musste für die Teilnahme der Schulen eine Zustimmung der örtlichen Gemeindeverwaltung vorliegen. Es sollte ausgeschlossen werden, dass die Initiative der ESB gegen die Interessen der Gemeinde läuft.

Ideenfindung

Die Grundschulen hatten einen internen Ideenfindungswettbewerb bei Schülern, Lehrern und Eltern durchzuführen. Vor allem die Kinder mussten in den Prozess der Ideenfindung aktiv einbezogen werden.

Dass die bayerische Kultusministerin Monika Hohlmeier sich

der ESB eine Teilnahmeprämie ausgelobt. Jede Schule, die vollständige Wettbewerbsunterlagen einreichte, hatte mindestens Anspruch auf eine Prämie im Wert von 500 Euro. Dafür erhielten 72 Schulen Spielepakete.

Mit der Symbolfigur „ESB-Hase“ - schnell, schlau, frech und sportlich - hatten die Kinder ein markantes Maskottchen, das die Aktivitäten vor Ort begleitete.

Der Wettbewerb

Die Schulen hatten sechs Wochen Zeit, um die Aufgabenstellung zu erfüllen und das Ergebnis an die ESB zu senden. Während der Ausschreibungs-

Es geht weiter

Auch im nächsten Jahr wird es wieder ein ESB-Grundschulprojekt geben. Von den Schulen wurden dazu bereits zahlreiche Vorschläge gemeldet und auch von Seiten der Gemeinden kamen bereits positive Signale. Um den Nutzerkreis zu erweitern und damit auch andere Jahrgangsstufen in das ESB-Kinder- und Jugendforum zu integrieren, gibt es erstmals im kommenden Winter ein Engagement der ESB bei der südbayerischen Initiative ‚Pro Skisport‘. Dieses Projekt bietet aktive Wintersporttage in den bayerischen Alpen für Schulklassen an. ESB wird dafür einen Zuschuss geben und die teilnehmenden Klassen aus den von ESB direkt versorgten Orten mit einem Lunch-Paket ausstatten.

Im Bereich der Jugend-Nachwuchsförderung für den Leistungssport sollen die bestehenden Projekte im Bereich der Nachwuchsförderung Wintersport, sowie beim oberbayerischen Schwimmverband und beim Judo-Leistungszentrum Abensberg um ähnlich gelagerte Projekte erweitert werden.

Gute Aussichten für 2005

Die meisten der 14 Siegerschulen des ESB-Wettbewerbes haben bereits enthusiastisch mit dem Umbau ihrer Pausenhöfe begonnen. Damit die Lust am Werkeln nicht vergeht, begleitet die ESB die Gewinnerschulen auch bis hinein in das Frühjahr 2005 mit fachlichem Know-how und Projektunterstützung. Der Projektfortschritt an den 14 Gewinner-Schulen wird übrigens auch auf der ESB-Website dokumentiert. „Die positive Resonanz aus Schulen und Gemeinden, von Kindern, Eltern und Lehrern macht Mut, in Zukunft ähnliche Projekte anzupacken“, meint Werner Bähre abschließend.



An der Karl-Lederer-Grundschule in Geretsried entstand unter reger Beteiligung der Eltern, ansässigen Firmen und mit Hilfe vieler Kinderhände ein fröhlicher Erlebnispfad mit verschiedenen Materialien aus Fauna und Flora. Fast 100 Eltern waren dem Aufruf zur Mithilfe gefolgt. Neben Ornamenten und Tiergestalten kreierten Kinder und Eltern auch drei Dorfplätze.

zur Übernahme der Schirmherrschaft bereit erklärte, ist sicherlich ein weiteres Qualitätsmerkmal für die Aktion, die begleitet wurde von einer fachkompetenten Jury, der ganz bewusst keine Prominenten angehörten.

Um für alle berechtigten Grundschulen die Teilnahme attraktiv zu machen, wurde von

phase standen ESB-Ansprechpartner und die Fachleute vom Verein Urbanes Wohnen zur Verfügung, um Fragen zu beantworten und Hilfe zu leisten. Außerdem wurden vier Informationsveranstaltungen durchgeführt und im Internet eine Informationsplattform sowie ein Forum für Fragen eingerichtet.



Benzinpreisspirale durchbrechen

Erdgas als Kraftstoff ist und bleibt die kostengünstigste Alternative

Teures Rohöl und hohe Ökosteuer treiben die Preise für Benzin und Diesel an den Tankstellen nun schon seit Monaten immer wieder von Rekordhoch zu Rekordhoch. Mittlerweile kann der Ölpreis nach Einschätzung renommierter Volkswirtschaftler zu einer Gefahr für die Konjunktur werden.

Doch ein Steuergeschenk, das die Ökosteuer beschert hat, ist noch immer ein Geheimtipp. Sowohl für private Fahrer als auch für Gewerbe- und insbesondere Flottenbetreiber wie Behörden gibt es die clevere Alternative, die auch zukünftig eine sichere, umweltschonende und vor allem kostengünstige Mobilität ermöglicht: Erdgas im Tank.

Denn Mobilität hin oder her – beim Geld hört bekanntlich der

Spaß auf. Oder fängt – wie bei Erdgasfahrzeugen – erst richtig an: Der Abgabepreis von hochwertigem Erdgas liegt bei durchschnittlich 0,70 EUR pro Kilogramm, was einem Benzinpreis von rund 0,47 EUR pro Liter (0,54 EUR/Liter Diesel) entspricht. Bei einem Durchschnittsverbrauch von sieben Litern Super und einer Fahrleistung von 20.000 Kilometern spart ein Autofahrer mit einem

Fahrzeug der Mittelklasse damit zur Zeit rund 900 EUR pro Jahr.

Steuervergünstigung

Weitere Einsparungen sind bei Versicherungsprämien um bis zu 15 Prozent möglich. Daneben bedeutet die vergleichsweise günstige schadstoffmäßige Einstufung eines serienmäßigen Erdgasfahrzeugs Einsparpotenziale bei der Kfz-Steuer von mehr als 50 Prozent im Vergleich zu Dieselfahrzeugen. Das Wirtschaftsmagazin Capital hat in seiner Ausgabe 14/2004 errechnet, dass man zum Beispiel mit einem Volvo S80 Bifuel trotz der höheren Anschaffungskosten bereits nach 8.200 Kilometern wirtschaftlicher unterwegs ist als mit einem Benziner oder Dieselfahrzeug.

Tanken für die Hälfte

Und das soll auch so bleiben – zumindest, wenn es nach der deutschen Gaswirtschaft geht. Nach Meinung des Bundesverbandes der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft (BGW) in Berlin wird zwar im Herbst/ Winter 2004 vermutlich eine Anpassung der Erdgaspreise notwendig sein. Grund hierfür ist die so genannte Ölpreisbindung. Die Erdgasproduzenten orientieren sich seit den sechziger Jahren in ihrer Preisfindung am Ölpreis. Die Erdgaspreise folgen dem aktuellen Preis des Öls im Abstand von etwa einem halben Jahr.

„Doch“, so Manfred Scheibe, Geschäftsführer des Initiativkreises Erdgas als Kraftstoff, „wir werden unsere Zusage auf jeden Fall einhalten und mit dem Preis an den Erdgastankstellen auch weiterhin mindestens 30 Prozent unter dem Preis für Dieseldieselkraftstoff liegen.“ Das bedeutet im Vergleich zum Benzin – Tanken für die Hälfte.

Nähere Informationen zum Thema Erdgasfahrzeuge sind bei der Infoline Erdgasfahrzeuge unter 01802/ 234500 (0,06 Euro pro Gespräch) und auch im Internet unter www.erdgasfahrzeuge.de verfügbar.



Hervorragend geeignet als Behördenfahrzeug bietet der Opel Zafira viel Raum für Mitfahrer und Zuladung. Ob Akten, soziale Hilfsmittel oder Werkzeuge: Alles ist gut untergebracht und wird - dank billigem Erdgas - preiswert befördert.

Verlängert bis 31. Dezember:

Navigationssystem ohne Aufpreis

Für alle Opel-Modelle mit Erdgasantrieb

Mit dieser Nachfrage hatte niemand gerechnet: Innerhalb von nur fünf Monaten konnten bereits 2.000 Erdgasfahrzeuge von Opel mit einem serienmäßigen Navigationssystem ohne Aufpreis verkauft werden. Diese Förderaktion ist Teil einer Kooperation zwischen Opel und dem Initiativkreis „Erdgas als Kraftstoff“.

„Damit wurden unsere Erwartungen bei weitem übertroffen“, so Manfred Scheibe, Leiter der neuen Initiative der deutschen Gaswirtschaft. Wer jetzt auch noch von dieser Kosteneinsparung – brutto bis zu 1.960 Euro – profitieren will, kann dies beim Kauf eines Opel Zafira 1.6 CNG oder Opel Astra Caravan 1.6 CNG noch bis Ende des Jahres. Denn aufgrund der großen Nachfrage wurde das Angebot um fünf Monate bis zum 31. Dezember 2004 verlängert. „Die günstigen Kraftstoffkosten dieser Modelle von zurzeit zirka vier Euro pro 100 km werden dank der bis 2020 gesetzlich festgeschriebenen Mineralölsteuer aber noch eine ganze Weile attraktiv bleiben“, so Scheibe weiter.

Sparsam und umweltschonend

Mehr und mehr Autofahrer sind unter diesen Rahmenbedingungen von der Antriebstechnik mit Erdgas überzeugt, weil sie sparsam, umweltschonend und sicher ist. „Insgesamt kann ein Anstieg der zugelassenen Erdgas-Fahrzeuge von über 40 Prozent im Vergleich zum Beginn des Jahres 2003 verzeichnet werden“, erläutert Albert Kobbe, Projektleiter Erdgasfahrzeuge beim Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft (BGW), Berlin.

13 Modelle

Mit 13 verschiedenen Fahrzeugmodellen – vom Pkw bis hin zum leichten Nutzfahrzeug – haben Fiat, Ford, Opel, Volkswagen und Volvo auf die steigende Nachfrage reagiert. Gerade auch angesichts hoher Kraftstoffpreise empfiehlt sich der Umstieg. Denn im Vergleich zu Benzin ist Erdgas um 50 Prozent und zu Diesel um 30 Prozent günstiger. Den mit Erdgas angetriebenen Fahrzeugen stehen mittlerweile bundesweit rund 450 Tankstellen

zur Verfügung, die Erdgas als Kraftstoff anbieten. „Wöchentlich werden rund drei neue Erdgaszapfsäulen an öffentlichen Markentankstellen durch die deutsche Gaswirtschaft errichtet“, beschreibt Scheibe die Marktbedingungen.

Informationen zu der Verkaufsförderungsaktion sind bei allen Opel-Händlern in Deutschland erhältlich.



Platzoptimierte Erdgastankstelle bei Bayerngas

Zahlreiche Ehrengäste wohnten der Inbetriebnahme moderner Erdgastankstelle bei, die kürzlich auf dem Geschäftsgelände von Bayerngas in Betrieb genommen wurde. Die nicht-öffentliche Anlage dient zur Betankung der eigenen dreißig Fahrzeuge umfassenden Erdgas-Kfz-Flotte und wurde von der bayernSERVICES errichtet. Die bayernSERVICES GmbH ist eine gemeinsame Unternehmung der Bayerngas GmbH und der Schandl Tief- und Rohrleitungsbau GmbH. Der oberirdische Teil der Schnellbetankungsanlage mit Zapfsäule und Kartenleser befindet sich auf dem Parkplatzgelände, wobei die umfangreiche Technik unterirdisch in einem abgetrennten Teil der Tiefgarage installiert ist. Kernstück der Anlage ist der Erdgasverdichter, der das Erdgas von ca. 80 mbar (ü) auf 250 bar (ü) Fülldruck verdichtet und in die „dyna-Gasspeicher“ einleitet. Das Besondere: Beim Betankungsvorgang aus den dyna-Gasspeichern wird der Betankungsdruck am Fahrzeug durch einen Ölhydraulikausgleich in den Speichern immer relativ konstant hoch gehalten. Hierdurch wird trotz kompakter Bauweise der Anlage eine vollständige Befüllung der Fahrzeugtanks und damit eine maximale Reichweite der PKW erreicht. Durch die Speicherdimensionierung können in Spitzenzeiten ca. 15 PKW in kurzer Zeit hintereinander betankt werden.

Architektur mit Holz:

Zeitgemäße Lösungen für öffentliche Bauten

Moderner Holzbau ermöglicht die Realisierung flexibler Raumkonzepte und erfüllt gleichzeitig alle technischen und konstruktiven Standards für öffentlich genutzte Gebäude. Immer mehr Kommunen in Bayern setzen Bauprojekte mit Holz um, weil sie von kurzen Bauzeiten profitieren, auf maximale regionale Wertschöpfung setzen und ihrer Verantwortung gegenüber Umwelt, Klima und nachfolgenden Generationen gerecht werden wollen.

Holz als Baustoff erlebt derzeit in Deutschland eine Renaissance. Der Anteil von Holzgebäuden bei den Ein- und Zweifamilienhäusern lag 2002 bundesweit bei fast 14 Prozent - doppelt so hoch wie noch 1991.

Vorteile

In Bayern liegt der Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser aus Holz bei 13,6 Prozent. Auch bei der Planung und dem Bau von Verkehrsobjekten - beispielsweise Brücken, Lärmschutzanlagen oder Parkhäuser

- sowie öffentlichen oder gewerblich genutzten Gebäuden wie zum Beispiel die Eissporthalle Bad Tölz - wird der natürliche Bau- und Werkstoff zunehmend eingesetzt. Gründe hierfür sind konkrete ökonomische und ökologische Vorteile von Holz.

Variable Nutzung

Moderne Holzgebäude erfüllen alle Anforderungen an Brand-, Wärme- und Lärmschutz sowie die Standsicherheit. Holzbau lässt eine variable

Innenraumnutzung zu und sorgt zudem für ein gesundes Raumklima. Dies sind zentrale Aspekte bei der Errichtung von Kindergärten, Schulen, Verwaltungsgebäuden, Gerätehallen oder Turnhallen.

Lange Lebensdauer

Studien der Universität Leipzig haben zudem gezeigt, dass die technische Lebensdauer moderner Holzgebäude der von Massivbauten entspricht - von der Errichtung bis zum Abriss eines Gebäudes. Für öffentliche Investoren ist dies ein wesentlicher Aspekt bereits in der Planungsphase neuer Projekte. Hinzu kommt der Kostenaspekt: „Holzbauten lassen sich in vergleichsweise kurzer Zeit in Trockenbauweise umsetzen. Das spart Geld“, so Dipl.-Ing. Bernd Wögerbauer, Fachberater des Holzabsatzfonds in Bayern. Gegenüber Massivbauten sei zudem ein Flächenzugewinn von fünf bis zehn Prozent mög-

Termiten:

Schlüssel zu autarken Gebäuden

London - Termitenhügel können nach Ansicht eines internationalen Forscherteams die optimalen Baumuster für Gebäudetechnologien der Zukunft liefern. Zu diesem Schluss kommt ein Wissenschaftsteam der Loughborough University, das in der Namib-Wüste Termitenbauten genau vermisst. Die Bauten passen sich nämlich äußeren Bedingungen wesentlich besser an und sind darüber hinaus auch umweltfreundlich, berichtet das Engineering and Physical Sciences Research Council <http://www.epsr.ac.uk>.

Be- und Entlüftung

Das Wissenschaftsteam besteht aus Technikern und Entomologen, die die Termitenbauten auch dreidimensional vermessen. Die Experten wollen herausfinden, ob auch menschliche Siedlungen der Zukunft nach ähnlichen Prinzipien errichtet werden können. Verblüffend, so die Forscher, sei vor allem die optimierte Be- und Entlüftung der Bauten. Quergänge und Verbindungen in den Hügeln sorgen nämlich dafür, dass im Bau selbst immer optimale Konditionen, vor allem bei Temperaturen, der Luftfeuchtigkeit und der Luftqualität herrschen.

Computersimulation

Die Termitenhügel sind autarke Lebensräume, da die Termiten zur Versorgung mit Nahrung eigene Pilzkulturen ziehen, die sie zum Überleben brauchen. Das humane Äquivalent wären, so die Experten, Gebäude, die fast keine Energie zum Heizen und Kühlen brauchen, die optimierte Systeme zur Abfallbeseitigung aufweisen. Mithilfe digitaler Scans der Termitenhügel soll ein solches Haus zumindest als Computersimulation entworfen werden. Zunächst wollen die Forscher allerdings das gesamte System der Termitenhügel genau untersuchen. Die Forschungsarbeit wird übrigens von BBC-Natural-History aufgezeichnet und soll 2006 als neue Serie des Naturfilmers Sir David Attenborough ausgestrahlt werden. ☞

lich. Dies senke ebenso die Kosten wie die Tatsache, dass viele bayerische Gemeinden selbst Wald besitzen und somit den nachwachsenden Baustoff günstig nutzen können, weil sie ihn „vor der eigenen Tür haben“.

Beispiele Haar...

Eine Vielzahl realisierter Gebäude dokumentiert die architektonischen Möglichkeiten moderner Holzbaus. 2003 wurde in der Münchner Gemeinde Haar eine Kindertagesstätte in Holzrahmenbauweise errichtet, die sich harmonisch in den reichen Baumbestand der Umgebung einpasst und so einen kindgerechten Betriebsalltag ermöglicht. Innerhalb von fünf Monaten wurde das Gebäude mit einer Geschossfläche von über 1.000 Quadratmetern errichtet. Die Tagesstätte bietet Raum für vier Kindergruppen und verfügt im Eingangsbereich über einen variabel nutzbaren Mehrzweckraum, der durch Schiebewände geöffnet werden kann.

... und Erding

Ein weiteres innovatives Beispiel zeitgemäßen Holzbaus findet sich in Erding. Die dortige Doppelsporthalle erhielt eine lobende Erwähnung im Rahmen des Deutschen Holzbaupreises 2003, weil die Forderung nach weitgehender Schonung des umgebenden Landschaftsraumes vorbildlich gelungen sei, so die Jury. Die Sporthalle zeichnet sich in ihrer Außenwirkung durch Leichtigkeit und Transparenz aus. Diese Merkmale prägen auch den Innenraum, trotz Absenkung unter Erdniveaue. ☞

INFORMATIONSDIENST HOLZ

Kompetenz rund ums Holz

Fragen rund um den Werkstoff Holz und die Verwendung von Holz bei der Umsetzung öffentlicher Bauten beantworten die regionalen Mitarbeiter und Kooperationspartner des Holzabsatzfonds in Bayern. Die Beratung erfolgt kostenlos und firmenneutral.

Dipl.-Ing. Bernd Wögerbauer und Dipl.-Ing. Erwin Keck beantworten als Fachberater des INFORMATIONSDIENSTES HOLZ alle technischen Fragen zu Bauen mit Holz in Kommunen:

Bernd Wögerbauer, Dipl.-Ing. (FH) Architekt, Friedrichstr. 13, 96047 Bamberg, Tel.: 09 51 / 2 75 09, Fax: 09 51 / 2 75 71, bernd.woegerbauer@infoholz.de

Erwin Keck, Dipl.-Ing. (FH) Architekt, Rottumwiesen 10, 88416 Ochsenhausen, Tel.: 0 73 52 / 92 28 - 0, Fax: 0 73 52 / 92 28-17, erwin.keck@infoholz.de

Harry Jurisch vom Holzabsatzfonds gibt Hinweise zu erprobten kostenlosen Informationsmitteln im Kontext „Bauen, Wohnen und Leben mit Holz“ und berät interessierte Kreise, wie sie die bundesweite Marketingkampagne „Natürlich Holz“ zugunsten einer stärkeren Holzverwendung nutzen können (Aktionsideen, Ausstellung, Werbemittel etc.):

Harry Jurisch, Dipl. Baubiologe, Gartenstraße 27a, 97526 Sennfeld, Tel: 0 97 21 / 6 46 99 43, Fax: 0 97 21 / 6 46 99 44, harry.jurisch@infoholz.de

Eine zentrale Anlaufstelle für den Informationsaustausch zwischen allen, die an einer stärkeren Holzverwendung interessiert sind, ist der Landesbeirat HOLZ Bayern:

Alexander Kirst (Vorsitzender), Dipl.-Ing. (FH) Holztechnik, Diplom-Kaufmann, Verbände des Bayerischen Zimmerer- und Holzbauwerkes, Eisenacher Straße 17, 80804 München, Tel.: 0 89 / 3 60 85 - 1 41, Fax: 0 89 / 3 60 85 - 1 00, vorsitzender@landesbeiratholz-bayern.de

Weitere Informationen im Internet unter www.infoholz.de. Bauplaner können unter www.informationsdienst-holz.de vertiefende Fachinformationen des INFORMATIONSDIENST HOLZ abrufen. Einblick in die Projekte des Landesbeirats HOLZ Bayern erhalten Interessierte auf der Internetseite <http://bayern.infoholz.de>. ☞



V.l.n.r.: Klaus Dieter Breitschwert, MdL, Dagmar Wöhrl, MdB, Alexander Radwan, MdEP, Thomas Schmatz, StR. ☞

Landesversammlung der Mittelstands-Union:

Gegen Bürgerversicherung

Die Mittelstands-Union hat sich auf ihrer Landesversammlung klar gegen eine Bürgerversicherung ausgesprochen. „Die so genannte Bürgerversicherung ist nichts anderes als eine gesundheitspolitische Einheitssteuer“, erklärte der mit 99 Prozent in seinem Amt bestätigte Vorsitzende der Mittelstands-Union Hans Michelbach, MdB. Durch diese Einheitsversicherung würden nur zusätzliche Mittel in das marode System der Gesetzlichen Krankenversicherung gepumpt.

Nach Ansicht Michelbachs würden die bestehenden Probleme so nicht gelöst, sondern auf die Zukunft verschoben. Notwendige Elemente wie vor allem die Stärkung der Eigenverantwortung fehlten gänzlich. Der Zusammenhang von Preis und Leistung bleibe verschleiert. Mit der Bürgerversicherung komme es weder zu einer spürbaren Entlastung bei den Beiträgen noch zu einer Abkoppelung von den Lohnkosten. Die dringend benötigten Effekte für mehr Wachstum und Beschäftigung blieben daher aus.

Zusätzliche Belastung

„Die Möglichkeiten, im bisherigen einkommensbezogenen Beitragssystem weitere Einnahmequellen zu erschließen, sind ausgeschöpft“, so Michelbach weiter. Deshalb würden mit der Bürgerversicherung vor allem mittlere Einkommen zusätzlich belastet, eine gerechtere Finanzierung werde verfehlt. Die Einführung einer zusätzlichen zweckgebundenen Steuer auf Kapitalerträge zur Finanzierung der Krankenkassen sei abgabenrechtlich fragwürdig und volkswirtschaftlich kontraproduktiv. „Damit ist die Bürgerversicherung in allen ihren Zielen gescheitert“, so der CSU Mittelstandspolitiker.

Auch die stellvertretenden

Vorsitzenden, die wirtschaftspolitische Sprecherin CDU/CSU Bundestagsfraktion Dagmar Wöhrl, MdB, der Vorsitzende des Parlamentskreises Mittelstand der CSU-Landtagsfraktion Klaus-Dieter Breitschwert, MdL, der wirtschaftspolitische Sprecher der EVP/ED Fraktion im Europäischen Parlament Alexander Radwan, MdEP und der Münchner Stadtrat Thomas Schmatz wurden eindrucksvoll in ihren Ämtern bestätigt. ☞

Bayerischer Wohnungsbaupreis

Der kürzlich gestartete Landeswettbewerb zum Bayerischen Wohnungsbaupreis 2005, der heuer unter dem Motto „Plätze, Höfe, Gärten“ steht, richtet sich an Architekten und/oder Landschaftsarchitekten und Bauherren, die in den letzten zehn Jahren in Bayern wohnungsnah Freiräume gestaltet haben. Die Projekte sollen hohe Gestaltqualität aufweisen und gleichzeitig den Bewohnern vielfältige Nutzungsmöglichkeiten bieten. Zugelassen sind sowohl Wohnanlagen im Geschosswohnungsbau als auch verdichtete Einfamilienhausquartiere. Die Wettbewerbsunterlagen sind unter <http://www.wohnen.bayern.de> abzurufen oder können unter 089/2192-3331 angefordert werden. Ein-sendeschluss ist der 15. 12. 2004.

Innenminister Dr. Günther Beckstein zur Inneren Sicherheit:

Auch Standortvorteil für Wohnungswirtschaft

Tagung der Bayerischen Wohnungsunternehmen des VdW Bayern in Reit im Winkl

„Zwischen Wohnen und Sicherheit bestehen enge wechselseitige Verknüpfungen. Ein höheres Maß an Innerer Sicherheit beeinflusst die „Lage“ und damit unmittelbar den Wert einer Immobilie, bietet also einen bedeutenden Standortvorteil. Umgekehrt beeinflussen die Zustände der Gebäude und des Wohnumfeldes eines Quartiers auch die dortige Sicherheitslage“, betonte Innenminister Dr. Günther Beckstein anlässlich der Fachtagung der Bayerischen Wohnungsunternehmen des VdW Bayern in Reit im Winkl.

Die bayerische Sicherheitspolitik geht laut Beckstein gegen Kriminalität aller Art konsequent vor und duldet keine rechtsfreien Räume. „Wir versuchen aber auch Tendenzen zu einer Verwahrlosung bereits im Keim zu ersticken und sorgen so dafür, dass Straftaten erst gar nicht begangen werden. Gerade deshalb richten wir großes Augenmerk auf gesunde und vor allem lebenswerte städtische und kommunale Strukturen“, so der Minister.

Kriminalprävention

So habe die Kriminalprävention beim Städtebau und der Stadterneuerung ihren festen Platz. Die Städtebauförderung gebe entscheidende Impulse für eine umfassende Erneuerung von Stadt- und Ortszentren, Wohnquartieren und brachliegenden Flächen.

Für viele Bürgerinnen und Bürger ist laut Beckstein Sicherheit eine grundlegende Bedingung, um sich an einem Ort wohl zu fühlen. Hierfür sei nicht nur die objektive Sicherheitslage, sondern vor allem auch das persönliche Sicherheitsempfinden entscheidend. „Wir wirken Gefahren der Verwahrlosung von öffentlichen Straßen und Plätzen durch Drogenzuzug und Alkoholismus-

Milieus, durch Unrat und Vandalismus konsequent entgegen. Hier setzen wir nicht nur polizeiliche Mittel wie die Überwachung öffentlicher Kriminalitätsbrennpunkte gegebenenfalls auch mit Videokameras, sondern auch städtebauliche Mittel ein. Mit der Neu- und Umgestaltung von Plätzen, Straßen und Parkanlagen beugen wir gefährlichen Tendenzen zur Verwahrlosung vor“, so Beckstein.

Ein Beispiel für funktionierende Zusammenarbeit von Bürgern, Kommunen, Staat und Wirtschaft ist die von Beckstein ins Leben gerufene Bayerische Innenstadttätigkeit, die auf eine Stärkung der Innenstädte zielt. Beckstein: „Gerade der Zustand einer Innenstadt ist entscheidend dafür, ob sich die Menschen dort nicht nur wohl, sondern auch sicher fühlen. Tagsüber attraktive Geschäftsstraßen verwandeln sich nachts oft in leere, öde Gebiete, die viele Menschen aus Sorge um ihre Sicherheit meiden.“

Nutzungsvielfalt fördern

Ein wichtiges inhaltliches Anliegen der Innenstadttätigkeit ist deshalb die Förderung der Nutzungsvielfalt durch Mischung von Wohnen, Arbeiten, Handel und Kultur. Eine Nutzungsmischung wirkt sich gün-

stig auf die Sicherheit aus, da ein Gebiet mit einer vielfältigen Nutzung einschließlich eines hohen Wohnanteils auch nachts belebter ist als ein monofunktionales Verwaltungs- oder Geschäftszentrum. Fragen der Sicherheit in den Stadtzentren und den benachbarten Wohnvierteln werden auch im Mittelpunkt des Bayerischen Innenstadt-Kongresses im nächsten Jahr stehen.

Beckstein: „Mit der Innenstadttätigkeit setzen wir auf die Eigeninitiative und die Leistungsbereitschaft vor Ort. Sie ist kein eigenes zusätzliches Förderprogramm.“

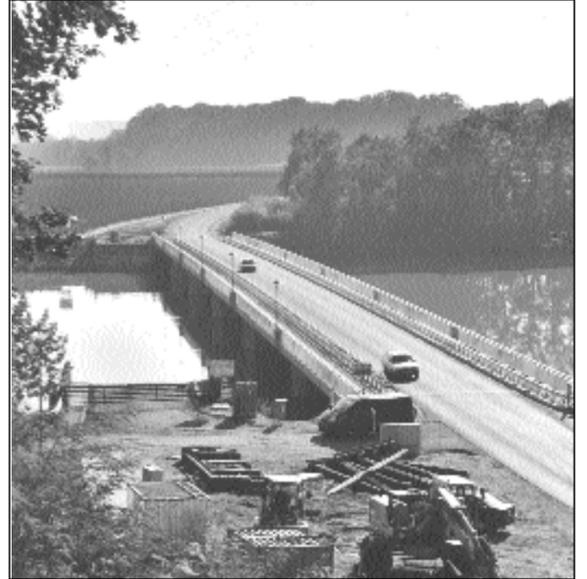
Hierfür gibt es die Städtebauförderung, mit der Staat und Kommunen seit mehr als 30 Jahren mit erheblichem Mittlereinsatz wesentliche Impulse zur Erneuerung der Innenstädte ge-

ben. Dieses erfolgreiche Förderprogramm wird Bayern laut Beckstein auch in Zeiten angespannter Haushalte weiterführen und dabei nicht nur die Bundes- und EU-Förderung komplementieren, sondern mit dem Bayerischen Städtebauförderungsprogramm Schwerpunkte setzen.

Mit den Maßnahmen des Programms „Soziale Stadt“ sollen Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf aufgewertet werden. In diesem Programm engagieren sich aktuell 41 bayerische Kommunen mit 49 Programmgebieten. Bund und Land haben für diese Projekte in Bayern seit 1999 insgesamt mehr als 89 Millionen Euro Finanzhilfen bereitgestellt. Zusammen mit den kommunalen Eigenmitteln ergibt dies ein Investitionsvolumen von über 146 Millionen Euro alleine aus der Städtebauförderung. „Mit den Maßnahmen der „Sozialen Stadt“ versuchen wir, Abwärtstendenzen entgegenzuwirken und die Voraussetzungen für eine selbst tragende Entwicklung zu schaffen.“

Ganzheitlicher Ansatz

Hierbei wird ein anspruchsvoller, ganzheitlicher Ansatz verfolgt. Die Wohnquartiere, Innenstädte und Stadtteilzentren sollen ökonomisch, ökologisch, städtebaulich und sozial aufgewertet werden. Wir bündeln Initiativen und Ressourcen, Maßnahmen und Programme und damit Mittel aus den unterschiedlichen Ressorts“, so der Minister. Beckstein wies darauf hin, dass für das Bayerische Modernisierungsprogramm auch heuer wieder ein Jahres-



In Gars, Kreis Mühldorf, wurde jetzt eine 158 Meter lange neue Innbrücke gebaut, als erste Großbrücke in Bayern, die aus dem neuen Baustoff „Hochleistungs Beton“ ist. Der Brückenneubau hat vier Millionen Euro gekostet, es gab einen EU-Zuschuss von zwei Millionen Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung. Die alte Innbrücke konnte nur noch mit 10 Tonnen belastet werden, die neue Brücke hat 60 Tonnen Tragkraft. Zwischen Wasserburg und Kraiburg ist dies der einzige Innübergang. Jos. Göllinger

programm aufgelegt werden konnte, das regen Zuspruch findet. Ab dem nächsten Jahr wird die Modernisierungsförderung mit Mitteln der Landesbodenkreditanstalt fortgesetzt.

„Stadtumbau West“

Mit dem neuen Bund-Länder-Programm „Stadtumbau West“ wird künftig ein weiteres Förderinstrument zur Verfügung stehen, mit dem die Kommunen bei der

Anpassung an demographische und wirtschaftliche Veränderungen unterstützt werden können. In den beiden Pilot-Gemeinden Selb und Wildflecken konnten bereits erste Erfahrungen gesammelt werden. Dort müssen Leerstände abgebaut und Brachflächen wieder einer sinnvollen Nutzung zugeführt werden. Ansonsten bestünde die Gefahr, dass Verwahrlosung, Vandalismus und Kriminalität entstehen.

„Lebendige Wohnquartiere“

Ein wichtiger Partner ist die Wohnungswirtschaft laut Beckstein auch beim Modellvorhaben „Lebendige Wohnquartiere“. Dieses Projekt startete im letzten Jahr, damit es gar nicht erst zu einem Abgleiten der Wohnquartiere kommt. „Mit dem Modellvorhaben „Lebendige Wohnquartiere“ wollen wir beispielhaft zeigen, wie man mit klugen Umbau-, Werterhaltungs- und Präventionsstrategien den Anfängen wehrt“, so der Minister. In das Projekt wurden bayernweit acht kleinere Wohnquartiere der 50er bis 70er Jahre aufgenommen, die erste erkennbare Defizite im technischen Bereich bei Gebäuden und im Wohnumfeld aufweisen. ☞

mit mehr als 30 kWp Leistung erhalten Bauherren 54,6 Cent je kWh. Und das für 20 Jahre garantiert! Vorausgesetzt, die Anlage wird in 2004 fertiggestellt. Neben dieser laufenden Finanzierung sind für die Investition beider Anlagentypen auch verbilligte Darlehen zu bekommen. Der IQ-Check-Zimmerer hilft gerne mit Informationen weiter und baut selbstverständlich diese Anlagen auf dem Dach ein.

Gewinner der Energiekrise

Mit den richtigen Strategien zur Einsparung von Heizkosten werden Bauherren und Hausbesitzer zu Gewinnern der Energiekrise und schlagen weiteren Preiserhöhungen ein Schnippchen. Doch nicht nur der Geldbeutel wird geschont, auch die Umwelt profitiert: Die Ressourcen werden geschont und die Emissionen des klimaschädlichen Treibhausgases CO₂ reduziert.

Mit dem IQ-Check des Bayerischen Zimmererhandwerks wird der Verbraucher unterstützt und der Gebäudewert zukunftsorientiert gesteigert. Weitere Informationen unter www.ica-check-zimmerer.de. ☞

Geld sparen trotz steigender Energiepreise

Nicht nur die Wirtschaft leidet unter den steigenden Kosten für Energie. Egal ob Heizöl, Erdgas oder Strom, der Verbraucher zahlt die Rechnung. Auch für diesen Winter haben die Energiekonzerne wieder Preiserhöhungen von bis zu 10 Prozent angekündigt.

Da machen sich die Endverbraucher natürlich ihre Gedanken. Wohl dem, der schon frühzeitig die Chancen des Energiesparens erkannt und sein Gebäude den gestiegenen Anforderungen des Wärmeschutzes angepasst hat. Wer trotz steigender Energiepreise Geld sparen will, braucht Strategien und Konzepte für die Sanierung seines Hauses nach den Vorgaben der Energieeinsparverordnung (EnEV).

Bei der Planung und Durchführung von Maßnahmen am Gebäude wird der Hausbesitzer durch den geschulten IQ-Check-Zimmerer unterstützt. Gerade für die Möglichkeiten der Dämmung der obersten Geschosdecke, die ja auch mit einem nachträglichen Dachgeschosausbau verbunden sein kann, steht der IQ-Check-Zimmerer mit Rat und Tat zur Seite.

Kernaufgaben

Am Beginn steht eine Analyse des Gebäudes und die Frage, mit welchen Maßnahmen unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten die größten Einspareffekte erzielt werden. Ganz sicher gehört bei älteren Gebäuden die Verbesserung des Wärmedämmstandards an Dach und Fassade zu den Kernaufgaben einer energetischen Sanierung. In diesem Zusammenhang sind auch die Fenster zu optimieren. Der Einbau von Wärmedämmung und wärmegeprägten Fenstern bringt nicht nur Energieeinspareffekte, sondern erhöht wesentlich die Behaglichkeit im Winter und verbessert den sommerlichen Wärme-

schutz einer Gebäudehülle.

Für nicht begehbbare, aber zugängliche oberste Geschosdecken gibt es nach der EnEV Nachrüstpflichten. Diese Geschosdecken sind bis zum 31.12.2006 nachträglich zu dämmen. Nach der Dämm-Maßnahme darf der U-Wert der Geschosdecke 0,3 W/m²K nicht überschreiten. Außerdem müssen veraltete Heizkessel, die vor dem 1.1.1978 eingebaut wurden, bis zum 21.12.2006 außer Betrieb genommen werden. Zusätzlich sind nicht gedämmte Wärmeverteilungs- und Warmwasserleitungen, die in ungeheizten Räumen liegen und zugänglich sind, nachträglich zu dämmen.

Sonderregelungen

Für vom Eigentümer selbst bewohnte Ein- und Zweifamilienhäuser gelten bei den Fristen Sonderregelungen. Die Nachrüstung hat dann nicht bis zum 31.12.2006 zu erfolgen, sondern nur bei einem Eigentümerwechsel, also bei Verkauf oder Eigentumsübergang durch Vererbung oder Schenkung. Nach dem Eigentümerwechsel hat der neue Eigentümer zwei Jahre Zeit die Nachrüstungen an der Heizung und der obersten Geschosdecke durchzuführen.

Rechtzeitig sanieren!

Rechtzeitige Sanierung ist also Gebäudewertsteigerung, denn ein nicht den Regeln der EnEV entsprechendes gedämmtes Gebäude wird einen geringeren Marktwert haben. Dies wird durch die Einführung eines Ge-

bäudeenergiepasses in Zukunft offiziell dokumentiert. Bereits heute gilt: Werden Änderungen und Sanierungen an der Gebäudehülle durchgeführt, so sind die Unternehmen in Bayern verpflichtet, dem Bauherrn nach erfolgter Sanierungsmaßnahmen den Anforderungen der Energieeinsparverordnung entsprechen. Diese Unternehmerklärung muss der Bauherr 5 Jahre aufbewahren und auf Verlangen Behörden, Mietern und Käufern einer Immobilie vorlegen.

Ausgereifte Technologien

Zu einer Strategie zur Energiekostensenkung gehört ganz sicher auch die Nutzung umweltfreundlicher und regenerativer Energiequellen. Die Nutzung des Sonnenlichtes durch Photovoltaik- und solarthermische Anlagen bietet sich hier an. Mittlerweile sind diese Technologien ausgereift und bringen dem Hauseigentümer zusätzliche Einspareffekte. Solarthermische Anlagen unterstützen die Erzeugung von warmem Brauchwasser. Durch so genannte Thermosolar-Kollektoren können bis zu 25 Prozent Heizungskosten eingespart werden.

Verbilligte Darlehen

Mit einer Photovoltaik-Anlage auf dem Hausdach wird Strom erzeugt, der allerdings in der Regel nicht selbst verbraucht, sondern direkt in das öffentliche Stromnetz eingespeist wird. Nach dem Energieeinspargesetz erhalten Bauherren 57,4 Cent für jede eingespeiste Kilowattstunde Solarstrom von ihrem Energieversorger bei gebäudeintegrierten Anlagen bis 30 kWp. Bei Anlagen



Landrat Vogele mit Vertretern der Bauleitung, der Schulleitung, Bürgermeister Lettinger und den zuständigen Sachbearbeitern des Landratsamtes auf Baustellenbesichtigung. ☞

Sporthallenbau Zusmarshausen:

Baufortschritt im Zeitplan

Über den derzeitigen Stand der Abbrucharbeiten an der Sporthalle in Zusmarshausen informierten sich Landrat Dr. Karl Vogele, Bürgermeister Lettinger, Vertreter der Schule, Bauleitung und die zuständigen Sachbearbeiter im Landratsamt. Alle Beteiligten waren erfreut, dass die Baumaßnahmen im Zeitrahmen liegen und die neue Halle zu Schuljahresbeginn, im September 2005, in Betrieb genommen werden kann. Nicht nur die Abbrucharbeiten und die Vorbereitung des Geländes für den Anbau, sondern auch der Austausch des alten Hallenbodens, laufen fristgerecht.

Der Kostenrahmen für den Bau der neuen Dreifachturnhalle beträgt 2,57 Millionen Euro. Landrat, Bürgermeister und Schulleiter sind zuversichtlich, dass diese Gelder sehr gut angelegt sind, schließlich werde die Halle von Haupt- und Realschule gemeinsam genutzt und trage viel zur Festigung des Schulstandortes Zusmarshausen bei.

Landrat Dr. Karl Vogele zeigte sich erfreut über das Verständnis der Schulleitung und des Lehrerkollegiums bezüglich des Umbaus, obwohl damit Einschränkungen verbunden seien. Der Sportunterricht werde flexibel gehandhabt und finde, bis zur Nutzung der neuen Turnhalle, bei entsprechenden Wetterbedingungen im Freien statt. Bei schlechter Witterung werde Unterricht in anderen Räumen angeboten. „Die Lehrer sind in ihren Absprachen untereinander sehr beweglich - davon können die Schüler nur profitieren“, so Schulleiter Walter. ☞

“Die Politik vernachlässigt die Investitionen”

**Bauindustrie: Genug Geld in den öffentlichen Haushalten
Steinindustrie: Bayern unterliegt Schutzwahn beim Naturschutz**

Die Bau- wie auch die Steine- und Erdenindustrie in Bayern sind mit der Politik unzufrieden. So wirft der Bayerische Bauindustrieverband (BBIV) der Politik vor, sie vernachlässige in den öffentlichen Haushalten die Investitionen, obwohl die Steuerquellen wieder kräftiger sprudelten. Und der Industrieverband Steine und Erden wirft der Politik vor, beim Naturschutz einem Schutzwahn zu unterliegen und mit den jüngsten Maßnahmen enteignungsgleiche Eingriffe vorzunehmen.

In der BBIV-Stellungnahme heißt es, Mobilität und eine gut ausgebaute Infrastruktur seien schon immer Garant für wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung hierzulande gewesen. Allerdings werde dieser Zusammenhang in den Haushalten des Bundes, Bayerns und auch der Kommunen sträflich vernachlässigt, stellt Gerhard Hess, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes, im Zusammenhang mit dem Fiasko der Lechbrücke in Augsburg fest. Dieses marode Brückenbauwerk sei dabei nur ein Symptom für den gewaltigen Instandhaltungsschub unserer gesamten Verkehrsinfrastruktur

und der politischen Verschleppungstaktik, wenn es um die Planung und etatmäßige Umsetzung volkswirtschaftlich bedeutsamer Verkehrsprojekte gehe. Weitere Beispiele fänden sich tagtäglich zuhauf: bei den ICE-Strecken, beim Transrapid, bei Flughafen-erweiterungen, bei wichtigen Lückenschlüssen und dringend erforderlichen Bestandserhaltungsmaßnahmen im Straßenbau.

Hess fordert die Politik auf, der Investitionsgestaltung in den öffentlichen Haushalten höchste Priorität beizumessen. Er verdeutlicht dies am Zwiespalt von politischer Planung und haushaltsmäßiger Umsetzung: “So

wurde im Bundesverkehrswegeplan (2003) - dieses Instrument hat immerhin gesetzesähnlichen Charakter - jahresdurchschnittlich knapp 6 Mrd. Euro für den vordringlichen Bedarf für Bundesfernstraßen festgestellt und von der Bundesregierung beschlossen. Laut Bundeshaushaltsplanung 2004 werden dagegen für Investitionen unserer Bundesfernstraßen gerade einmal 4,5 Mrd. Euro ausgewiesen.” Es klappe also eine Lücke allein in diesem wichtigen Verkehrsbereich von 1,5 Mrd. Euro. Haushaltspolitik werde damit immer mehr zum Spielball kurzfristiger und ideologischer Interessen. Sie werde zur Farce, wenn die gegebenen Investitionsgestaltungschancen nicht nachhaltig genutzt würden.

Chancen nutzen

Hess stellt in diesem Zusammenhang klar: “Der Staat hat genug Geld, die Steuerquellen sprudeln wieder kräftiger. Deshalb sollten jetzt und in Zukunft die Chancen genutzt werden, durch entsprechende Etatumschichtungen die Finanzierungsspielräume für Verkehrsinfrastrukturen in unserem Land nachhaltig zu verbessern”.

Unzufrieden mit der Politik vor allem in Bayern ist der Bayerische Industrieverband Steine und Erden. Er wirft dem Freistaat vor, einem “Schutzwahn” zu unterliegen, der der Volkswirtschaft nachhaltig schaden könne. In einem “Schreiben an die Politik” heißt es, 63 Prozent der Fläche im Freistaat seien bereits mehrfach naturschutzfachlich überplant, 98 Prozent aller Flora-Fauna-Habitat (FFH)-Gebiete und 90 Prozent der SPA (Vogelschutz)-Gebiete unterlägen bereits dem Naturschutz. “Wir brauchen keinen weiteren aus Brüssel aufgezwungenen Naturschutz mit einem uns fremden europäischen Naturschutzrecht, weiteren Rechtsverord-

zu, “grenzüberschreitende Netzwerke für die gesamte Baubranche zu gründen, um den harten Wettbewerb noch erfolgreicher meistern zu können. Gerade durch Kooperationen ist es möglich, dass auch die kleineren und mittleren Unternehmen bei größeren Ausschreibungen und Projekten eine faire Chance bekommen und mitbieten können.”

Interessante Vorträge

Nach der Eröffnung der Veranstaltung durch Landrat Georg Grabner (Berchtesgadener Land) erwartete die Teilnehmer im Rahmen der Kooperationsbörse auch ein interessantes Vortragsprogramm über Bausanierungsprojekte, über Praxisbeispiele von gut eingeführten KMU-Kooperationen aus Bayern und Salzburg und Erfahrungsberichte von Unternehmen.

Kooperationsbörse

Die EuRegio-Veranstaltung wurde in Kooperation mit dem Salzburger Holzcluster, der Wirtschaftskammer Salzburg, der Handwerkskammer München-Oberbayern, der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Berchtesgadener Land und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Traunstein durchgeführt und von der Europäischen Union (INTERREG IIIA) kofinanziert.



Das Veranstaltungsteam freute sich über den regen grenzüberschreitenden Austausch. V.l.n.r.: Rudolf Röhrl (WFG-BGL), Harald Schwarzbach (Wifö-TS), Landrat Hermann Steinmaßl (EuRegio-Präsident), Waltraud Winkler-Rieder (Holzcluster), Walter Haas (EuRegio). Nicht im Bild: Max Stadler (btz-Traunstein).

EuRegio-Projekt “Holzforum”:

Impulse für Kooperationen und neue Marktideen

Zusammentreffen von bayerischen und Salzburger Bausanierungsprofis in Bad Reichenhall

Das EuRegio-Projekt “Holzforum” setzte mit einer Unternehmerrbörse Impulse für Kooperationen und neue Marktideen in der Bau- und Holzwirtschaft. Die Veranstaltung fand im Alten Feuerhaus in Bad Reichenhall statt.

Der Markt im Bereich “Bauen und Sanieren” wird von Experten als interessanter Wachstumsmarkt bewertet, gerade auch für klein- und mittelständische Unternehmen. Trotz der angespannten Lage in der Bauwirtschaft erweitern sich hier die Marktchancen aufgrund des großen Bestandes an älteren Gebäuden. Die dabei zu erbringenden Leistungen sind nicht als Standardleistung zu sehen, sondern erfordern den jeweils neuesten Zugang zu Technologie und Produktentwicklung in optimaler Qualität und angepasst an individuelle Kundenwünsche.

Marktchancen nützen

Um diese Marktchancen zu nützen und gemeinsam innovative Bauleistungen zu entwickeln, trafen sich namhafte Unternehmer, Baudienstleister, Architekten und Planer aus Bayern und Salzburg zum Thema “Bauen und Sanieren” im Alten Feuerhaus in Bad Reichenhall.

Zur Veranstaltung kamen Profis aus allen Bereichen der Sa-

Leistungsangebot erweitern

Damit sollte vor allem kleineren Unternehmen die Möglichkeit geboten werden, sich branchenübergreifend auszutauschen, Kontakte zu knüpfen und ihr Leistungsangebot durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen zu erweitern. Für Waltraud Winkler-Rieder, Projektleiterin vom Holzcluster Salzburg, diente die Kooperationsveranstaltung da-

nungen und hohem Personalaufwand für Management und Kontrollen”, heißt es in dem Brief. Der Rohstoffabbau werde dadurch in weiten Bereichen fast unmöglich.

“Natura 2000”

Nach Darstellung des Industrieverbandes sind im Jahr 2001 7,9 Prozent der Landesfläche als FFH- und SPA-Gebiete für das Schutzgebietsnetz “Natura 2000” nach Brüssel gemeldet worden. Damals habe das bayerische Umweltministerium die in den Regionalplänen ausgewiesenen Rohstoffsicherungsflächen sowie die zum Abbau genehmigten Flächen nicht mit FFH-, SPA- und Vogelschutzgebieten überplanen lassen. In der Nachmeldekulisse 2004 würden weitere 4,21 Prozent des Landes geschützt. Diesmal würden aber auch Rohstoffsicherungsflächen, genehmigte Abbauflächen und Aufbereitungsanlagen wie Kieswerke überplant. Betroffen seien davon 44 rohstoffabbauende Betriebe mit 113 Flächen.

Störung des Gleichgewichts

Dieses Vorgehen ist nach einem vom Industrieverband in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten ein “enteignungsgleicher Eingriff”, der nicht nur das Gleichgewicht zwischen Ökonomie und Ökologie in Bayern empfindlich störe. Er verhindere vielmehr auch, dass in rekultivierten und renaturierten Gruben und Brüchen neuer Lebensraum für erholungssuchende Menschen wie für gefährdete Tier- und Pflanzenarten entstehe. “Schützen wir uns nicht zu Tode!”, fordert der Verband.

dhg.

Landkreis Augsburg:

Neue Asphaltsschicht auf Kreisstraße A 26

Landrat Dr. Karl Vogele traf sich jetzt mit Thierhauptens Bürgermeister Franz Neher und Marktgemeinderäten, um den Abschluss der Deckenbauarbeiten auf der Kreisstraße A 26 zwischen Thierhaupten und Neukirchen zu begutachten. Dort war im Juni von der Burgheimer Firma Holl im Auftrag des Landkreises auf einer Länge von 2,2 Kilometern eine neue Asphaltsschicht aufgetragen worden.

Die Maßnahme war notwendig geworden, weil das Teilstück bereits mehrfach ausgebessert worden war und starke Fahrspuren und Setzungen aufwies. Die verbrauchte Asphaltsschicht war jetzt abgefräst und durch einen neuen Belag ersetzt worden.

Die neue Straße sei jetzt spürbar leiser, stellten die Marktgemeinderäte Max Kienberger und Frank Stockhausen fest. “Deckenbaumaßnahmen”, freute sich Vogele, “sind Zukunftsinvestitionen. Die neuen Fahrbahnen halten in der Regel 20 Jahre. Rechtzeitig eine neue Asphaltsschicht erspart uns einen wesentlich teureren Vollausbau in der Zukunft.”

Thierhaupten habe auch dank der guten Erschließung mit Kreisstraßen seit seiner Einbeziehung in den Landkreis Augsburg 1972 eine hervorragende Entwicklung genommen, freute sich Neher. Gute Verkehrsverbindungen seien für eine Gemeinde wie Thierhaupten von größter Bedeutung. Eine gute Verkehrsinfrastruktur, so der Landrat, sei ein wichtiger Standortfaktor und trage maßgeblich zur Attraktivität des Landkreises bei. Nicht zuletzt deshalb habe der Landkreis seit seinem Amtsantritt 1989 42 Millionen Euro in

den Straßenbau und noch einmal 10 Millionen Euro in den Rad- und Gehwegbau investiert. Heuer würden allein 645 000 Euro für Deckenbaumaßnahmen ausgegeben. Neben der Kreisstraße A 26 sind an der Kreisstraße A 13 zwei Abschnitte zwischen Reinhartshausen und Waldberg sowie zwischen Waldberg und Mickhausen bereits abgeschlossen. Die Ortsdurchfahrt von Streithelm (A 33) ist derzeit in Bau. Für die Ortsdurchfahrten von Lützelburg (A 5) und Täferingen (A 15) laufen derzeit die Ausschreibungen.

Schloss Weissenstein in neuem Glanz

Nach mehr als 25 Jahren beständiger Sanierung und Restaurierung konnte der Abschluss der Instandsetzungsarbeiten am Hauptgebäude des Schlosses Weissenstein in Pommersfelden gefeiert werden. Wie Wissenschaftsminister Thomas Goppel bei den Feierlichkeiten hervorhob, erstrahlt nach der Sanierung “ein Bauwerk von Weltrang in neuem Glanz”. Schloss Weissenstein in Pommersfelden sei nicht nur eine der bedeutendsten, sondern auch eine der schönsten Schlossanlagen des Barock.

Gartenkultur und Landespflege sind Pflichtaufgaben!

Jahrestagung der Bayerischen Obst- und Gartenbauvereine in Pfarrkirchen

Rund 500 Delegierte und Abordnungen von Kreisverbänden aus ganz Bayern kamen jüngst in die Stadthalle von Pfarrkirchen, Landkreis Rottal-Inn, um mehr als 525.000 Mitglieder von über 3.300 Gartenbauvereinen auf der Jahrestagung des Bayerischen Landesverbandes für Gartenbau und Landespflege e. V. zu repräsentieren.

Verbandspräsident Manfred Nagler, Landrat des Landkreises Bad Tölz-Wolfratshausen, ging eingangs kurz auf die Tradition der bayerischen Gartenbauvereine ein. Zu ihr gehöre seit jeher die Übernahme von Eigenverantwortung, woraus eine aktive, in das ganze Land ausstrahlende Bürgerkultur erwachsen sei. Um dieses auf Vereinsebene erbrachte Engagement weiterhin zu erhalten, seien auch in Zukunft motivierte Kreisfachberatungen zur sachkundigen Betreuung der ehrenamtlich Tätigen nötig. Deshalb setze sich der Landesverband mit aller Macht für die Beibehaltung von „Förderung von Gartenkultur und Landespflege“ als Pflichtaufgabe in der Landkreisordnung ein.

keit von Gartenbauvereinen. Diese hätten maßgeblichen Einfluss auf die Grüngestaltung der Dörfer und Städte, weswegen sie in ihren Bemühungen um eine lebenswerte Umwelt unbedingt weiterhin fachliche Unterstützung erhalten müssten. „Nur wo Menschen sich im Ehrenamt engagieren, wird unsere Gesellschaft lebendig“, erklärte Bruni Mayer, nach eigener Auskunft überzeugte „Gärtlerin“. Gartenbauvereine seien vor allem wichtig für die touristischen Regionen. „Unsere Gäste wollen eine schöne Landschaft, sie erfreuen sich am Blumenschmuck an den Häusern, an denen sie vorbeispazieren“, verwies die Landrätin auf viele Gespräche mit Gästen, die beispielsweise in Bad Birnbach Urlaub machen.

wahrgenommen werden kann. Eingeschliffene Verhaltensweisen müssten hinterfragt, das Verfolgen von Eigeninteressen eingeschränkt und die Achtung vor der Schöpfung verstärkt werden. Dadurch könne man Kindern und Jugendlichen ein Gefühl dafür vermitteln, wie bedroht die Natur schon ist und es lasse sich bei ihnen das Engagement für das Schaffen und Erhalten von Lebensräumen für Tier und Pflanze wecken.

Liebe zur Natur

Um diese Ziele bei jungen Menschen zu erreichen, sei es wichtig, als Erwachsener selbst Liebe zur Natur zu empfinden, betonte Renate Halwart. Auf Wanderungen und Exkursionen oder im Garten lasse sich dann diese Naturverbundenheit auf die jungen Teilnehmer übertragen, vor allem wenn man all das bespreche, was man sehen, hören, riechen, fühlen - also

hautnah erleben - kann. Entscheidend dabei sei, eine reine Wissensvermittlung zu betreiben, sondern spielerisch vorzugehen. Unter dem Strich sei es nämlich nicht wichtig, „wie viel man sagt, sondern was bei den Kindern hängen bleibt und woran sie sich auch später gerne erinnern“.

Rück- und Ausblick

An die öffentliche Kundgebung schloss sich die Mitgliederversammlung an, in der sowohl Rückblick auf das vergangene als auch Ausblick auf das kommende Geschäftsjahr gehalten wurde, in dem die Bundesgartenschau (BUGA) 2005 in München eine zentrale Rolle spielen wird. Die BUGA nahm Präsident Nagler zum Anlass, um ausdrücklich den Kreisfachberatungen für Gartenkultur und Landespflege an den Landratsämtern für die bereits geleistete und noch zugesagte Unterstützung zu danken. Dank richtete er aber auch an alle Vereine, deren Führungskräfte und sonstigen Helfer, die durch ihr Engagement die Basis aller gartenkulturellen und landespflegerischen Aktivitäten darstellten. **DK**



Speziell für den Feuerwehreinsatz wurde auf der IAA 2004 ein Mercedes-Benz Atego Löschfahrzeug LF20/16 ausgestellt. Mit etwas mehr Beladung kann der Atego auch als Hilfeleistungslöschfahrzeug HLF20/16 geliefert werden. Damit wird der neue Mercedes-Benz Atego für sämtliche Baureihen der Feuerwehr wieder zur Verfügung stehen. Foto: DaimlerChrysler

Premiere auf der IAA 2004:

Mercedes-Benz Lkw Atego und Axor rundum neu

DaimlerChrysler setzt nach der erfolgreichen Erneuerung der Lkw Mercedes-Benz Actros seine Produktoffensive zügig fort: Weltpremiere haben im September 2004 anlässlich der IAA Nutzfahrzeuge 2004 in Hannover die neuen Mercedes-Benz Atego und die neuen Mercedes-Benz Axor.

Neue Technik vom Fahrgestell bis hin zu praxisorientierten Detaillösungen und längere Wartungsintervalle stehen für mehr Transportleistung und höhere Wirtschaftlichkeit. Die Fahrerinnen sind neu gestaltet und vermitteln mit dem markanten Kühlergrill jetzt einen einheitlichen Designauftritt über alle Mercedes-Benz Lkw-Baureihen hinweg. Ihr komplett neues Interieur zählt zu den herausragenden Merkmalen der neuen Mercedes-Benz Atego und Mercedes-Benz Axor: Sitze, Verkleidungen, Heizung und Belüftung sowie komfortable Betten im Fernverkehrs-Fahrerhaus sorgen für einen arbeitsgerechten Fahrerplatz und hohen Fahrkomfort.

Mit den neuen Lkw nimmt DaimlerChrysler gleichzeitig eine neue Zuordnung der Fahrzeugtypen zu den Baureihen in diesem Segment vor. Die Baureihe des neuen Mercedes-Benz Atego konzentriert sich vor allem auf den Verteiler- sowie leichten Bau- und Kommunalverkehr und einige spezielle Einsätze im Fernverkehr. Das Angebot umfasst zweischichtige Lkw und Sattelzugmaschinen von 6,5 t bis 15 t zulässigem Gesamtgewicht. Für den Antrieb werden Vier- und Sechszylinder-Reihenmotoren der Baureihe 900 mit 4,25 l, 4,8 l und 6,4 l Hubraum verwendet.

Leistungsstufen

Die Leistungsstufen reichen von 90 kW (122 PS) bis 205 kW (279 PS). Die Kraftübertragung übernehmen manuelle Mercedes-Benz-Schaltgetriebe mit sechs und neun Gängen. Einmalig in der Klasse leichter Verteiler-Lkw ist die optional erhältliche Teilligent-Schaltautomatik, die für einfachste Bedienbarkeit, höchstmögliche Wirtschaftlichkeit und ein großes Sicherheits-Plus vor allem im anspruchsvollen Kurzstreckenverkehr steht. **DK**

Diverse Cockpits

Einmalig ist die Wahlmöglichkeit unter drei unterschiedlichen Cockpits je nach dem individuellen Einsatz des neuen Lkw: Das „Verteiler-Cockpit“ mit einem leichten Durchstieg auf die Beifahrerseite, das „Fernverkehrs-Cockpit“ mit noch mehr Ablagen und einem Durchgang nach hinten in den Fahrerhaus und das „Komfort-Cockpit“.

Erfolg für Burghausen

Landesgartenschau-Konzept hat funktioniert

Am vergangenen Sonntag endete in Burghausen im Landkreis Altötting die Landesgartenschau 2004. Hochzufrieden zeigten sich die Veranstalter über die Resonanz der Ausstellung. Mit rund 900.000 Besuchern seien deutlich mehr als bei vergangenen Landesausstellungen gekommen. Auch wenn die Schau nun vorbei ist - zahlreiche Elemente werden erhalten bleiben.

Das dezentrale Konzept war das Erfolgsrezept für die Burghausener Landesausstellung, so der Veranstalter. Die neuen Ortsteile, die Altstadt und die Burg wurden durch die Gartenschau miteinander verbunden. So ergab sich für die Besucher ein besonders vielfältiges Programm. Diese Neuerung im Stadtbild Burghausens soll den Bürgern auch nach der Landesausstellung erhalten bleiben. Bürgermeister Hans Steindl hofft, dass die Bewohner der Salzach-Stadt die hinzugekommenen Grünflächen und Spielbereiche weiterhin gerne nutzen.

Besonders erfreut ist man über die zahlreichen Besucher aus weit entfernten Regionen. Nicht nur aus der näheren Umgebung seien die Menschen nach Burghausen gekommen, sondern vor allem auch aus Norddeutschland. Für Rathauschef Steindl ist das auch ein Indiz dafür, dass durch die Landesgartenschau der Bekanntheitsgrad der Salzachstadt erheblich gewachsen ist.

Burghausen ist die 12. Stadt in Bayern mit einer Landesgartenschau. In der Summe hat in den vergangenen 30 Jahren der Freistaat für seine Bürger rund 395 Mio. Euro an Zuschüssen und rund 210 Mio. Euro an zinsgünstigen Darlehen für rund 6800 innerstädtische Grünanlagen und Erholungseinrichtungen in der freien Natur bereitgestellt. **DK**

„Erst denken, dann sparen“

Als Landrat, so Nagler, sei es gewohnt, sparsam zu wirtschaften und er habe durchaus auch Verständnis für die Bemühungen der Staatsregierung um einen ausgeglicheneren Haushalt. Dies bedeute aber nicht, dass man auch auf höchster Ebene vor lauter Sparwillen vergisst, was man an negativen Auswirkungen provoziert, mahnte Nagler. „Erst denken, dann sparen“ müsse zum Grundsatz gemacht werden.

Für die Beibehaltung als Pflichtaufgabe hätten sich im übrigen auch der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Landkreistag und der Verband der Bayerischen Bezirke ausgesprochen.

Ebenso betonten der niederbayerische Regierungspräsident, Dr. Walter Zitzelsberger, der stellvertretende Bezirktagspräsident, Anton Jahrstorfer, der 1. Bürgermeister von Pfarrkirchen, Georg Riedl sowie die Landrätin des Kreises Rottal-Inn, Bruni Mayer, in ihren Grußworten die Wichtig-

Kinder begeistern

Schwerpunktthema der Versammlung war „Kinder für die Natur begeistern“. Deshalb hob Präsident Nagler besonders hervor, dass zum ersten Mal zu einer Jahrestagung die Redaktion der Kinder- und Jugendzeitschrift „Blattsalat“ aus dem Landkreis Lichtenfels eingeladen war. Außerdem freute sich Nagler, als Festrednerin Renate Halwart von der Umweltstation Weismain begrüßen zu können.

In ihrem Festvortrag griff diese auf ihren jahrelangen Erfahrungsschatz im Umgang mit Kindern und Jugendlichen zurück und leitete daraus einige wesentliche Punkte ab:

Aufgrund der weit verbreiteten Fremdsteuerung durch Medien und Konsumdruck müssten junge Menschen wieder dazu gebracht werden, die Natur mit allen Sinnen zu erleben und Freude an gemeinsamen Spielen und Lernen zu haben. Wegen der allgegenwärtigen Reizüberflutung sei der Blick vermehrt auf das Unscheinbare zu richten, damit auch dessen Wert

Kommunal Live am Hockenheimring

Gelegenheit zu Gesprächen, Testfahrten, Demonstrationen und Vergleichen mit Neuheiten und bewährten Kommunalfahrzeugen haben interessierte Besucher am 12. und 13. Oktober 2004. Aufbauhersteller mit über 150 Kommunalfahrzeugen finden sich auf dem Hockenheimring unter der Federführung von Mercedes-Benz zusammen, um den Fachbesuchern aus der Entsorgungs- und Kommunalfahrzeugbranche ihre Fahrzeuge vorzustellen.

Neben den fahrenden Produkten bietet dieser Branchentreff aber auch die Möglichkeit des Erfahrungsaustausches und es werden interessante Informationsforen zu verschiedensten Themen offeriert. Beispielsweise bieten Themen wie alternative Antriebskonzepte, Erfüllung der Abgasnorm 4 und 5 oder auch elektronische Schnittstellen „CAN-Open“ Ansatzpunkte zur Diskussion. Ein buntes Programm, vielseitige Produkte und vielversprechende Gespräche finden sicherlich breiten Anklang bei den Fachbesuchern. **DK**

Biotopverbund Natura 2000:

Stadt Bamberg strickt mit 605 ha am Biotopnetz mit

Für das europaweite Biotopnetz Natura 2000 wurden in der Stadt Bamberg zusätzlich zu den bereits im Jahr 2002 gemeldeten 9,4% der Stadtfläche (Hain, Bruderwald und Mainauen bei Bug) jetzt weitere 1,7% nachgemeldet. Dabei handelt es sich um den Regnitzlauf vom Münchner Ring bzw. Jahnwehrt bis zur südlichen Stadtgrenze sowie schmetterlingsreiche Wiesen um die Altenburg und am Michaelsberger Wald.

Damit werden insgesamt 605 ha Stadtfläche Teil des europaweiten Biotopnetzes Natura 2000 sein. Mit 11,1% bewegt sich Bamberg etwa im bayerischen Durchschnitt, wobei darin sowohl Landkreise als auch kreisfreie Städte eingehen. Bei den Städten führt Ingolstadt die Liste mit 14,3% an, gefolgt von Nürnberg (14,2%), Schweinfurt (13,4%) und Straubing (12,1%). Bamberg steht an 5. Stelle und ist damit in Oberfranken die Stadt mit dem größten Anteil am europäischen Biotopnetz (Bayreuth 2,9%, Coburg 10,0%, Hof 0%).

Deutliche Ergänzung

Bayern ergänzt den europäischen Biotopverbund um rund eine Viertelmillion Hektar Fläche, wie Umweltminister Werner Schnappauf vor dem Umweltausschuss des Bayerischen Landtages berichtete. Schnappauf: „Durch die Ergänzung bringt Bayern zusammen mit den bereits gemeldeten Natura 2000-Gebieten eine Gesamtfläche von rund 797.000 Hektar in den EU-Biotopverbund ein. Das entspricht 11,3 Prozent der Landesfläche Bay-

ern.“ Nachdem der Ministerrat die Meldekulisse beschlossen und Schnappauf im Landtag den zuständigen Umweltausschuss informiert, wurde die Meldung am 30. September 2004 fristgerecht an die EU weitergeleitet.

Spürbare Veränderungen

Die Meldekulisse hatte im Dialogverfahren, das vom 25. Juni bis 6. August durchgeführt worden war, noch spürbare Veränderungen erfahren. So wurden 70 Prozent der FFH-Gebiete und 88 Prozent der Vogelschutzgebiete neu zugeschnitten. Rund 16.100 Hektar fachlich nicht erforderlicher Privatflächen wurden aus der Nachmeldung herausgenommen; im Gegenzug wurden auf Vorschlag vor allem der Staatsforstverwaltung, aber auch von Kommunen und Verbänden rund 7.100 Hektar ergänzt. Nach Abschluss des Dialogverfahrens umfasst die Nachmeldung rund 162.000 Hektar FFH-Gebiete und 173.000 Hektar Vogelschutzgebiete. Unter Berücksichtigung aller Flächenüberlagerungen bedeutet dies eine Netto-Ergänzung um rund 240.000 Hektar. **DK**



BUGA-Baustellenfest - auch ohne Sonne ein Vergnügen

Wetterfest, gut ausgerüstet und bestens gelaunt sind die Gäste der BUGA 05. Knapp 15.000 kamen und ließen sich trotz des nasskalten Wetters den Spaß am Baustellenfest auf dem Gelände der Bundesgartenschau München 2005 in der Messestadt Riem nicht verderben. „Wir heben ab“ lautete das Motto des Baustellenfestes, das zum letzten Mal vor der Eröffnung der BUGA 05 am 28. April 2005 die Gelegenheit bot, einen Blick hinter den Bauzaun zu werfen. Hep Monatzedler, die Geschäftsführer der BUGA 05, Andrea Gebhard und Hanspeter Faas, sowie der Präsident des Zentralverbandes Gartenbau (ZVG), Karl Zwermann hatten das Fest mit einem Rundgang eröffnet. **DK**

Linienbus in Richtung Zukunft

Einsatz von digitalem Bündelfunk in der Verkehrsleittechnik für den ÖPNV

Ein stetig steigendes Verkehrsaufkommen - insbesondere in Städten und Ballungsräumen - stellt Kommunen und Verkehrsplaner vor neue Herausforderungen. Der Bau neuer leistungsfähiger Straßen und Schienenwege schafft vorübergehend Abhilfe, doch langfristig lässt sich die Verkehrsbelastung nur durch die effektivere Nutzung bereits vorhandener und neuer Verkehrswege in sinnvolle Bahnen lenken. Ein wichtiger Ansatz im Öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV) ist die optimale Auslastung der Verkehrswege und des Fuhrparks, um öffentliche Verkehrsmittel wirtschaftlicher und für die Fahrgäste attraktiver zu machen. Dazu gilt es Taktfahrpläne mit günstigen Anschlusszeiten einzuführen, die Fahrgastinformation zu verbessern und insgesamt den Verkehrsfluss zu beschleunigen. Intelligente Systeme, die heute bereits zur Verfügung stehen, leisten hierzu einen entscheidenden Beitrag.

Im öffentlichen Verkehr erfolgt die Kommunikation des Fahrpersonals untereinander sowie zwischen Leitstelle und Fahrpersonal über Funk. Die dabei derzeit verwendete Analogtechnik ist dem gestiegenen Bedarf an Leistungsmerkmalen nicht mehr gewachsen. Gleichzeitig schließt die Industrie eine Weiterentwicklung der Analogtechnik wegen der besseren Entwicklungsmöglichkeiten im Digitalbereich aus.

Bundesweite Bemühungen

Aus diesem Grund laufen in Deutschland in mehreren Bundesländern Anstrengungen, um in den Verbundräumen digitale Bündelfunktechnik für den ÖPNV einzuführen. Damit sollen der uneingeschränkte Datenaustausch und die Sprachkommunikation zwischen den Verkehrsbetrieben, die vereinfachte Kommunikation mit Dritten etwa bei Notfällen und die Steuerung von technischen Anlagen ermöglicht werden. Letzteres betrifft unter anderem die Lichtsignalsteuerung für Bus, Tram und Bahn sowie moderne Fahrgastinformationssysteme.

Procedere

Alle nötigen Daten zur Beschleunigung des ÖPNV werden von einem rechnergesteuerten Betriebsleitsystem (RBL) koordiniert. Über ein digitales Funknetz, das tragender Systemteil eines RBL ist, wird die Verbindung zwischen der orts-

festen zentralen Struktur und den mobilen Elementen in den Fahrzeugen oder den Funkkomponenten entlang der Strecken hergestellt. Die Qualitätsparameter des Mediums Funk bestimmen maßgeblich die Effizienz und Wirksamkeit des RBL, das komplexe Prozesse im ÖPNV regeln muss. Aus diesem Grund empfiehlt sich der Einsatz digitaler Bündelfunktechnik in RBL-Systemen.

Zwei Standards, ein Ziel

In Europa bestehen derzeit zwei digitale Bündelfunksystemstandards, TETRA und Tetrapol, die den Ansprüchen an ein umfassendes Kommunikationssystem im ÖPNV in unterschiedlicher Weise genügen. Sie bieten unter anderem eine leistungsfähige Sprach- und Datenübertragung, gesicherte Notrufabwicklung und Abhörschutz. Beide Systeme sind jedoch weder miteinander kompatibel, noch aus einem analogen Betriebs- oder Bündelfunksystem direkt zugänglich. Zwar kann ein Übergang vom analogen zum digitalen Funk bzw. zwischen den beiden digitalen Systemen auf Festnetzebene erreicht werden, hier gehen jedoch Leistungsmerkmale verloren.

TETRA ist die Bezeichnung für „Terrestrial Trunked Radio“ und ein gesamteuropäischer Standard für digitale Bündelfunksysteme. Mehrere namhafte Hersteller von Mobilkommunikationsgeräten haben ge-

meinsam mit dem europäischen Normierungsinstitut für Telekommunikationsstandards ETSI (European Telecommunications Standards Institute) einen unabhängigen Standard entwickelt, der bei der Zusammenarbeit verschiedener öffentlicher Einrichtungen, wie Polizei und Rettungswesen, Interoperabilität gewährleisten soll. Der TETRA-Standard ist herstellerunabhängig, somit können Endgeräte eines TETRA-Netzes von verschiedenen Herstellern stammen. Zwischen verschiedenen TETRA-Netzen sind zudem Kommunikation und Datentransfer möglich.

Tetrapol

Tetrapol hingegen ist ein unternehmensspezifischer Standard für digitale Bündelfunksysteme, der von der französischen Firma Matra entwickelt wurde und nicht dem europäischen Standard entspricht. Ursprünglich wurde Tetrapol für die französischen Sicherheitskräfte konzipiert.

Wachsender Bedarf für digitale Bündelfunktechnik im ÖPNV

In Europa wird der TETRA-Standard zukünftig von London Underground Limited, der Metro Kopenhagen, den Verkehrsbetrieben in Prag und in Zagreb sowie der Metro in St. Petersburg genutzt. Was den aktuellen Stand in Deutschland betrifft, so wird der digitale Funk auf Basis des TETRA-Standards in einem Pilotversuch von den BOS (Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben) der Region Aachen grenzüberschreitend getestet.

Erheblicher Aufwand

Anwendungen im ÖPNV befinden sich in den deutschen Bundesländern weitgehend in der Planungs- oder Vorbereitungsphase. Die Umrüstung

von Analogtechnik auf Digitaltechnik erfordert einen erheblichen finanziellen Aufwand und einen tief greifenden Wandel in der technischen Infrastruktur der Verkehrsunternehmen. Nicht nur die Fahrzeuge und innerbetrieblichen Anlagen wie Leitstelle, Betriebshöfe und Werkstätten müssen umgerüstet werden, sondern auch die bereits eingerichtete Steuerungstechnik zur Beschleunigung des ÖPNV und für die dynamischen Fahrgastinformationssysteme. Während die betrieblichen Vorteile sofort wirksam werden, entstehen Kosteneinsparungen erst im Laufe der Zeit, da ein erheblicher Teil der Aufwendungen für die Instandhaltung der analogen Technik entfällt.

Völlige Kontrolle

Die betrieblichen Vorteile eines Digitalfunk-basierten RBL-Systems beginnen bei der Verkehrsplanung. So bietet beispielsweise ein auf dem TETRA-Standard aufgebautes System die Möglichkeit, die digital erfassten Verkehrsdaten als umfassende Planungsgrundlage zu nutzen. In den Leitstellen der Verkehrsverbünde sorgt der Datenaustausch in Echtzeit dafür, dass im täglichen Betrieb ständig die volle Kontrolle über die Verkehrssituation besteht und die Entstehung von Engpässen frühzeitig erkannt wird. Durch die Nutzung von Echtzeit-Daten ist natürlich auch ein effektiveres Flottenmanagement möglich. Die Fahrgäste profitieren zudem von genaueren Informationssystemen, die in den ständigen Datenaustausch zwischen Fahrzeugen und Leitzentrale

integriert sind.

Entscheidend für die reibungslose Einführung der digitalen Bündelfunktechnik im ÖPNV ist die Unterstützung durch anerkannte Technologiepartner. Die Deutsche Telekom Network Projects & Services bietet die Systemintegration professioneller Mobilfunk-Lösungen sowie dazugehörige Services und Dienstleistungen schwerpunktmäßig entsprechend dem TETRA-Standard an. Dabei kann die Unternehmenstochter auf das Potenzial des Telekommunikationskonzerns als führender Bündelfunk-Dienstleister am Markt zurückgreifen. Die von der Network Projects & Services angebotenen Komplettlösungen umfassen die gesamte Wertschöpfungskette von der Planung, der Realisierung, dem Service bis zum Betrieb. Neben der Funktion als Ansprechpartner für Kunden übernimmt die Network Projects & Services die komplette Vermarktung standardisierter Bündelfunk-Produkte und die Integration bestehender Standardprodukte des Konzerns zu kundenspezifischen Lösungen.

Umfassendes Portfolio

Dank des umfassenden Portfolios kann die Network Projects & Services auch die Rolle als Vermittler zwischen den Verkehrsverbänden als Kunden und auf der anderen Seite den Systemherstellern, Softwareentwicklern, Behörden und Verbänden wahrnehmen. Eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten ist letztlich auch entscheidend für die erfolgreiche Einführung einer zeitgemäßen und zukunftswei-

Flughafen München:

Weitere Bestmarken

Der Flughafen München II hat im Jahr 2003 mit einem Fluggastaufkommen von 24,2 Millionen einen Passagierzuwachs von über vier Prozent erreicht und ist damit vom neunten auf den achten Platz unter den passagierstärksten Airports Europas gerückt. Dies ist dem jetzt vorliegenden Geschäftsbericht der Flughafen München GmbH (FMG) zu entnehmen.

Mit 343027 Starts und Landungen im gewerblichen Luftverkehr und einem Luftfrachtaufkommen von insgesamt knapp 247.000 Tonnen erreichte der Flughafen München im vergangenen Jahr weitere Bestmarken in der Verkehrsstatistik. In ihrem Wirtschaftsergebnis verzeichnet die FMG für das Jahr 2003 Gesamterlöse in Höhe von 593 Mio. Euro. Das Jahresergebnis, ein Minus von 51 Mio., ist vor allem auf die enorme Kostenbelastung im Zusammenhang mit dem Flughafen- ausbau zurückzuführen.

Durch die Inbetriebnahme des Terminal 2 im Juni 2003 konnte die Passagierkapazität des Airports von 25 auf 50 Millionen Fluggäste verdoppelt werden. Gleichzeitig wurde die Inbetriebnahme des Terminal 2 für eine Neuordnung der Passagier- und Verkehrsströme genutzt.

Von den frei gewordenen Flächen im Terminal 1 profitierten wiederum die rund 80 Airlines, denen das modular strukturierte Abfertigungsgebäude optimale Bedingungen für die Abwicklung des sog. Punkt-zu-Punkt-Verkehrs bietet. **DK**

Vorbildliches Kreisstraßen-Netz

Tagung der Tiefbauamts-Leiter der niederbayerischen Landkreise in Ergolding

Der Bau und der Unterhalt von leistungsfähigen Kreisstraßen ist nach den Worten von Landshuts Landrat Josef Eppeneder eine herausragende Wirtschaftsförderungsmaßnahme. Wie Eppeneder bei einer Tagung der Arbeitsgemeinschaft der Tiefbauämter der Landkreise Niederbayerns in Ergolding betonte, sind die Straßen die Lebensadern der Marktwirtschaft. Die Tiefbauämter seien „effektiv und schlagkräftig organisiert“, lobte Eppeneder: Sie arbeiteten rationell und mit geringer Personalstärke. Dies schließe aber nicht aus, dass durch Kooperationen weitere Verbesserungen ermöglicht werden, betonte Eppeneder.

Der Leiter der Tiefbauabteilung, Matthias Huber, hieß zu diesem Treffen Kollegen aus allen Teilen Niederbayerns sowie Direktor Dieter Jung vom Bayerischen Landkreistag willkommen. Huber, der zugleich Sprecher der Arbeitsgemeinschaft niederbayerischer Tiefbauamtsleiter ist, freute sich, gemeinsam mit Landrat Eppeneder darauf verweisen zu können, dass der Landkreis Landshut über ein Netz von rund 500 Kilometern von „zumeist bestens ausgebauten Kreisstraßen“ verfügt.

Konzept „SM 21“

Im Mittelpunkt der Arbeitstagung stand ein unter der Bezeichnung „SM 21“ von der Obersten Baubehörde im bayerischen Innenministerium vorgestelltes Konzept. Das „SM 21“ enthält Modelle für eine künftige Zusammenarbeit der Kreisstraßen-Verwaltun-

gen mit den staatlichen Straßenbauämtern. Grundlage dieser Modelle ist ein zentralistischer Ansatz. Nach den Vorstellungen der Obersten Baubehörde soll stets die staatliche Straßenbauverwaltung das Sagen haben. Argumentiert wird damit, dass Entscheidungen für das gesamte Straßennetz nur durch Konzentration der Zuständigkeiten in einer Hand gewährleistet werden könnten.

In gleicher Augenhöhe

Dies sieht man freilich in den Landkreisen völlig anders. Während auf bayerischer Ebene mit dem Konzept „SM 21“ noch nachgedacht werde über Wege zu Kostenreduzierung und Personalabbau bei gleichzeitiger optimaler Ausgestaltung des Straßennetzes, seien diese Vorgaben auf Landkreis-Ebene längst verwirklicht. Von der Ausstattung und von der Organisation her wären viel-

mehr die größeren bayerischen Landkreise - ganz besonders in Niederbayern - sehr wohl in der Lage, die Betreuung des Staatsstraßen-Netzes zu übernehmen, sofern die finanzielle Ausstattung gesichert werde, war die einhellige Meinung der versammelten Tiefbau-Experten. Dadurch könnten Kosten eingespart und wirtschaftliche Erfolge erzielt werden. Auch Landrat Eppeneder unterstützte, wie er ausdrücklich feststellte, die Forderung, dass Landkreise und Staatsstraßen-Verwaltung die Lösung anstehender Straßenbau-Probleme „in gleicher Augenhöhe“ und gemeinsam bewältigen müssten.

Kooperation Hand in Hand

Ein weiterer wichtiger Beratungspunkt war die Frage, wie benachbarte Landkreise besser Hand in Hand arbeiten können: Größere Landkreise, so die Meinung der Tiefbauamts-Leiter, sollten den kleineren Landkreisen bei bestimmten Arbeiten helfen, zum Beispiel bei Mäharbeiten oder beim Winterdienst. Durch diese Kooperationen könnten wiederum Kosten eingespart und wirtschaftliche Erfolge erzielt werden. **DK**

E.ON Facility Management:

Public Private Partnership mit Leben erfüllen

Die Zusammenarbeit von privaten Dienstleistern und der öffentlichen Hand ist derzeit in ganz Europa ein stark diskutiertes Thema. Public Private Partnership Modelle (PPP) sind somit nur im Bereich des öffentlichen Hochbaus der Bundesrepublik auf dem Vormarsch. Öffentlich-private Partnerschaften gewinnen zunehmend an Bedeutung, denn durch eine langfristig angelegte Zusammenarbeit können öffentliche Hochbauvorhaben effizienter realisiert werden als bisher.

Ein von der Bundesregierung vorgestelltes Gutachten zeigt anhand einer Vielzahl von unterschiedlichen Projekten, dass mit PPP-Modellen Effizienzgewinne in einer Größenordnung von 10 bis 20 Prozent realisiert werden können. Besondere Bedeutung kommt hierbei dem gesamten Lebenszyklus einer Baumaßnahme zu - vor allem um die so wichtige Betriebsphase, die ca. 80 Prozent der Gesamtkosten über den Lebenszyklus ausmacht. Der Lebenszyklusansatz stellt zudem komplexe Anforderungen, auf die sich alle Beteiligten einstellen müssen.

Was ist PPP?

Der Begriff Public Private Partnership bezeichnet eine Summe unterschiedlicher Gestaltungsformen der Zusammenarbeit zwischen privaten Unternehmen und der öffentlichen Hand, insbesondere der kommunalen Seite zur Verwirklichung öffentlicher Zwecke. Neben den klassischen Organi-

sations-, Finanzierungs- und Kooperationsmodellen sind insbesondere Betreibermodelle, Leasinggestaltungen und Projektfinanzierungen von großem Interesse.

Betreibermodell

Bei einem Betreibermodell werden die Planung, der Bau, die Finanzierung sowie der Betrieb einer kommunalen Infrastruktureinrichtung durch einen oder mehrere private Investoren durchgeführt. Die Nachfrage lässt darauf schließen, dass die Entwicklung prozessorientierter Lösungen mit umfangreichem Service inklusive Bewirtschaftung, die den individuellen Nutzerbedürfnissen voll entsprechen, ansteigen wird.

Neben den klassischen Planungs- und Realisierungsaufgaben von Wohn-, Gewerbe-, Industrie- und Spezialimmobilien, gewinnt die Übernahme der ganzheitlichen Betreuungsaufgabe über den gesamten Lebenszyklus mehr und mehr an

Bedeutung. Diesen ganzheitlichen Ansatz verfolgend, müssen die Facility Management Anforderungen und weitere Sonderthemen bereits in der Planungsphase integriert werden. Die Sicherstellung dieser Anforderungen kann nur durch die Wahrnehmung des Generalmanagements verfolgt werden, letztendlich werden die

Lebenszykluskosten maßgeblich durch die rechtzeitige Integration der Betreiberanforderungen und der Nutzeranforderungen beeinflusst. Als Maxime für den zukünftigen Bau von öffentlichen Hochbauten gilt neben der Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit auch die Erreichung höchstmöglicher Qualität.

Vertrauen als Erfolgsbasis

Der Erfolg von PPP wird auch maßgeblich davon abhängen, dass die Partnerschaft mit Leben erfüllt wird, denn Vertrauen ist die Basis für den Projekterfolg.



Bayerischer Abend in der Schloßberg-Halle in Starnberg anlässlich des Besuchs der Franzosen. Auf der Bühne spielt 1. Bürgermeister Ferdinand Pfaffinger Akkordeon.

Städtepartnerschaften brauchen eine breite Basis

Es gibt fröhliche Augenblicke und manchmal auch traurige, das ist der Charakter einer Freundschaft. Unter diesem Motto währt die Städtepartnerschaft zwischen Starnberg und dem französischen Küstenstädtchen Dinard (Bretagne) seit nunmehr 27 Jahren. „Man muss viel guten Willen haben und darf sich auch von Misserfolgen nicht abschrecken lassen“, erklärte die Vorsitzende des Partnerschaftsvereins „Freund von Dinard“, Angelika Galata, am Rande des jüngsten Besuchs der Delegation aus Dinard.

Insgesamt 84 Franzosen hatten die beschwerliche Reise von mehr als 1300 Kilometern auf sich genommen, um gemeinsam mit ihren Starnberger Freunden zu essen, zu feiern und Ausflüge in die Region zu genießen. Nach ihrem dreitägigen Aufenthalt zogen die Franzosen ein rundum positives Fazit. „Wir sind verwöhnt worden, wie Kinder an Weihnachten“, sagte Alain Baert, der Vorsitzende des Partnerschaftsvereins „Les amis de Starnberg“.

Dass die Partnerschaft zwischen den beiden Städten so viele Jahre überstand, ist natürlich den Menschen zu verdanken, den Vereinen und Verbänden, aber auch dem persönlichen, herzlichen Verhältnis der Bürger untereinander. „Unsere Partnerschaft funktioniert nur deshalb so gut, weil sie von den Menschen unserer Städte getragen wird“, sagte einmal Starnbergs Bürgermeister Ferdinand Pfaffinger.

Politischer Wille

Grundvoraussetzung für eine Städtepartnerschaft ist aber der politische Wille. Diesen hatte der ehemalige Starnberger Bürgermeister und Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, Heribert Thallmair, zusammen mit seinem Dinarder Amtskollegen Yvon Bourges - trotz starker Bedenken, weil zu viele schreckliche Ereignisse Jahrhunderte lang das Schicksal von Franzosen und Deutschen überschattet hatten. Ein weiterer Grund, dass der Gedanke der Städtepartnerschaft zunächst nur sehr zögerlich aufgenommen worden ist, war die große Entfernung. Dennoch - aus der Städtepartnerschaft wurde Freundschaft. Sie wurde von unzähligen Begegnungen geprägt, wie gegenseitige Besuche im jährlichen Wechsel, Schüler- und Praktikantenaustausch, gemein-

same Konzerte, Fußballfreundschaftsspiele oder Französische Woche in Starnberg sowie Bayerische Gastronomietage in Dinard. Als Symbol für den Zusammenhalt der Völker stellten die Starnberger in vergangenen Jahren einen Maibaum in Dinard auf und den Fotowettbewerb gewann die Starnbergerin Regina Welk.

Die langjährige Beziehung ist aber auch dem persönlichen Engagement von Thallmair und seinen Mitstreitern zu verdanken. Im Laufe der Jahre wurde Thallmair zum Ehrenbürger von Dinard sowie Ehrenmitglied des Partnerschaftsvereins und macht heute noch regelmäßig Urlaub an der Smaragdküste. Die Städtepartnerschaft hat nicht nur wirtschaftliche und politische Veränderungen überlebt, sondern auch manche Rückschläge. So wurde beispielsweise kurzfristig ein Jugendcamp abgesagt, in das das Starnberger Jugendamt und der Partnerschaftsverein viel Engagement investiert hatten.

Nicht entmutigen lassen

„Es war wie ein Schlag in die Magengrube“, erzählt Galata. Aber man dürfe sich nie entmutigen lassen, sondern müsse es einfach noch mal versuchen. Ziel sei, Nachwuchs aus dem Kreis der Schüler zu gewinnen, die über entsprechende Sprachkenntnisse verfügen und darüber hinaus angenehme Erinnerungen mit den Aufenthalten verbinden. Der derzeitige Starnberger Partnerschaftsreferent Josef Huber ist der Meinung, dass bei einer Städtepartnerschaft nur die Politik gefragt ist, um Gelder bereit zu stellen und der Freundschaft eine offizielle Plattform zu geben. Unterstützt von dem EU-Parlamentarier Alexander Radwan versucht er derzeit finanzielle Mittel aus dem EU-Fonds zu erhalten. Sylvia Böhm-Haimel

E.ON Bayern verlieh Kulturpreis Ostbayern 2004

Fünf Künstler aus Niederbayern, Oberbayern und der Oberpfalz wurden in Regensburg mit dem Kulturpreis Ostbayern der E.ON Bayern AG ausgezeichnet. Preisträger sind der Musiker Heinz Grobmeier aus Haag in Hemau, der Medienkünstler Hans Kotter aus Mühldorf/Berlin, der Maler und Holzschneider Peter Lang aus Gleißenberg, der Tenor Hubert Nettinger aus Landshut und der Holzschneider Konrad Schmid aus Pocking.

Der Kulturpreis Ostbayern gehört zu den bedeutendsten kulturellen Auszeichnungen in Niederbayern, Oberbayern und der Oberpfalz und wurde von E.ON Bayern in diesem Jahr als Förderpreis vergeben. Er ist mit jeweils 4.200 Euro dotiert. Nach einem Grußwort des Regensburger Bürgermeisters Gerhard Weber sprachen als Laudatoren für die Künstler der Regierungsvizepräsident von Oberbayern, Dr. Wolfgang Kunert, der Regierungspräsident der Oberpfalz, Dr. Wilhelm Weidinger, und der Regierungspräsident von Niederbayern, Dr.

Walter Zitzelsberger, zu den über hundert Gästen mit hochrangigen Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Kunst, Kultur und Wissenschaft.

Eine gemeinsame Ausstellung von Hans Kotter, Peter Lang und Konrad Schmid im Lichthof der E.ON Bayern-Regensburger Bürgermeisters Gerhard Weber sprach als Laudatoren für die Künstler der Regierungsvizepräsident von Oberbayern, Dr. Wolfgang Kunert, der Regierungspräsident der Oberpfalz, Dr. Wilhelm Weidinger, und der Regierungspräsident von Niederbayern, Dr.

Verpartnerte und verheiratete Tarifbeschäftigte:

Münchner Rathaus-SPD sorgt für Gleichstellung

Angestellte und Arbeiter der Landeshauptstadt München, die in eingetragener Lebenspartnerschaft leben, erhalten künftig denselben Orts- oder Sozialzuschlag wie Verheiratete. Dies gilt auch für den kinderbezogenen Anteil des Ortszuschlags. Das beschloss auf Antrag der Rathaus-SPD der Personal- und Organisationsausschuss.

Damit setze München schnell das Bundesarbeitsgerichtsurteil vom 29. April 2004 um und bringe die Gleichstellung von Lesben und Schwulen weiter voran, so die Initiatorinnen und SPD-Stadträtinnen Christine Strobl und Irene Schmitt. Jetzt sei die CSU-Landesregierung aufgefordert, bei den Tarifbeschäftigten des Freistaats nachzuziehen. Gleichzeitig müssten per Bundesgesetz verpartnerte und verheiratete Beamte gleichgestellt werden.

Christine Strobl, Fraktionsvizein und Korreferentin im Personal- und Organisationsreferat: „Natürlich müssen auch die städtischen Eigenbetriebe bei Orts- und Sozialzuschlag eingetragene Partner und Verheiratete gleichstellen. Und auch von den Beteiligungsgesellschaften - von den Stadtwerken bis zum Tierpark - erwarten wir, dass sie entsprechen verfahren.“

Irene Schmitt, lesben- und schwulenpolitische Sprecherin: „Das Urteil des Bundesarbeitsgerichts ist wegweisend für die Gleichstellung von Lesben und Schwulen. Im Bundesangestelltentarif werden sie nun wie Verheiratete eingestuft. In München setzen wir das sofort um. Und wir freuen uns, dass dies auch der Kommunale Arbeitgeberverband Bayern den Städten und Gemeinden empfiehlt.“

„Das große Rasenstück“ beginnt zu wachsen

Zentrales Kulturprojekt der WM-Stadt Nürnberg vorgestellt

Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly und Kulturreferentin Prof. Dr. Julia Lehner haben die Pläne für das zentrale Projekt der WM-Stadt Nürnberg vorgestellt: die Open-Air-Ausstellung „Das große Rasenstück“. Albrecht Dürers gleichnamiges Meisterwerk von 1503 steht Pate für eine Reihe von kulturellen Veranstaltungen und Installationen, die Nürnberg anlässlich der WM ergrünen lassen sollen.

„Rund um den Ball, um das Phänomen Fußball und natürlich den Fußballrasen, wird eine ganze Menge gemacht werden. Das große Rasenstück bietet sich dabei als ein Alleinstellungsmerkmal für Nürnberg geradezu an“, so Maly. Einen Vorgeschmack auf das „große Rasenstück“ wird es bereits auf der Bundesgartenschau 2005 in München geben, an der sich die WM-Stadt Nürnberg mit einem Rasenstück beteiligen wird.

Eroberung der Stadt

Anlässlich der FIFA Fussball-Weltmeisterschaft 2006 soll der Rasen in einer großen Open-Air-Ausstellung die Stadt erobern. „Wir wollen ein ganz großes Rasenstück über Nürnberg ausbreiten“, verspricht Kulturreferentin Prof. Dr. Julia Lehner. Auf einer Strecke, die von der Burg über die Alt- und die Südstadt bis hin zum Stadion führt, sollen internationale

und lokale Künstler ihre Gedanken zu den Themen Rasen, Albrecht Dürer und Nürnberg in Installationen darstellen. Das Projekt begeistert auch den Deutschen Fußball-Bund. Er unterstützt dieses Nürnberger Vorhaben nun mit 250.000 Euro.

Hervorragende Arbeit

Nur vier weitere Ausstellungen werden deutschlandweit durch den DFB und die DFB-Kulturstiftung gefördert. Auch Christoph Karbacher vom Münchner Organisationskomitee der FIFA und Koordinator für kulturelle Betreuung der zwölf WM-Städte war voll des Lobes: „Die Organisatoren in Nürnberg haben hervorragende Arbeit geleistet und sich wie keine andere WM-Stadt auf ihr zentrales Kulturprojekt vorbereitet. Wenn so weitergemacht wird, kann Nürnberg mit seinem ‚großen Rasenstück‘ noch unverwechselbarer werden.“ DK



Bürgermeister Helmut Krämer (2.v.r.) und Tourismus-Chef Franz-Xaver Bauer (2.v.l.) freuen sich mit den Bürgermeistern und Landratsamtsvertretern über die gelungene Aktion.

Radwegevernetzung zwischen drei Landkreisen

In Neudorf, Markt Heiligenstadt, trafen sich die Bürgermeister Helmut Krämer (Heiligenstadt), Johann Kalb (Buttenheim), Johann Bäuerlein (Aufseß) sowie der Geschäftsführer der Tourismuszentrale Fränkische Schweiz, Franz Xaver Bauer und Vertreter der Landratsämter Bamberg, Bayreuth und Forchheim, um die realisierte Vernetzung von Radwanderwegen im Kreuzungspunkt dreier Landkreise als weiteres gelungenes Beispiel landkreisübergreifender Kooperation zu würdigen.

Hintergrund der Vernetzungsaktion war die bislang ungenügende Verbindung der auf Landkreisebene ausgewiesenen Radwege untereinander. Dass es nunmehr gelungen ist, die einzelnen Radwege auch mit einer einheitlichen Beschilderung zu verbinden, freute die Anwesenden besonders. „Unsere Urlaubsgäste in der Region orientieren sich weder an Landkreisen noch Gemeindegrenzen, weshalb eine Vernetzung der Radwegeangebote dringend erforderlich wurde“, so der einheitliche Tenor der drei Bürgermeister. Das erweiterte Wegenetz erlaubt es nun den Radtouristen, die vorhandenen Radwanderwege miteinander zu kombinieren und individuelle Touren zusammenzustellen. Die Bürgermeister waren sich einig, dass das Radwanderangebot in der Fränkischen Schweiz eine zusätzliche Aufwertung erfahren hat. Im Raum Heiligenstadt,

Buttenheim, Aufseß und Wiesenttal können die Radler nunmehr problemlos von einer Landkreisebene auf die andere wechseln - die neue einheitliche Beschilderung mit Hinweisen zu den Nachbarorten macht es möglich.

Franz-Xaver Bauer, Leiter der Tourismuszentrale in Ebermannstadt, unterstützte diese Aktion, die auf Initiative von Bürgermeister Helmut Krämer gestartet wurde und auf oberfränkischer Ebene ein Pilotprojekt ist. Mit der Verbindung der Radwege ist für Radwanderer ein noch attraktiveres Wegenetz entstanden.

Krämer wies erneut auf die Bedeutung der Radtouristen für die einheimische Wirtschaft hin: „Wir sind auf dem richtigen Weg, unsere Radwanderangebote auf dem Markt noch besser zu positionieren“, so der Bürgermeister.

GZ-Zukunftswerkstatt öffentliche Verwaltung am 19. 10.:

„Virtuelle Behörde“ direkt neben der Systems

Das ganze Behörden-Spektrum an einem Tag
Service der Gemeindezeitung für Bayerns Kommunen

Als besonderen Service für die Entscheidungsträger und EDV-Fachleute aus Bayerns Kommunen und Behörden bietet die GZ in diesem Jahr anlässlich der SYSTEMS 2004 am 19. Oktober 2004 ab 9:00 Uhr in der historischen Wappenhalle in unmittelbarer Nähe des Westeingangs der Münchner Messe eine Spezialveranstaltung für den öffentlichen Bereich an.

„Wir laden alle Vertreter aus Kommunen und Behörden sehr herzlich ein, bei uns die Spezial-Informationen für unsere besondere Zielgruppe abzurufen“, erklärte GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel im Vorfeld der Systems. „Unser Angebot, das in der Tradition unseres Klassikers 'Zukunftswerkstatt öffentliche Verwaltung - Die virtuelle Behörde' steht, bietet einen Überblick über aktuelle IT-Trends im Behördenumfeld. In der Ausstellung präsentieren unsere Partner aus der Wirtschaft spezielle Behördenlösungen. Fachvorträge und Berichte aus der Praxis sowie Gespräche mit Experten runden das Angebot ab. Ein Messerouter der GZ informiert über ausgewählte Behörden-Partner auf der SYSTEMS.“

Die Vorträge befassen sich u. a. mit:

- ☞ Sicherheit
- ☞ GIS
- ☞ eGovernment in Bayern- eine

Zwischenbilanz

- ☞ Der Weg ins Neue Kommunale Finanzwesen (NKF)
- ☞ Informations- und Wissensmanagement
- ☞ Personalwirtschaft für den öffentlichen Dienst

Eine Liste unserer Aussteller steht ab dieser Woche im Internet. Außerdem bieten wir:

- ☞ Speziellen Kommunal- und Behördenservice
- ☞ Komplettes Behörden-Spektrum an einem Tag
- ☞ Ausstellung unserer Partner
- ☞ Vorträge und Berichte aus der Praxis
- ☞ Gespräche und Diskussionen mit Experten
- ☞ Messefrühstück,
- ☞ Messebrotzeit
- ☞ Meeting-Point
- ☞ Relax-Zone
- ☞ Messerouter zu ausgewählten Behörden-Partnern für die SYSTEMS

Informationen stehen ab dieser Woche auf der GZ-Website www.gemeindezeitung.de. Die

Einladung erfolgt über eMail. Deshalb bitten wir die Gemeinden, die eingeladen werden wollen, sehr herzlich darum, die aktuellen Mail-Adressen an info@gemeindezeitung.de zu senden.

Für die Praxis in den Kommunalverwaltungen:

Ganzheitliche Lösungen

Altdorfer EDV-Unternehmen Komuna verdoppelte in knapp drei Jahren Mitarbeiterzahl

„Schuster bleib bei Deinem Leisten.“ Das alte Sprichwort sehen viele als Hemmschuh an, über ein angestammtes Gebiet hinaus tätig zu werden, auf dem man Experte ist. Dass man das Sprichwort auch als motivierende Handlungsanleitung betrachten und ein Erfolgskonzept darauf aufbauen kann, macht der rasante Aufschwung der Altdorfer EDV-Beratungsfirma Komuna deutlich: Die Firma hat unter der Leitung ihrer Geschäftsführer Ludwig Atzberger und Franz Fuchs ausgewiesene Experten „aus zwei Welten“ zusammengeholt - aus der Computerbranche und den Kommunalverwaltungen.

Gemeinsam erarbeiten die Experten ganzheitliche, maßgeschneiderte EDV-Lösungen für Kommunen. Mit dem Ergebnis, dass die Firma heute in Bayern bereits einen Marktanteil von 40 Prozent hat.

Landrat Josef Eppeneder und der Wirtschaftsreferent des Landkreises, Albrecht Alram, zeigten sich bei einem Besuch in der Firma sehr beeindruckt von den Leistungen und der Erfolgsgeschichte des EDV-Unternehmens, das auch zahlreiche Gemeinden im Landkreis Landshut als Kunden hat. Josef Schofer, der Bürgermeister der Marktgemeinde, war ohnehin voll des Lobes über die Firma, die seit 1995 am Markt ist und derzeit 37 Mitarbeiter zählt.

Ein Glücksfall

Die Ansiedlung der Komuna-GmbH am Nordrand von Altdorf vor drei Jahren sei für die Kommune ein Glücksfall gewesen, betonte der Bürgermeister. Seit der Verlegung des Betriebszentrums von Komuna habe die Gemeinde „diesen Betrieb als guten Gewerbesteuerzahler erlebt“, sagte er. Die Marktgemeinde und auch er persönlich hätten sich stark für diese Ansiedlung engagiert, führte der Bürgermeister aus.

„In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit brauchen wir Gewerbetreibende, die den Mut haben, in die Zukunft zu investieren“, unterstrich Schofer. Es freue ihn, dass der Erfolg den tatkräftigen Firmenchefs Recht gebe. Das sehen auch Landrat Eppeneder und Wirtschaftsreferent Alram so, denen vor allem die klaren Ausführungen gefielen, die Geschäftsführer Ludwig Atzberger über die Firmenphilosophie machte, über die Ziele des Unternehmens und die Wege, wie sie diese Ziele erreichen wollen.

Wichtiger Pfeiler

Eppeneder und Alram unterstrichen in diesem Zusammenhang, dass in der Öffentlichkeit zum Teil noch viel zu wenig beachtet worden sei, dass die Informationstechnik auch in Niederbayern und gerade im Landshuter Raum bereits einer der drei wichtigsten Pfeiler sei, auf denen die Wirtschaftskraft ruht. Auch niederbayernweit sei die EDV-Branche nach der natürlich dominierenden Automobilindustrie (einschließlich Zulieferbetriebe) sowie dem Bereich Tourismus der wichtigste Zweig und größte Wachstumsfaktor.

„Jeder Bereich hat seine Ex-



Besuch in der Firma Komuna. Von links: Bürgermeister Josef Schofer, Geschäftsführer Ludwig Atzberger, Landrat Josef Eppeneder und Wirtschaftsreferent Albrecht Alram.

per mit Zahlen belegen: Allein in Bayern betreue man über 600 Kunden, was einem Marktanteil von 40 Prozent entspreche. Jetzt gibt es auch erste große Erfolge aus Baden-Württemberg zu vermelden, wo Komuna seit diesem Jahr tätig ist.

„Pläne ohne Beratung schlagen fehl. Durch gute Ratgeber führen sie zum Ziel.“ Dieser Satz aus der Bibel, den die Firma in ihren Image-Unterlagen zitiert, könnte gewissermaßen Leitmotiv ihrer Arbeit sein, machte Atzberger deutlich, gefolgt von einer Empfehlung: „Langfristige Probleme können niemals durch kurzfristige Lösungen abgeschafft werden.“

Landrat Eppeneder, Wirtschaftsreferent Alram und Bürgermeister Schofer wünschten der Firma langfristigen Erfolg. Atzberger dankte ihnen dafür und erklärte, dass man dies auf der Basis eines Konzepts erreichen wolle, dessen Eckpunkte Beratung sowie praxisnahe und zukunftsorientierte Betreuung der Kunden sei.

Das geschehe bei Komuna: Computer-Experten und Verwaltungsfachleute, die wissen, wie die Abläufe in den Behörden funktionieren, arbeiteten hier Hand in Hand um gemeinsame Lösungen zu erarbeiten, die sich in der konkreten Anwendung der EDV im Alltag der Verwaltungen bewähren.

Rund zwei Drittel der Komuna-Mitarbeiter stammen aus der Verwaltung, ein Drittel sind EDV-Leute. Dass das Konzept von Komuna aufgeht, lässt sich nach Atzbergers Worten eindeu-

Fraunhofer FOKUS evaluiert Interoperabilität von Microsoft

Offene Standards - offene Schnittstellen:

Zusammenarbeit als Erfolgsfaktor für E-Government

Im Rahmen einer Kooperation mit Microsoft Deutschland evaluiert das Fraunhofer-Institut FOKUS, Berlin, die verschiedenen Microsoft-Technologien und -Produkte im Hinblick auf ihr nahtloses Zusammenwirken mit den am weitesten verbreiteten Technologien anderer Hersteller, unter anderem aus dem Open-Source-Bereich. Im Vordergrund stehen dabei das Microsoft Office System 2003 und das E-Government Starter Kit (EGSK), eine Applikations-Plattform auf der Basis von Microsoft .NET-Technologie für die Integration von Fachverfahren und die bereichsübergreifende Bereitstel-

lung von eGovernment-Dienstleistungen für Bund, Länder und Kommunen.

Der reibungslose und herstellerunabhängige Austausch von Daten und Dokumenten in der öffentlichen Verwaltung ist die Grundvoraussetzung für zukunftsweisende eGovernment-Dienstleistungen. Ziel der Zusammenarbeit ist es deshalb, anhand konkreter Anwendungsszenarien im öffentlichen Sektor aufzuzeigen, wie dieser Austausch in der Praxis realisiert und weiter optimiert werden kann.

Die Ergebnisse der Evaluation im Rahmen von Workshops zugänglich gemacht.

Leserbrief an die GZ

Diskussion um die Doppik

Ihr Artikel in der Bayerischen Gemeindezeitung vom 23.09.2004 „Stadt Brühl verabschiedet sich von der Kameralistik“ ist für mich Veranlassung, meine Verwunderung darüber zum Ausdruck zu bringen, dass in der Gemeindezeitung die Doppik grundsätzlich als sehr positiv dargestellt wird. Allerdings verliert sich auch der zitierte Artikel wieder in Allgemeinplätzen ohne konkrete Aussagen. Ich wäre Ih-

nen deshalb dankbar, wenn Sie sich einmal zu folgenden Fragen auslassen würden:

1. Welchen Arbeitsanfall bedeutet die Umstellung und welche Kosten verursacht die Umstellung?
2. Von wem sind diese Kosten zu erbringen? Übernimmt sie der Freistaat Bayern im Rahmen des Konnexitätsprinzips?
3. Welche Vorteile ergeben sich für die Kommune durch die Doppik in Euro ausgedrückt?
4. Welche Folgerungen ergeben sich für die Kommune nach Einführung der Doppik (Haushaltsungleich, staatliche Zuweisungen u.a.)?

Falls sich zeigt, dass die Umstellung von der Kameralistik auf die Doppik mehr Kosten als Nutzen verursacht (davon ist auszugehen) sollte der Bayerische Gemeindetag als Vertretung der Gemeinden sehr sorgfältig prüfen, ob die Einführung der Doppik in Zeiten knappen Geldes wirklich erforderlich ist.

Mit freundlichen Grüßen
A. Hemrich, 1. Bgm.

Hinweis der GZ:

Virtuelle Behörde behandelt Doppik

Das Thema „Doppik versus Kameralistik“ wird bei der „Virtuellen Behörde“ am 19. Oktober 2004 im Foyer der historischen Wappenhalle breiten Raum einnehmen. Ausführlich soll eingegangen werden auf mögliche Umsetzungsszenarien und deren Kosten-Nutzen-Relation.

Bayerischer Städtetag/Bezirksversammlung Oberfranken:

Zufrieden mit Finanzausgleich 2005

Mit dem Ergebnis des Finanzausgleichs 2005 können die Kommunen leben, konstatierte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Josef Deimer, bei der Bezirksversammlung Oberfranken seines Verbandes in Bayreuth. Nach intensiven Verhandlungen zwischen Finanzminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser und den Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände seien wichtige strukturelle Verbesserungen, die Erhöhung des Sozialhilfeausgleichs an die Bezirke und vor allem eine Steigerung der Schlüsselzuweisungen erreicht worden. Das Gesamtvolumen des kommunalen Finanzausgleichs 2005 beträgt 5,65 Milliarden Euro. Es steigt damit gegenüber 2004 um insgesamt 3,4 Prozent.

Einer der Kernpunkte des Verhandlungsergebnisses ist die Zusage des Freistaats Bayern, den Anteil der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund von 11,54 Prozent auf 11,6 Prozent zu erhöhen. Damit ist Deimer zufolge ein erster, zwar kleiner, aber doch symbolträchtiger Schritt gelungen.

Gestärkte Haushalte

Seit Jahren fordern die Verbände eine solche Erhöhung. Zusammen mit der Zunahme der Verbundmasse durch Steuermehreinnahmen steigt damit der kommunale Anteil um 83,7 Millionen Euro. Dies kommt überwiegend den Schlüsselzuweisungen zugute, die um 61,5 Millionen Euro zunehmen. Damit werden die Verwaltungshaushalte der Kommunen gestärkt. Für eine Reihe von Städten reichen diese Verbesserungen aber nicht aus, um in die schwarzen Zahlen zu kommen.

Erwartungshaltung

Die Leistungen an die Bezirke werden um insgesamt 160 Millionen Euro auf 600 Millionen Euro aufgestockt. Darin ist eine Erhöhung des Sozialhilfeausgleichs nach Artikel 15 Finanzgleichheitsgesetz um 100 Millionen Euro auf 540 Millionen Euro enthalten. Hinzu kommt, dass der Freistaat künftig die Kosten für die Kontingentflüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion übernimmt. Die Bezirke werden damit auf Dauer um 60 Millionen Euro von systemfremden Leistungen entlastet. Mit diesem Ergebnis haben die Vertreter der Städte, Gemeinden und Landkreise die Erwartung verbunden, dass ein weiterer Anstieg der Bezirks-

Gartenfestival auf Burg Trausnitz:

Ein Garten Eden für vier Tage

Für Gartenliebhaber und solche, die es werden wollen, fand unlängst das "Gartenfestival Burg Trausnitz" statt. Mittlerweile ist dieses Gartenfestival, das durchaus an die legendäre Chelsea Flower Show erinnert, in der Region mehr als nur ein Geheimtipp.

Rund 40.000 Besucherinnen und Besucher kamen auch heuer zu der viertägigen Veranstaltung und erfreuten sich an der Gartenkunst und an dem vielgestaltigen Rahmenprogramm.

Traum verwirklicht

Vor fünf Jahren verwirklichte die Landshuter Garten- und Landschaftsbauer Annemarie und Andreas Englhart erstmals ihren Traum, für ein paar Tage im Jahr eine Art "Garten Eden" zu schaffen, ein Refugium, in dem Menschen das Gefühl von Paradies spüren und erleben können. "Gärten der Fantasie - einst und heute" hieß das Motto, unter dem das diesjährige Gartenfestival stand und den thematischen Brückenschlag zur 800-Jahr-Feier der Stadt Landshut vornahm. Unter der Leitung von Prof. Dipl. Ing. Hermann Brenner planten und erstellten Landschafts-Architekturstudenten der Fachhochschule Weihenstephan historische und zeitgenössische Themengärten. Die Bewertung der Gärten erfolgte

umlagen gebremst wird.

Eine entscheidende strukturelle, dauerhafte Verbesserung des Finanzausgleichs bringt laut Deimer die Bereitschaft des Freistaats, ab dem Jahr 2006 schrittweise den Nettoanteil an der von den Kommunen aufzubringenden Solidarumlage zu übernehmen. Im Jahr 2006 wird der Staat 20 Prozent aufbringen, 2007 steigt sein Anteil auf 50 Prozent und ab 2008 übernimmt er 100 Prozent.

Keine weiteren Einschnitte

Nachdem im vergangenen Jahr bei den Investitionshilfen gekürzt worden war, konnten diesmal weitere Einschnitte vermieden werden. Die Mittel für die Investitionspauschale bleiben ebenso unverändert wie die Fördergelder für Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Abwasserentsorgungsanlagen. Die Mittel für den Straßenbau und die ÖPNV-Investitionsförderung steigen sogar wieder an.

Gewerbesteuereinnahmen

Die bayerischen Städte und Gemeinden registrieren mit einer gewissen Erleichterung steigende Gewerbesteuereinnahmen. Nach dem verheerenden Rückgang der Gewerbesteuer in den Jahren 2001 bis 2003 stabilisiert sich diese Steuer nun offenbar wieder - allerdings auf niedrigerem Niveau als Ende der 90er Jahre. Die Gewerbesteuer (netto) ist im ersten Halbjahr 2004 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 23 Prozent auf 1,9 Milliarden Euro gestiegen. Deimer gab in diesem Zusammenhang der Hoffnung Ausdruck, "hoffentlich zur Normalität zurückzukehren".

Gründe für den Anstieg der

durch die Besucher, die als Belohnung für ihre Beurteilung wertvolle Preise gewinnen konnten.

Neueste Trends

Und noch mehr hatte das "Gartenfestival Burg Trausnitz" 2004 zu bieten: Über 130 Aussteller präsentierten die neuesten Trends in der Gartengestaltung - von ausgefallenen Accessoires, über Kunstobjekte, stillvollen Gartenmöbeln, edlen Stoffen bis hin zu Pflanzenarrangements und internationaler Gartenliteratur. Ausstellungen, Workshops, Vorträge, Musik- und Tanzdarbietungen waren ein weiterer Bestandteil des Programms. Für das leibliche Wohl sorgten Cafés und Restaurants mit kulinarischen Spezialitäten aus der Region. Und damit es schließlich den kleinen Besuchern bei soviel (Garten-) Kultur nicht zu langweilig wurde, gab es ein spezielles Kinderprogramm mit kreativem Gestalten, Märchenerzählern und Kasperltheater. **DK**

Gewerbesteuer sind die Senkung der Gewerbesteuerumlage und die neu geregelte Mindestbesteuerung der Unternehmensgewinne. Vor allem die Konzerne kehren offenbar wieder in den Kreis der Steuerzahler zurück. Allerdings, so Deimer, fließe die Gewerbesteuer von Stadt zu Stadt sehr unterschiedlich.

Relativierte Nachrichten

Die guten Nachrichten bei der Gewerbesteuer würden durch den weiteren Rückgang bei der Einkommensteuer weiter relativiert, ergänzte der Städtetagsvorsitzende. Gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum erhielten Städte und Gemeinden im ersten Halbjahr 2004 mit 880 Millionen Euro 7 Prozent weniger. Der Grund liege in der Umsetzung der nächsten Stufe der Einkommensteuerreform. Unterm Strich verblieben den Kommunen zwar insgesamt Mehreinnahmen. Damit müssten die Städte und Gemeinden aber größtenteils die Defizite der zurückliegenden Jahre abbauen.

Haushaltssanierung hat Vorrang

Daher haben die Städte kein Verständnis für die Forderungen der Bundespolitik, allen voran der Herren Müntefering und Eichel, die Kommunen sollten Einnahmezunächste umgehend für Investitionen verwenden. Gleichzeitig fordert die Bundesregierung, insbesondere Familienministerin Schmidt, kommunale Einnahmen für den Ausbau



V. l.: Armin Falkenhein (Sachgebietsleiter Schulen, Kultur, Sport), Dr. Beate Spiegel, Landrat Dr. Karl Voegelé.

Schwäbisches Volkskundemuseum Oberschönenfeld:

Landrat Voegelé im Gespräch mit neuer Museumsleiterin

Suche nach Schulerschluss zwischen Bezirk und Naturparkhaus

Bei einem Besuch im Schwäbischen Volkskundemuseum Oberschönenfeld besprach Landrat Dr. Karl Voegelé unter anderem eine engere und vertrauensvollere Zusammenarbeit zwischen dem Volkskundemuseum und dem Naturparkhaus. Ferner ließ er sich umfassend über laufende Projekte und künftig geplante Ausstellungen informieren und regte Planungen für gemeinsame Konzepte an. Betont wurde auch die Wichtigkeit der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Museen. "Der Schwerpunkt darf nicht nur auf den Grundschulen und Kindergärten liegen", so Museumsleiterin Dr. Beate Spiegel, "auch die Schüler der Gymnasien und Realschulen sollen vermehrt durch Programme angesprochen werden". Landrat Dr. Voegelé und der Sachgebietsleiter für Kultur, Schulen und Sport, Armin Falkenhein, versprachen von Seiten des Landkreises diese Projekte zu unterstützen. "Oberschönenfeld ist mit seinem gesamten Ensemble eine der Perlen des Augsburger Landes. Diese Attraktivität muss mit weiteren Ideen gespeist werden - nicht nur für den Tourismus, sondern auch für die Bevölkerung des eigenen Landkreises", so Voegelé. Vor allem die Waldpädagogik biete viele neue Ansatzpunkte, auch wenn finanzielle Engpässe überall zu Tage treten würden. Frau Dr. Spiegel war sich sicher "wenn Landkreis und Bezirk hier in Oberschönenfeld an einem Strang ziehen, kann noch viel für die Anziehungskraft eines solchen musealen Bereichs mit seiner landschaftliche reizvollen Umgebung getan werden".

der Kinderbetreuung zu verwenden. Deimer: "Wir können jeden Euro nur einmal ausgeben und hier hat momentan die Haushaltssanierung Vorrang."

Zurückgewiesen hat Deimer auch die wieder aufflammenden Bestrebungen, die Gewerbesteuer abzuschaffen: "Bislang war niemand in der Lage zu sagen, wie die rund 24 Milliarden Euro an Gewerbesteuererlösen ersetzt werden sollen."

Klare Absage

Eine deutliche Absage erteilt der Städtetag auch etwaigen Begehlichkeiten der Landkreise und Bezirke, den Städten und Gemeinden Steuermehreinnahmen über Umlagerhöhungen abzuschöpfen. Die Bezirke seien nach einem hart verhandelten kommunalen Finanzausgleich mit Unterstützung auch des Städtetags gut bedient worden und müssten sich damit begnügen. Auch die Landkreise müssten mit Umlagerhöhungen Zurückhaltung üben. So rechtfertigten beispielsweise die für die Umsetzung von Hartz IV aufzubringenden Mittel keine Umlagerhöhungen, da der Bund über die Revisionsklausel versprochen habe, den Landkreisen die Mehrausgaben zu erstatten, sagte der Städtetagsvorsitzende.

Geburtsfehler

Auch das zweite Reformpaket, das Superminister Erwin Huber der CSU-Landtagsfraktion im Kloster Banz vorgestellt hat, beseitigt nach Meinung von OB Deimer nicht die "Geburtsfehler" des Projekts "Verwaltung 21" der Bayerischen Staatsregierung. Landshuts OB wies erneut auf die nach seiner Überzeugung falsche Reihenfolge



OB Josef Deimer, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, beim Betrachten eines Aquarells. Rechts der Bezirksvorsitzende des Städtetags in Oberfranken, Oberbürgermeister Dr. Dieter Mronz, Bayreuth. Foto: Natter

der Reformschritte hin. Zuerst müsse klar sein, was der Staat künftig noch leisten soll. Anschließend sei zu überlegen, durch welche Behörden die verbleibenden Staatsaufgaben am besten erledigt werden können. Erst dann sollte über die Behördenstandorte entschieden werden. In Bayern komme die Behördenstrukturreform vor der Aufgabenkritik. Deimer: "Ich traue der Staatsregierung ja viel zu. Aber ob sie den Amtsschimmel von hinten aufzäumen kann, da habe ich doch meine Zweifel!"

Drängen auf Reformen

Grundsätzlich begrüßte der Städtetagsvorsitzende, dass nunmehr auch die Bezirksregierungen - wenn auch vorerst nur mit unverbindlichen, wenig konkreten Absichtserklärungen - in die Reformüberlegungen einbezogen werden. Vor allem zur angedachten Verlagerung von Aufgaben von den Regierungen auf die Kreisverwaltungsbehörden (kreisfreie Städte und Landkreise) wollen die Städte und Gemeinden möglichst bald und genau wissen, was auf sie zu-

Schwäbische Landräte:

"Schwaben wird abgestraft!"

"Wir schwäbischen Landräte stehen geschlossen an der Seite des schwäbischen Bezirkstags", erklärte deren Vorsitzender, Augsburger Landrat Dr. Karl Voegelé. Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert und der CSU-Fraktionschef Gebhard Kaiser hatten eine gerechtere Verteilung der den bayerischen Bezirken vom Freistaat zur Verfügung gestellten 540 Millionen Euro für die überörtliche Sozialhilfe gefordert. Die Landräte begrüßen zwar die hart erkämpfte Aufstockung um 100 Millionen Euro, sind aber entrüstet über die ungerechte Verteilung dieses Geldes unter den Bezirken. Die interne Verteilung wurde dem Verband der Bezirke selbst überlassen. "Wenn der Verband der Bezirke nicht in der Lage ist, die Mittel gerecht zu verteilen, ist der Freistaat gefordert", so Voegelé. Der Verband der Bezirke habe die tatsächlichen Sozialhilfekosten nicht ausreichend berücksichtigt. Gerade dies treffe Schwaben mit seinen überdurchschnittlich vielen Heimplätzen und damit hohen Sozialhilfekosten besonders hart. "Wir haben immer schon für die Schwächsten in unserer Gesellschaft in vorbildlicher Weise gesorgt. Mit unseren Behinderteneinrichtungen tragen wir auch maßgeblich zur Entlastung der übrigen Bezirke bei, weil sich Familien mit behinderten Angehörigen bevorzugt in der Nähe solcher Einrichtungen niederlassen. Dafür sollen wir nun abgestraft werden", beklagte sich der Vorsitzende der schwäbischen Landräte.

Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:
Beda Bohinger
Otto Ammon

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:
Peter Müller

Jens Korn (KPV)
Lutz Roßmann (Landtag)

Brigitte Scherible (Wirtschaft und Messen)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)
Klaus Kamhuber

Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:
Viktoria Bertele (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste
Nr. 37 vom 01.01.2003

Anzeigenschlußtermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben);
Jahresbezugspreis Inland:
€76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine
Adresse) €27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende
schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlages
und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:
Bayer. Landesbank München
Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank
Füssen-Pfronten-Nesselwang
Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und
Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse
GmbH, Geschäftsführerin:
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
Fränkischer Tag GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird
Recycling-Papier verwendet.

75 Jahre Landkreis Bamberg

Ausstellungseröffnung und Festakt mit Hohlmeier und Beckstein

Am 1. Oktober feierte der Landkreis Bamberg seinen 75. Geburtstag. Mit zahlreichen Veranstaltungen und Projekten wurde und wird dem Jubiläum gebührend Rechnung getragen. Der Bezirk Bamberg war am 1. Oktober 1929 aus der Zusammenlegung der Bezirke Bamberg I (Ost) und Bamberg II (West) entstanden. Anlass war u. a. der Tod des Leiters des Bezirkes Bamberg I, Gustav-Karl Freiherr von Crailsheim. Der bisherige Leiter des Bezirkes Bamberg II, Bezirksoberamtmann Paul Köttitz, führte danach die Geschäfte der vereinigten Ämter als Amtsvorstand bis 1933. 1938 wurden die Bezirke in "Landkreise" umbenannt.

Um der Bevölkerung die gewaltige Aufbauleistung der vergangenen 75 Jahre deutlich zu machen, trugen die Kreisarchiv- und -heimatpfleger sowie verschiedene Mitarbeiter des Landratsamtes eine umfangreiche Ausstellung zusammen, die von Schulministerin Monika Hohlmeier im Bauernmuseum in Frensdorf feierlich eröffnet wurde. Bis 30. November und die gesamte Saison 2005 wird sie für die Öffentlichkeit zugänglich sein. Begleitend dazu hat Kreisarchivpfleger Philipp Hümmer Vorträge mit unterschiedlichen Schwerpunkten aus der Zeit um 1929 vorbereitet, die er - unterstützt mit modernster Technik - den Gemeinden des Landkreises oder auch für Besuchergruppen im Bauernmuseum anbieten will.

Authentischer Dialog

Wie Ministerin Hohlmeier betonte, unterstützt die Ausstellung "75 Jahre Landkreis Bamberg" die Schulen in ihrem Anspruch, historische Bildung zu vermitteln, in idealer Weise. Hier träten die Kinder und Jugendlichen der Region mit der Geschichte in einen spannenden und authentischen Dialog ein. Durch die ansprechende Aufbereitung einer Vielzahl historischer Fotografien und Zeitzeugnisse würden sie dazu ermuntert, die Geschichtlichkeit ihrer eigenen Lebenswelt zu entdecken und zu erkennen, dass ihre gesamte Umwelt durch Geschichte geprägt ist - und das nicht nur, weil sich hier so manches Gesicht, so manche Landschaftliche Formation wiedererkennen lassen. Indem die Ausstellung die Veränderungen in den Lebensbedingungen der Menschen veranschaulicht, wird es den Schülerinnen und Schülern möglich, dem jeweiligen Zeiteinst nachzuspüren.

Der multimediale Rundgang durch den heutigen Landkreis

Europa-Wettbewerb:

Goldmedaille für Nußdorf am Inn

Die Freude ist groß in Nußdorf, Kreis Rosenheim. Nachdem man bereits 2001 eine Goldmedaille auf Bundesebene gewonnen hatte, gab es nun für den Ort am Fuße des Heubergs mit seiner 1200-jährigen Geschichte auch eine Goldmedaille beim europäischen Wettbewerb "Entente Florale". Nußdorfs Bürgermeister Sepp Oberbauer konnte die Bronzeplatte mit goldenen Sternen im französischen Aix les Bains von Jurypräsidenten Luke Griffin aus Irland entgegennehmen.

Nußdorf im oberbayerischen Inntal, nahe der Tiroler Grenze, wurde vor rund 1200 Jahren erstmals urkundlich genannt. Nußdorf hat insgesamt vier Kirchen, 25 Ortsteile und ist seit 1812 eine eigene Pfarrei. Es hat rund 2600 Einwohner und bietet rund 500 Arbeitsplätze am Ort.

Vielfalt des Dorfes

Beim Wettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden - unser Dorf hat Zukunft" hatte das idyllische Nußdorf die Jury beeindruckt mit seinen Grünanlagen, Hausgärten, Streuobstwiesen, Biotopen und Almflächen. Im Dorf gibt es 25 Vereine und drei Musikkapellen sowie einen Tante-Emma-Laden. In Nußdorf klapperten einst 15 Mühlen, die vom

und das Landratsamt vermitteln einen Eindruck davon, was der Landkreis alles zu bieten hat und was unternommen wird, ihn weiterzuentwickeln, erklärte die Ministerin. Die Präsentation regionaler wirtschaftlicher Erzeugnisse verdeutlichte den Kindern und Jugendlichen, dass der frühere Entwicklungsstand des ländlichen Raumes nicht nur längst kompensiert ist; vielmehr schaffe gerade die Synthese von ländlichem Lebensraum und moderner Produktion besonders attraktive Lebensverhältnisse.

Offizieller Festakt

Ein weiterer Höhepunkt der Feierlichkeiten war der offizielle Festakt im Landratsamt, in dessen Rahmen Dr. Karin Dengler-Schreiber zunächst kurz die Geschichte der Region bis 1929 Revue passieren lassen ließ. Anschließend wagt Landrat Dr. Günther Denzler einen Blick in die Zukunft. 1996 sei er als Landrat angetreten mit vier wichtigen Zielen, die bis heute nicht an Bedeutung verloren hätten und die er auch in Zukunft mit aller Kraft weiter verfolgen werde: Vorhandene Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen, die Zusammenarbeit mit der Stadt Bamberg stärken, das Landratsamt als modernes Dienstleistungsunternehmen ausbauen, die Eigenverantwortung des Einzelnen fördern und fördern.

Wirtschaftsförderung

Wesentliches, so Denzler, sei in diesen Bereichen erreicht worden. So arbeite der Landkreis beständig an einer Verbesserung der Infrastruktur und weiteren wirtschaftsfreundlichen Rahmenbedingungen. Ein besonderer Schwerpunkt werde hierbei auf die Wirtschaftsförderung gelegt - "seit einiger Zeit auf den Tourismus, da hier aus

Wirtschaftsförderung

Steinbach getrieben wurden. Es wurden Sägewerke, Gipsmühlen, Schmiedehammer und Getreidemühlen angetrieben.

Engagement und Zusammenhalt

Es gibt hier einen Mühlenweg, der durch das Dorf führt. Seit dem Jahre 1961 gab es auch auf Bundesebene sechs Medaillen im Landkreis Rosenheim. Davon gab es Gold für Rottal 1913, Neubeuern 1981, Höhenmoos 1989 und Nußdorf 2001.

Eine Silbermedaille erhielten 1911 Amerang und Vagen im Jahre 1994. Das Ergebnis kann sich sehen lassen und ist dem Engagement der Bürger und dem Zusammenhalt in den Dörfern zu verdanken.

Jos. Göllinger

meiner Sicht erhebliche Wachstumspotentiale bestehen". Denzler: "Hier und auf vielen anderen Ebenen treiben wir die Entwicklung der Region zusammen mit der Stadt Bamberg voran. Beispielhaft dafür stehen die Fusion der Sparkassen, das Interkommunale Entwicklungskonzept sowie verschiedene Zweckverbände.

Neue Aufgabefelder

Mit all dem verfolgen Stadt und Landkreis Bamberg gemeinsame Ziele. Ein Blick in die Zukunft zeige bereits neue Aufgabefelder: Kooperation im Krankenhausbereich, Beitritt zur Metropolregion Nürnberg, strukturelle Veränderungen im öffentlichen Personennahverkehr, Etablierung des IT-Clusters Bamberg. "Stadt und Land - Hand in Hand" sei eben nicht nur ein flapsiger Spruch, sondern Ausdruck gemeinsamer Verantwortung für die Region.

Modernes Landratsamt

Auch das Landratsamt zähle mittlerweile zu den modernsten in Bayern, nicht nur was die EDV-Ausstattung angeht, fuhr Denzler fort. Schon 1998 habe der Landkreis bei einer Bürgerbefragung gerade im Bereich Kundenorientierung überdurchschnittlich abgeschnitten. Seither seien weitere Verbesserungen für Bürgerinnen und Bürger und die Belegschaft eingeführt worden: Flexible Arbeitszeiten korrespondierten inzwischen mit durchgehenden Öffnungszeiten, zudem werde demnächst die Doppik eingeführt.

Goldene und Silberne Verdienstmedaillen

Nachdem Innenminister Dr. Günther Beckstein näher auf den Landkreis und seine 75-jährige Geschichte eingegangen war, wurde erstmalig die Verdienstmedaille des Landkreises verliehen. Die Verdienstmedaille in Gold erhielt Landrat a. D. Otto Neukum, der drei Jahrzehnte lang die Geschicke des Landkreises Bamberg lenkte. Kein Landrat vor ihm war so lange im Amt. In seine Zeit fielen so bedeutsame Entwicklungen wie die Gebietsreform und wichtige Industrieansiedlungen.

Neukum vertrat den Landkreis im Bayerischen und im Deutschen Landkreistag; beiden Organisationen stand er mehrere Jahre als Präsident vor. Darüber hinaus verschaffte er den Interessen der Region im Bayerischen Senat Gehör. Mit der Verdienstmedaille in Silber wurden ausgezeichnet: Prof. Dr. Philipp Hümmer, Anni Montag, Äbtissin emerita Gertraud Reiter, Prof. Dr. Wolfgang Spindler, MdL a. D. Philipp Vollkommer, Andreas Wölflein sowie Adam Wohlpart.

Produktion einer CD als besonderes Schmankerl

Was wäre eine Feier ohne Musik? Als besonderes Schmankerl wurde eine CD produziert, die eine repräsentative Auswahl aus dem Musikschaffen in der Region präsentiert. Von den Bamberger Symphonikern bis zur Kreismusikschule, vom Laienorchester über die Blaskapelle bis zum Liedermacher reihen sich die Stücke und Interpreten wie Perlen an einer Schnur.

Das Besondere ist, dass es sich dabei nicht einfach um eine Musik-CD handelt. Statt dessen wird man von einer Moderation quasi an die Hand genommen und durch den Landkreis und seine Geschichte geführt. DK

GZ Gestern

hat mein Chef gesagt ...

"Also für die nächsten paar Jahre bin ich wieder geheilt. Wie mag's da zugehen, wenn mal wieder ein anderer Rekord gebrochen wird, als der im Glühwein saufen?" Mein Chef, der Bürgermeister, zog eine im wahrsten Sinne ernüchternde Bilanz unseres Ausflugs auf das Münchner Oktoberfest.

Richtig oft sind wir ja nicht auf der Wiesn. Alle paar Jahre einmal mit der Rathausmannschaft, wenn sich genug anmelden, dass es sich rentiert, einen kleinen Bus zu mieten. Und ich muss sagen, beeindruckend ist es schon: Da ist buchstäblich die Welt zu Gast. Denn wo sonst sieht man schon Thai und Japaner, Finnen und Griechen, Ghanaer und Inder im gleichen Loden- und Dirndl-Outfit wie die Eingeborenen aus Stadt und Land. Und der alljährliche Masseneinfluss der Azzuri in kilometerlangen Wohnmobilkar-

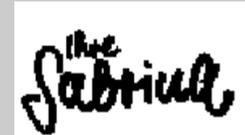


meine ich weniger die Preise. Wenn man den Maß-Preis durch zwei teilt, kommt man fast auf einen Betrag, der einem in manchen Gaststätten für seine Halbe abgeklopft wird. Aber ein Riesenproblem ist, dass man fast nicht mehr dazu kommt, sein Geld in flüssiges Gold und diverses sättigendes Geflügel zu stecken, weil man nicht mehr in die Zelte kommt. Wir kamen eine Viertel Stunde vor Beginn unserer Reservierung am Zelt an und mussten hören, dass "dicht" sei und man halt Geduld haben müsse, bis die Security geruhe, wieder Bittsteller zur Schänke zu lassen. Nur dem Pfadfindersinn des Bürgermeisters, der einen Nebeneingang rechts vom Pissoir erkundete, haben wir es zu verdanken, uns nicht wie andere zwei Stunden die Beine in den Bauch gestanden zu haben.

Das Oktoberfest zeigt halt manchmal seinen Januskopf: Hier diejenigen, die ohrringabhängige und tätowierte Muskelprotze fast anflehen, damit sie sich endlich einen Rausch ansaufen dürfen. Dagegen solche, die in erlesenen Phantasietrachten wohlkalkuliert die Sau ein bisschen rausspitzen lassen, um dann am nächsten Tag in der Zeitung zu lesen und zu sehen, dass sie mit anderen namhaften Adabeis "ausgelassen gefeiert" hätten.

Das, was ich unter einem Volksfest verstehe - mal rauszukommen, gemütlich ein Bier und eine Brotzeit zu genießen, ein bißchen mit wildfremden Menschen am Tisch zu ratschen - das ist die Wiesn nicht.

Mein Chef, der Bürgermeister, sieht es wie immer pragmatisch. Nächstes Jahr will er der Rathausmannschaft die Fahrt zu einem anderen der großen bayerischen Volksfeste anbieten. Und zur Wiesn zieht's ihn nach ein paar Jahren Pause bestimmt wieder hin. Denn es gilt der Satz des Theologen Johann Baptist Metz auf dem heutigen Kalenderblatt: "Der Bayer hat ein irdisches Verhältnis zur Religion und ein mystisches zum Bier."



Kulturherbst im Landkreis Würzburg:

Ein kulturelles Feuerwerk

Eine feste Größe im kulturellen Angebot der Region Würzburg und zugleich eine Erfolgsgeschichte ist der Kulturherbst, der heuer bereits zum 15. Mal stattfindet. Das ihm eigene Flair wurde durch die äußerst offene Konzeption geschaffen, sprich: Breite Auslegung des Begriffs "Kultur", Toleranz bei der Akzeptanz der gemeldeten Programmbeiträge, Beurteilung der Qualität durch Besucher und nicht durch Auswahljury, erstaunliche Kreativität und großes Engagement der Teilnehmer bei den Programmbeiträgen, Laien und Profis gleichberechtigt nebeneinander. Bis 17. Oktober noch steht der Kulturherbst mit seinem abwechslungsreichen Programm stellvertretend für die herbstliche Jahreszeit mit 87 Veranstaltungen in 32 Landkreis-Gemeinden.

Die Eröffnungsveranstaltung übernahm dieses Jahr die Stadt Aub zusammen mit der Ars Musica Aub im Rahmen der 600-Jahrfeier.

Performance

"Brunnengeister, Schlagzeugzauber und andere verdächtige Vorgänge hinter dem Rücken der Madonna" machten neugierig auf die so angekündigte Performance und Komposition am Stadtbrunnen auf dem Marktplatz in Aub. Das "Clarino Jazzquintett" sorgte im Anschluss für die musikalische Unterhaltung in der Ars Musica.

Ausstellungen und Workshops

Das weitere Programm bietet 35 Ausstellungen und Workshops zu den Themenbereichen Malerei, Keramik, Holz, Glas, Metall, Stein, Mode und Schmuck, Skulpturen, Floristik, Porzellan, Plastiken; 15 Konzertveranstaltungen von Kammermusik, Klassik und Oper über Jazz, Pop und Musicals bis hin zu Chor- und Blasmusik sowie fränkischem Liedgut; sechs

interessante Beiträge zu Kabarett und Theater, Veranstaltungen zum Thema Heimatpflege und Brauchtum - fränkisch und international -; vier Lesungen; fünf kulinarische und weinkulturelle Höhepunkte mit einem interessanten Mix aus Kultur, Wein und Küche; verschiedene Märkte und Kulturfeste.

Landkreis-Marketing

Die Idee für diesen "Kulturherbst" entwickelte das Landkreis-Marketing des Landkreises Würzburg. Ziel war es, das breite Spektrum des Begriffs "Kultur" im unmittelbaren Umland von Würzburg darzustellen - nicht als Konkurrenz, sondern als Ergänzung zum professionellen Angebot in der Stadt Würzburg.

Die zahlreichen Veranstaltungsbeiträge werden ausschließlich von Vereinen, Organisationen und Einzelpersonen aus dem Raum Würzburg organisiert, die sowohl dem ehrenamtlichen und Laien- als auch dem professionellen Bereich angehören. Der Landkreis tritt lediglich als Koordinator und Organisator auf und übernimmt

die Gesamtwerbung. Für Programmhefte, Plakate und Werbung stehen ausreichende Mittel im Kreishaushalt zur Verfügung. Die Veranstaltung findet jährlich vom dritten Wochenende im September bis zum zweiten Wochenende im Oktober statt. DK

Entlastung für B 300

Der Ustersbacher Bürgermeister Dr. Max Stumböck setzt sich gemeinsam mit Landrat Dr. Karl Vogeel dafür ein, den ehemaligen Bahnhofpunkt Mödishofen zwischen Dinkelscherben und Kutzenhausen wieder zu beleben. Stumböck und Vogeel wollen ihren Vorschlag mit Unterstützung der Bürgermeister aus dem westlichen Landkreis und den Landtagsabgeordneten Max Strehle und Martin Sailer im Bayerischen Verkehrsministerium vorbringen. Der Haltepunkt soll im Rahmen des ab 2008 geplanten Regio-Schienentakts neu entstehen. Stumböck schätzt den Einzugsbereich eines Halts in Mödishofen mit angeschlossenen Park-and-Ride-Platz auf 13 Ortschaften mit über 2800 Einwohnern. Der Landrat will den Augsburger Verkehrsverbund AVV mit einer Fahrgastprognose beauftragen. Die beiden Politiker erwarten sich durch einen zusätzlichen Halt in Mödishofen auch eine Entlastung für die Bundesstraße B 300. Der B 300-Ausbau sei noch in weiter Ferne. Und so hofft man, dass Autofahrer in Mödishofen ver-

Regierungspräsident Weidinger eröffnete erste Oberpfalzwoche

Gastronomie wichtige Größe bei weichen Standortfaktoren / 103 Betriebe beteiligt

Amberg. Mit einer Präsentation regionaler Schmankerl aus dem kulinarischen Bereich eröffnete am Dienstagabend Regierungspräsident Dr. Wilhelm Weidinger im Amberger Congress-Centrum die erste Oberpfalzwoche. Die vom Bezirksverband des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes und vom Regionalmarketing Oberpfalz durchgeführte Veranstaltung dauert vom 3. bis 10. Oktober. Insgesamt 103 Gastronomiebetriebe präsentieren in den Landkreisen und kreisfreien Städten der Oberpfalz unter dem Motto "Oberpfalz kulinarisch: phänomenal-regional" Speisen, Getränke und Gerichte, die vor allem hier beheimatet sind und Tradition haben. Zwölf boten bei der Eröffnungsveranstaltung ihre Köstlichkeiten.

Dass es neben dem reichhaltigen Angebot an Essen und Trinken bei dieser Aktion auch um Aspekte wie die wirtschaftliche Entwicklung, den Tourismus oder die Kultur in der Region geht, machten neben den Teilnehmern an der Eröffnungsveranstaltung die vier Redner deutlich. Der oberpfälzische Bezirks-

vorsitzende des Hotel- und Gaststättenverbandes Tony Schreindorfer konnte neben Politikern aus verschiedenen Ebenen Repräsentanten aus dem Tourismus, der Fachhochschule Amberg-Weiden und verschiedener Schulen, des Brauwesens sowie der Industrie- und Handelskammer Regensburg willkommen

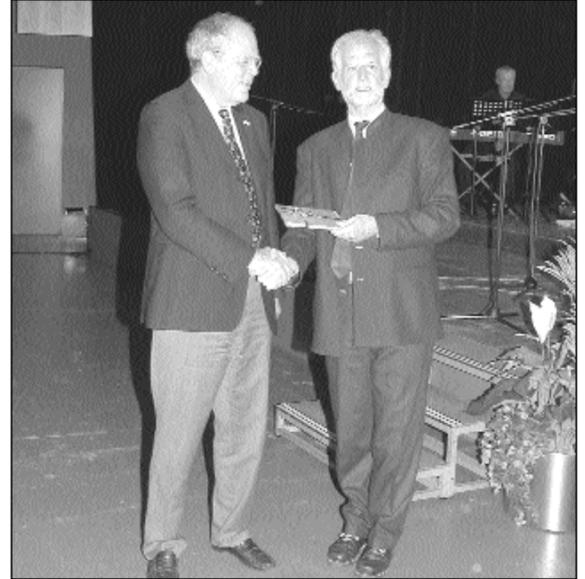
heißen. "Wir wollen mit der ersten Oberpfalzwoche ein kulinarisches Schaufenster der Oberpfalz und ihrer Gastronomie präsentieren", begründete Schreindorfer die Premiere und verwies auf erfolgreiche Teilnahmen vieler Wirte und Hoteliers am Wettbewerb "Bayerische Küche". Die Oberpfalzwoche soll künftig im Wechsel in allen Landkreisen stattfinden und Spezialitäten - und damit die Qualität - von Wirten und Köchen dieser Region präsentieren.

Ambergs Oberbürgermeister Wolfgang Dandorfer erinnerte an die Hauptmotive für einen Urlaub in Bayern: Sich verwöhnen lassen, sich etwas gönnen und die regionale Küche genießen. Vom letztgenannten Aspekt leitete er einige Alleinstellungsmerkmale ab wie das Wild, den Fisch, das Juradistellamm, das Bier oder die Kartoffeln. "Das ist der richtige Weg, bodenständige Gerichte, die direkt vom Bauern aus der Region kommen, zu genießen. Mit diesen Pfunden soll man wuchern", riet er den Verantwortlichen der Oberpfalzwoche und schlug vor, auch die Musik, die Trachten

und das Kunsthandwerk einzubeziehen. An Regierungspräsident Weidinger überreichte Dandorfer ein Buch mit "Dotschen-Rezepten".

"Man sieht, was wir hier alles zu bieten haben. Wir wissen, was wir an unseren Gastronomen haben. Bei uns stimmen, Preis, Qualität und Menge", würdigte auch Armin Nentwig, der Landrat des Landkreises Amberg-Weiden, die Leistungen der oberpfälzischen Küchenchefs. Er sah dies auch als einen Wirtschaftsfaktor, den die Politik erst sehr spät entdeckt habe. "Wir wohnen da, wo andere Urlaub machen. Auf unsere Heimat können wir Oberpfälzer stolz sein", fasste Nentwig zusammen.

Die Bereiche Tourismus und Regionalmarketing stellte Regierungspräsident Dr. Wilhelm Weidinger in seiner Eröffnungsrede in den Mittelpunkt. Für ihn sind kulinarische Leckerbissen aus der Oberpfalz wie Karpfen, Wildschweine, das Juradistellamm oder Kartoffel auch ein Alleinstellungsmerkmal für den Tourismus. Die Entwicklung des Regionalmarketings ist für Weidinger auch wirtschaftlich sehr wichtig, um die Oberpfalz als Lebensstandort, ganz besonders aber die vorhandenen weichen Standortmerkmale wie Kultur, Bildung, Gastronomie darzustellen und in den Vordergrund zu rücken. "Das sind Kernqualitäten, die echt und authentisch



Ambergs Oberbürgermeister Wolfgang Dandorfer (rechts) überreichte Regierungspräsident Dr. Wilhelm Weidinger ein Buch mit Dotschen-Rezepten. Foto: Markus Bauer

sind", stellte der Regierungspräsident fest. Und neben ihrer Funktion als leckere Speisen dienen Tiere wie Lamm, Wild oder Fische auch zum Erhalt der für die Oberpfalz charakteristischen Naturlandschaft sowie zum Ausgleich des ökologischen Gleichgewichts - insgesamt eben zur "Gesamtentwicklung unserer Landschaft", so Weidinger, der

sich nach dem Festakt zusammen mit den übrigen Gästen bei oberpfälzischer Blasmusik allerlei Köstlichkeiten - wie zum Beispiel den "Oberpfälzer Blooz", einige Dotsch-Variationen oder Pichelsteiner vom Jura-Distellamm - schmecken ließ. - Weitere Informationen gibt es im Internet unter der Adresse www.oberpfalz-kulinarisch.de

Vorschau auf GZ 20

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 20, die am 21. Oktober erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ≪ Finanzierungsmodele für öffentliche Aufgaben
- ≪ Wasserversorgung • Wasserentsorgung
- ≪ Umweltschutz
- ≪ Abfall • Recycling • Altlasten
- ≪ Sicherheitstechnik
- ≪ Brand- und Katastrophenschutz